

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fernent
Dah Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,
Dah unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Herwegh.

Nr. 24

Wien, den 20. August 1912.

20. Jahrg.

Die Staatsbahnfinanzen und der bürgerliche Eisenbahnerberrat.

„Hat sich die Lage der Staatsfinanzen und die Bilanz der Staatsbahnen im besondern so gebessert, daß der Zeitpunkt gekommen war, um die restlichen 17 Millionen für die Eisenbahner flüssig zu machen? Diese Frage muß entschieden mit Nein beantwortet werden.“ (Abgeordneter Heine in einem Zirkularartikel.)

Je weiter die Herren vom Nationalverband und die zu ihrer Verteidigung aufgetretenen Schriftleiter das groteske Bemühen fortsetzen, ihre gegenüber dem Antrag Lomshilf aufgeführte Verräterrolle zu verteidigen, desto klarer wird die ganze schandbare Erbärmlichkeit ihres Verhaltens enthüllt. Vor ein paar Tagen erst las man die Prognose, die der Herr Heine, den die Nationalverbandspresse überall als den „fachverständigen Eisenbahnsachmann“ aufmarschieren läßt, der finanziellen Entwicklung unserer Staatsbahnen stellte, und die in der unseren Ausführenden vorangestellten Behauptung gipfelte. „Die finanzielle Lage der Staatsbahnen ist heute genau so schlecht wie im Herbst 1911“, so sagt Herr Heine, und es konnte schon deshalb den 17 Millionen-Antrag Lomshilf von den bürgerlichen Parteien nicht zugestimmt werden. Und die übrigen nationalverbändlerischen Schwächer, immer so leicht und gedankenarm wie der andere — wiederholen wie dressierte Papageien zungenfertig dasselbe armselige Sprüchlein. „Es ist“, wie der Dichter sagt, „keine Spur von einem Geist, und alles nur Dressur.“

Aber die kretinmäßigen Argumente werden nicht nur von der einfachen Logik widerlegt, dagegen sprechen jetzt auch die ziffermäßigen Beweise. Vor ein paar Tagen veröffentlichte nämlich das Eisenbahnministerium so wie alljährlich den Bericht über die Ergebnisse der Staatseisenbahnverwaltung im Jahre 1911. Die Resultate, die daraus über die finanzielle Entwicklung entnommen werden können, verdienen im Zusammenhang mit der „fachverständigen“ Meinung des Herrn Heine und im Zusammenhang mit der immer wieder gegen den 17 Millionen-Antrag ins Treffen geführten Bedeckungsfrage eingehend gewürdigt zu werden, weil sie zeigen, daß auch diese Ausrede leere und inhaltslose Windbeutelerei war. Die Entwicklung unserer Staatsbahnen ist nämlich, wie der offizielle Bericht zeigt, auf dem besten Weg und die Staatsbahnfinanzen wären durch die 17 Millionen Kronen Mehrausgaben für das Personal nicht im geringsten katastrophal erschüttert worden. Der Betriebsüberschuß im Jahre 1911 hat 186 1/2 Millionen Kronen betragen und sich gegenüber dem vorangegangenen Jahr um 32 1/2 Millionen erhöht. Im Jahre 1910 war noch ein Staatszuschuß von 95 Millionen Kronen erforderlich, der sich nach den vorliegenden Abrechnungen per 1911 nur auf 58 Millionen Kronen belaufen und somit um etwa 37 Millionen verringern wird. Der Besserung entsprechend wird sich das Anlagekapital der Staatsbahnen im Jahre 1911 mit 330 Prozent vermindern, während sich die korrespondierende Ziffer im Jahre 1910 nur auf 276 Prozent stellte. Weit größer sind die Unterschiede zugunsten des Jahres 1911, wenn man die Ergebnisse des Jahres 1909 heranzieht, in welchem sich das Anlagekapital mit 175 Prozent verminderte und der Staatszuschuß sich auf 114 Millionen, der Betriebsüberschuß auf nur 68 1/2 Millionen Kronen belief. Daß diese Entwicklung eine konstante Aufwärtsbewegung darstellt, geht am besten daraus hervor, daß sich der Staatszuschuß, den die Staatsbahnfinanzen erfordern, seit dem Jahre 1909 ganz nennenswert und bedeutend vermindert hat. Er betrug im Jahre

	1909	1910	1911
	Millionen Kronen	Millionen Kronen	Millionen Kronen
	114.655	95.356	57.936

Daß die günstige Entwicklung auch weiterhin anhält, beweisen die bisher ermittelten Ziffern der Einnahmen im ersten Halbjahr 1912. Bis zum Juni hatten die Staatsbahnen gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres eine Mehreinnahme von 27 Millionen. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die Abrechnungen für die Zeit vom April bis Ende Juni erst provisorische sind. Nachstehend veröffentlichen wir eine Darstellung der Einnahmen der Staatsbahnen im ersten Semester 1912. Sie betragen:

	Gegenüber dem definitiven Erfolge im Jahre 1911
	Millionen Kronen
Im Jänner	+ 1.6
„ Februar	+ 4.5
„ März	+ 1.5
„ April	+ 5.4
„ Mai	+ 7.2
„ Juni	+ 6.6
Zusammen Jänner bis Ende Juni . . .	+ 26.8

Die gesamten Transporteinnahmen der Staatsbahnen haben im ersten Semester dieses Jahres 3602 Millionen Kronen gegen 3334 Millionen Kronen derselben Vorjahrsperiode, also, wie schon erwähnt worden ist, um 268 Millionen Kronen mehr betragen, wobei die definitive Einnahmehberechnung aber erst bis Ende März gediehen ist. Wenn die definitive Abrechnung abgeschlossen sein wird, dann wird sich für das erste Halbjahr allein wohl eine endgültige Mehreinnahme von wenigstens 30 Millionen Kronen ergeben. Die Mehreinnahme des Jahres 1912 wird, wie man annimmt, wahrscheinlich 50 Millionen Kronen übersteigen. Da die Jahre 1910 und 1911 eine Steigerung von 108 Millionen Kronen ergeben haben, so würde die Einnahmenerhöhung der österreichischen Staatsbahnen in den Jahren 1910 bis 1912 die bedeutende Summe von rund 160 Millionen Kronen erreichen.

Mit dieser Entwicklung gestaltet sich aber auch der Betriebskoeffizient, über dessen Höhe fortwährend geklagt wurde, wesentlich geringer, da er eine sinkende Tendenz aufweist. Er betrug:

	Im Jahre
	Prozent
1909	87.48
1910	79.60
1911	70.00

Im Lichte dieser amtlichen Ziffern besehen, wird also der an den Eisenbahnern verübte Verrat noch einmal in den schärfsten Konturen sichtbar, denn sie sind eine schlagende Widerlegung der Behauptung, daß die 17 Millionen Kronen nicht aufzubringen gewesen wären. Das Argument, das von der Regierung vorgebracht wurde, und das in allen nationalverbändlerischen und christlichsozialen Blättern und Versammlungsreden mit beharlicher Dummheit wiederholt wird, bricht in seiner ganzen jämmerlichkeit zusammen, wenn man der Rechnung ein klein wenig nachgeht. Der Staatszuschuß, der aus Steuergeldern für den Staatsbahnbetrieb zu leisten ist, hat sich von 95 Millionen Kronen im Vorjahr auf 58 Millionen Kronen im letzten Berichtsjahr 1911 verringert. Was wäre also geschehen, wenn das Haus den Antrag Lomshilf angenommen, und die Regierung gegenwärtig hätte, budgetmäßig 17 Millionen Kronen mehr für die Eisenbahner auszugeben? Der Staatszuschuß würde sich in diesem einen Jahre um diese 17 Millionen erhöhen, er würde somit anstatt 58 Millionen Kronen 75 Millionen Kronen betragen haben. Er wäre also noch immer um 20 Millionen Kronen geringer gewesen, als im Vorjahr, wo der Staatshaushalt, ohne daß sein Bankrott erfolgt ist, 95 Millionen zu tragen in stande war. Bedenkt man überdies, daß die vorhandene Besserung unserer Staatsbahnfinanzen, wie aus dem offiziellen Bericht ersichtlich ist, hauptsächlich auf die durch die wirtschaftliche Konjunktur

bedingte Verkehrssteigerung zurückzuführen ist, so kommt hierbei auch die größere Ausnützung des Personals in Betracht, das also wesentlich an der Sanierung der Staatsbahnfinanzen mitgewirkt hat. Erwägt man, daß unser Staatsbahnbetrieb ja nur buchmäßig passiv ist, und daß in Wirklichkeit die Staatszuschüsse nur dazu dienen, um die Kosten der eisenbahnpolitischen Sausewirtschaft von früher zu bezahlen, so hat man es auf der Hand, daß an den Leibern der Bediensteten voll erspart werden muß, was die korrupte und unfähige Bürokratie von früher her gesündigt hat. Dieses System und dieser Weg, der da eingeschlagen wird, ist durch den nationalverbändlerischen und christlichsozialen Verrat glorreich sanktioniert worden!

Aber das alles hindert natürlich die Nationalverbändler nicht, den alten hundertmal nach allen Seiten widerlegten Blödsinn mit eiserner Beharrlichkeit zu wiederholen. „Die Antragsteller Lomshilf und Genossen“, so schreibt der Abgeordnete Markl im letzten „Deutschen Eisenbahner“, „hätten sich eben um eine andere Form der Bedeckung umsehen müssen“, wenn sie wollten, daß der Antrag angenommen werde. Ja, warum hat der feine Herr Markl nicht nach der „anderen Form der Bedeckung“ gefragt, als im Vorjahr 95 Millionen Kronen auf dem Staatsbahnbetrieb daraufgezahlt wurden, wenn er heute, wo die Summe einschließlich der angesprochenen 17 Millionen Kronen nur 75 Millionen, also um 20 Millionen Kronen weniger ausmachen würde, darum so besorgt ist? Wahrlich, je mehr im „Deutschen Eisenbahner“ von den nationalverbändlerischen Mauldreschern zu Worte kommen, desto üppiger wächst das blödsinnig-demagogische Gefasel ins Riesenhafte, und keine logische Beweisführung vermag die Gaufler davon abzuhalten, sich immer wieder aufs neue zu blamieren. Freilich der „Deutsche Eisenbahner“, der jetzt einfach den nationalverbändlerischen Abgeordneten das gar nicht leichte Geschäft der Reinwaschung überläßt, spürt es, wie die Ausreden immer dümmere und verworrenere werden, und so nennt er den Antrag Lomshilf, krampfhaft bemüht, noch einen letzten Trunpf zu finden — „unlauteren Kundenfang“. Das ist die Logik, bei der der nationale Kretinismus angelangt ist: „unlauterer Kundenfang“ ist es, wenn man für die Wünsche armer Eisenbahner 17 Millionen Kronen budgetmäßig sicherstellen will, „unlauterer Kundenfang“ ist jede Arbeiterforderung, mit der man ernst macht, „unlauterer Kundenfang“ ist überhaupt jede wirkliche Sozialreform. „Unlauterer Kundenfang“ ist es, wenn der Betrogene seinen Betrüger erkennt und dessen Praktiken durchkreuzt. Das ist der Gaunerjargon, in dem jetzt die reichsblinderische Sprache geführt wird. Und je lauter und je öfter er wiederholt wird, desto deutlicher erkennt man die ehrenwerte Falschspielergesellschaft, mit der man es heute zu tun hat!

Habt acht! Stillgestanden und lusch!

Die zusammengeschnauzte „Deutsche Arbeiterpartei“.
„... Euch aber ziemt es stets, das Maul zu halten.“ G. Heine.

Wer noch ein wenig Sinn für Humor hat, der kommt, wenn er jetzt die letzten Wochen hindurch die Vorkommnisse in dem deutschnationalen Lager verfolgt hat, ganz ausgiebig auf seine Rechnung. Schweiftriefend geben sich die guten Leute, die von der nationalverbändlerischen Unternehmerschutztruppe als „Arbeiterführer“ auf Sumpfang ausgeschiedt wurden, die redlichste Mühe, den Schwindel zu verbergen, aber immer wieder bricht das kunstvoll aufgebaute Lügengebäude zusammen. Als zuerst durch den Eisenbahnerberrat die nationalverbändlerische Arbeiterfeindschaft

„Aller Welt Klar wurde, da kam nun die „Arbeiterpartei“ vor dem Krach zu retten — der kunstvoll arrangierte Austrittsschwindel, um zu zeigen, daß „man“ vom Nationalverband unabhängig ist. Und nachdem begreiflicherweise speziell unter den deutsch-nationalen Eisenbahnern die Erbitterung gegen den Nationalverband trotz aller Beschönigungsartikel nicht fernzuhalten war, so blieb natürlich nichts übrig, als daß man in der sogenannten deutsch-nationalen Arbeiterpresse ein wenig den Mutigen spielte und so tat, als ob man dem Nationalverband einmal ganz gehörig die Meinung sagen wolle. Als alte Gaukler, die wissen, was gut ist, hatten selbstverständlich die Nationalverbändler gegen den Austrittsschwindel nichts einzuwenden. Aber das Geschimpfe in der nationalen „Arbeiterpresse“, das die Herren Schriftleiter im Interesse ihrer stujig gewordenen Schäflein losließen, ist ihnen jetzt zu toll geworden. Dafür, daß die nationalen „Arbeiterführer“ mit Hilfe der Fabrikantengelder ins Parlament gewählt wurden, und dafür, daß die nationalen Arbeiterblätter und Sekretariate vom Unternehmergeld erhalten werden, sollen sie sich beschimpfen lassen? So nahmen sie denn ihren ungebürdigen Unterlauf ganz gehörig bei den Ohren und kanzelten sie sogar vor der Öffentlichkeit wie dumme Jungen herunter — wir haben die Drohepistel der „Ost-rauer Zeitung“ an einer anderen Stelle abgedruckt. Der öffentlichen Abkanzelung waren selbstverständlich private Nasen vorausgegangen und die Macher des Nationalverbandes scheinen ihren Kreaturen, den Machern des Arbeiter-schwindels, die Hölle sehr heiß gemacht und Wahlhilfe sowie Geldzuschuß gekündigt zu haben; denn die so Zusammengeschauzten versandten an ihre Vertrauensmänner das folgende bittende, auffordernde und beschwörende Zirkular, das ein Zufall unserem Reichenberger Parteiblatt, dem „Vorwärts“, in die Hände gespielt hat:

Zur Instruktion!

In der am Dienstag den 25. d. M. zu Wien abgehaltenen Sitzung der Reichsparteileitung wurde die Haltung der Deutschen Arbeiterpartei zum Deutschen Nationalverband und zur Wehrvorlage besprochen und beschlossen, die Parteivertrauensmänner aufzufordern, in der Mit-tation die äußerste Vorsicht abzuhalten zu lassen. — Die scharfe Kampfweise gegen den Nationalverband wurde einstimmig verurteilt. Wenn wir auch heute nicht mehr dem Nationalverband angehören, verbietet es doch die Selbstachtung und unsere allgemeine nationale Ueberzeugung, den Nationalverband in solcher Weise anzugreifen, wie es in jüngster Zeit von einigen Parteigenossen und auch von einigen Parteiblättern geschah.

Wir sind beauftragt, unseren Parteivertrauensmännern auf das entschiedenste mitzuteilen, daß wir auch weiterhin die Wehrvorlage in Wort und Schrift in entschiedener, aber sachlicher Weise bekämpfen werden, daß aber dabei Angriffe auf den Nationalverband zu unterbleiben haben.

In den nächsten Tagen wird ein genau ausgearbeitetes Referat über die Wehrvorlage an unsere Parteivertrauensmänner herausgegeben werden. Bis dahin mögen sie sich alle gedulden.

Wir bitten nochmals, nicht störend in die Arbeiten der Parteiver-tretung einzugreifen und sich weiterer Ausfälle zu enthalten.

Gleichzeitig ersuchen wir alle Vertrauensmänner, uns von wichtigen Vorgängen in den Wahlkreisen zu unterrichten und verbleiben

mit Parteigruß

Deutsche Arbeiterpartei für Oesterreich Wien VI, Matrosengasse 9.

Wien, am 25. Juli 1912.

Offentlich haben die Vertrauensmänner, die ihre Mäuler nicht zügeln konnten, den Befehl des Herrn Ertl aus der Matrosengasse kapiert und auch kapiert, daß „Selbstachtung und unsere allgemeine nationale Ueberzeugung“ bürgerliche Wahlstimmen und gutes, bürgerliches Geld bedeuten, daß also die heiligsten Güter, die Grundlagen der Partei in Frage kommen, wenn nicht jeder Vertrauensmann sich in Wort und Schrift genau nach dem ihm zugesandten Referentenschimmel richtet und den wackeren Nationalverband schon.

Uebrigens scheint man die drei „Arbeiterführer“ schon wieder in den Nationalverband zurückgepiffen zu haben. Ueber eine Rede, die Abgeordneter Seine kürzlich in Bodenbach-Altstadt gehalten hat, wird nämlich in deutschbürgerlichen Blättern berichtet:

Einem der „Deutschnationalen Korrespondenz“ vorliegenden ausführlichen Bericht über die Rede, die Abgeordneter Seine kürzlich bei einer Tagung deutscher Arbeiter in Bodenbach-Altstadt gehalten hat, entnehmen wir, daß Seine auch über das Verhalten der Deutschen Arbeiterpartei zum Nationalverband gesprochen und erklärt hat, es sei kein Zweifel, daß die Deutsche Arbeiterpartei sich im Herbst wieder mit dem Nationalverband vereinigen werde. „Wir nationalen Abgeordneten“, sagte Abgeordneter Seine, „müssen dies wünschen, weil es einen großen nationalen Verband ohne Mitwirken der nationalen Arbeitervertreter auf die Dauer nicht geben kann.“

Selbstverständlich. Die Kreins, die sich noch immer, nachdem der ganze Schwindel so funkenklar enthüllt ist, am Rafening wie in einem Zirkus als Paradarbeiterpartei herumführen lassen, merken es so und so nicht. Also, wir sind auch für die Wiedervereinigung.

Die Lebensmittelsteuerung, ihre Ursachen und ihre Abwehrmittel *).

Gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisationen.

Die herrschende Teuerung hat die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und insbesondere jener Schichten, deren Lohnver-trag in fest umschriebenen Grenzen sich bewegt, wie dies bei dem Eisenbahnpersonal der Fall ist, tief herabgesetzt. Alle Kulturbedürfnisse müssen deshalb von den breiten Schichten der Bevölkerung auf ein Minimum eingeschränkt werden, weil eine Bedeckung im Haushaltbudget nicht gefunden werden kann. In den meisten Fällen muß rundweg auf jedes solche Bedürfnis verzichtet werden.

*) Wir eröffnen hiermit eine Artikelserie, mit denen wir den Genossen zugleich Material für Referate bieten wollen.

Ein Theaterbesuch, eine kleine Reise, der Ankauf eines guten Buches, der Besuch eines Konzertes, die Benützung eines Bades, eine größere Wohnung oder sonst ein Schmuck oder Luxusartikel, und wie die Dinge sonst noch alle heißen mögen, die zum Leben nötig sind, werden in dem Kreis der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere bei kinderreichen Familien immer feltener und die Zeit ist nicht mehr fern, wo diese Dinge in das Reich der Fabel gehören. Jede Hausfrau hat alle Hände voll zu tun, um die Schläge, die die Regierung und die mit ihr verbündeten Agrarier und Kartellisten uns täglich veretzen, etwas abzuschwächen und zu lindern. Die Löhne reichen in den meisten Fällen selbst für die primitivste Verköstigung nicht mehr aus. Wie viel Lebensfreude, Arbeitslust und Arbeitskraft, Gesundheit und Lebensglück werden durch diese Hungerpolitik eingegart? Um wieviel Jahre wird dadurch nicht unser Leben abgekürzt? Um wie viel früher werden wir dadurch nicht arbeitsunfähig? Von Jahr zu Jahr nimmt in unserem Reich die Kindersterblichkeit zu, der Bevölkerungszuwachs, die Kraft und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung ab. Durch die furchtbare Teuerung aller Nahrungs- und Bedarfsartikel, sowie durch das Wohnungselend wächst die bittere Not ins endlose, wachsen die Unsittlichkeit, der Alkoholismus, das Verbrechen und die Kriminalität zu einer ersten gesellschaftlichen Gefahr heran. Dadurch, daß die breiten Schichten der Bevölkerung ihre Lohnkrone ausschließlich für Lebensmittel- und Wohnungszwecke verwenden müssen, sinkt die Produktivität der Industrie, des Gewerbes, des Handels und des Verkehrs und der Industriearbeiter wird als Konsument und als Verkäufer seiner Arbeitskraft extra noch mit Arbeitslosigkeit bestraft. Die Industrialisierung wird dadurch gehemmt und die Steuerkraft und die Steuerquellen des Staates versiegen. Nur eine Industrie wird durch die Hungerpolitik unserer Regierung gehoben, die des Totengräbers. Als gangbare Geschäfte können nunmehr die Spitäler, die Irren- und Siechenhäuser und die Arrekte betrachtet werden. Die Zahl der Kunden, die Produkte dieser herrlichen Weltordnung sind, wächst von Tag zu Tag, so daß sie nicht mehr alle untergebracht werden können.

Unsere natürlichen Ausführorte (die Balkanstaaten) wurden durch die famose Handels- und Zollgesetzgebung zur Freude der Agrarier gründlich verammelt. Die schwarzgelben Fahnen wurden von unseren Regierungsgebäuden entfernt und überall durch grüne ersetzt. Alle großen Staats- und Völkerfragen werden von dem Gesichtswinkel aus betrachtet, welche Preissteigerung das „heilige heimische Schwein“, der „nationale Ochse“ und die „patriotischen Brotfrüchte“ erfahren. Die Not des Volkes wird von der Regierung als wichtiges politisches Lausmittel benützt, um ihre sogenannten „Staatsnotwendigkeiten“, wie: mehr Soldaten, größere Schiffe und viele Kanonen in die Regierungskasse zu bringen. Unsere bürgerlichen Abgeordneten, insbesondere die Agrarier und sonstigen Lebensmittelwucherer und Kartellisten sind gute politische Geschäftleute. Sie bewilligen dem Staat alles auf Kosten der Lebens-

Feuilleton.

Wenn die Uhr verschwände.

Eine Perspektive.

Von Fritz Müller (Zürich).

„Geseht den Fall, aus Zellerstadt verschwänden alle Uhren...“

„Erlauben Sie, das ist ja gar nicht möglich.“

„Ich sehe ja den Fall, es wäre möglich.“

„Schön, dann würden die verschwundenen Uhren im Sandumdrehen ersetzt sein durch...“

„Jedoch ich sehe den Fall, sie würden nicht ersetzt...“

„Dann — hm — dann...“

„Hören Sie, ich will es Ihnen sagen, was dann wäre. Darf ich es erzählen?“

„Gewiß, legen Sie los!“

„Also, wenn in Zellerstadt die Uhr verschwände, die Uhr am Bahnhof und im Postgebäude, die Uhr am Kirchturm und am Sandelaber, die Uhren in den Häusern und den Westentaschen — wenn in Zellerstadt die Räder aller Uhrmacher polizeilich fest verschlossen und versiegelt würden — wenn jede Art von Uhr verschwände, die aufdringlichen und die zierlichen, die blödsinnigen und die manierlichen, die traulichen vom Schwarzwald und die verrückten Kugelführer mit den Pübeln und den Adlern und den Löwen — so wäre das eine Revolution, wie sie...“

„Eine Revolution?“

„... eine Revolution, wie sie Zellerstadt noch nicht erlebt hat. Eine Revolution von einer Tiefe, wie sie keine Stadt jemals erlebt hat. Die französische Revolution wäre ein Kinder-spiel, eine Oberflächenwirkung gegen die Uhrenrevolution von Zellerstadt. Das ganze Stadtbild würde sich verändern. Von Grund aus umgetrempelt würden alle Menschen...“

„Umgetrempelt? Im guten oder schlechten Sinn?“

„Das sollen Sie dann selber sagen, wenn ich fertig bin mit der Erzählung. Also umgetrempelt, sagte ich, nicht wahr? Sie müssen also denken, mit einem Schlag müßten alle Uhren...“

„Bann, zum Beispiel? Wir haben heute den letzten Mai — vielleicht am ersten Juni?“

„Gut, sagen wir am ersten Juni. Am ersten Juni würden also alle Zellerstädter früh erwachen wie gewöhnlich...“

„Die aber ihren Wecker eingestellt...“

„Die würden borenst weiter schlafen... ich rede noch von ihnen. Die anderen aber würden auf den Nachttisch blin-

zeln: „Kreuzteufel, wo ist meine Uhr?“ Sie würden einen viereckigen hellen Fleck mit einem Haken an der oberen Eckschleife auf der Wand entdecken: „Zum Henker noch einmal, wer hat denn unsere Schwarzwälderin...? Sie würden in der ganzen Wohnung umeinanderlaufen: „Das ist ja ein Skandal, einfach ein Skandal!“ Sie würden am Telephon die Kurbel drehen: „Bitte Fräulein, die Polizei!“ — „Bedauerer, belegt und über hundertmal vorgemerkt!“ würde das Fräulein sagen. — „Ja, was ist denn los, fehlen denn auch anderswo...?“ — „... die Uhren meinen Sie, nicht wahr? Gewiß, mein Herr, soweit ich aus den Telephongesprächen seit etwa einer halben Stunde erfassen konnte, gibt es in Zellerstadt von heute morgen ab keine Uhren mehr...“ — „Schluß... es läutet grad ein anderer nach der Polizei, mein Herr.“

„Hm, es ist ganz interessant, sich das alles vorzustellen — jedoch...“

„Und dann würden sie die Köpfe aus den Fenstern stecken, weit hinaus, um die alte Kirchturmuhr da drüben sehen zu können. Aber es wäre keine Uhr mehr da. Und der Turm, der alte, würde sich stellen, als hätte er gar niemals eine Uhr gehabt. Und dann würden sie finden, daß das Dienstmädchen noch gar nicht in der Küche ist und Kaffee kocht. An die Türe würden sie mit zornigen Knöcheln klopfen: „Was ist denn, Kammy, wollen Sie bis Mittag schlafen?“ — Und schlaf-trunken läme es aus der Kammer: „Gnä Frau, is es denn schon so spät — der Wecker ist ja gar nicht — Zefmaria, gnä Frau, der Wecker is nicht da, der Wecker is gestohlen...“

„Hm, ja, so ungefähr möchte das wohl alles sein, mein Herr, wenn — verstehen Sie — wenn...“

„Und dann würde sich allmählich ein merkwürdiger Humor einstellen, ein zeitlosen Humor sozusagen — man würde ganz gemütlich Kaffee trinken — nicht mehr mit dem gehetzten Blick auf Uhren, die ihre Zeiger mit unerschämter Schnelle auf 8 Uhr schnellen, wenn es eben erst 1/8 Uhr war — man würde lächelnd sagen: „Wozu die Eile, wozu die alte Eile? Es geht ja allen heute so. Und wenn wir wirklich in die Schule, ins Geschäft zu spät kämen heute, es könnte ja kein Mensch konstatieren. Was ja sein, daß der Prinzpal wie gewöhnlich an der Eingangstür stünde mit gefurchtem Gesicht und mit der rechten Hand den vernichtenden Griff in die linke Westentasche machte, um festzustellen, daß Herr Majer wieder fünf Minuten über 8 Uhr u. s. w. Was ja sein, daß er das wollte, der Herr Chef. Inzwischen, es bliebe doch beim Wollen. Leer bliebe seine sehr strenge Hand, und er würde finden, daß seine goldene Kette völlig zwecklos in der Westentasche endigte.“

„Wenn er aber die Sternwarte anriefe?“

„Die Sternwarte ist auch verschwunden. Und die Sonne differiert ja gleich um ganze Viertelstunden gegen Em E Zeit.“

„Wenn er aber telephonisch oder telegraphisch von Berlin die rechte Zeit...“

„Die mitgeteilte Biffer würde im Telephondraht glatt verloren gehen, und in der Depesche wäre es eine weiße Stelle — verstehen Sie doch endlich: Zellerstadt ist zeitlos. Zellerstadt ist abgeschnitten von dem Tid und Tad der Uhren aller Welt. Was es weiter über die ganze Erde tiden — Zellerstadt ist eine reine Insel, und weit drüben über'n Ozean erst beginnt die Welt, die einen Tid hat.“

„Ja, aber...“

„Und dann würde der Geschäftskreisende Mauermeier auf den Bahnhof kommen, um den D-Zug nach Berlin zu besteigen. Aber er fände zuerst ein schreckliches Durcheinander auf dem Bahnhof. Aufgeregte rote Mähen liefen durcheinander. Züge stünden unter Dampf, ohne auszufahren. Von draußen führen keine Züge ein. Denn am Weichbild von Zellerstadt wären den einfahrenden Lokomotivführern spurlos alle Uhren weggekommen. Mit ihren Blais und Reisetaschen stünden gestikulierende Gruppen von Reisenden da und führen alle Augenblicke aus alter Gewohnheit zwecklos mit den Händen in die Westentaschen, wo die Uhren ausgewandert sind. Und der reisende Mauermeier würde nervös sein Kursbuch blättern. Und auf einmal würde es ihm einfallen, daß alle Kursbücher in Zellerstadt sinnlos geworden wären. Und er würde den dicken „Hendtschel“ in die Ede feuern. Und die anderen Reisenden würden es mit ihren Kursbüchern gerade so machen. So was ist anstehend, wissen Sie. Und ein ganzer Haufen Kursbücher würde in einer Bahnhofsecke liegen. Und einer — es wäre ein Philosoph — würde sagen: „Gott sei Dank, daß diese Schurken, die die Menschen oft genug ge- ärgert und herumgejagt haben, endlich einmal da sind, wo sie hingehören.“

„Aber erlauben Sie mal, so ein Kursbuch kostet...“

„Und auf einmal würde sich die Spannung lösen. Und die Leute würden plötzlich zu schimpfen aufhören und nicht mehr unaufförllich sagen: „Herrgott, wenn ich nun nicht dorthin komme!“ — „Und der Anschluß an Bitterfeld, der ist jetzt auch beim Teufel!“ — Alles das hätte gar keinen Sinn. Denn es würde ihnen einfallen, daß es allen geradeso ginge. Und erlösend würde es über sie kommen: „Kinder, man gang ruhig, bitte — es wird auch so am Ende gehen — die Welt, die steht ja noch, und die alte Sonne draußen (da würden sie

haltung der breiten Schichten der Bevölkerung, wenn sich die Regierung nur als Schutzheilige für das vaterländische Schwein aufwirft. Im Parlament sind die Agrarier ziffernmäßig die größte Partei und haben naturgemäß den größten Einfluß auf den Gang der Politik. 134 Bauern, und wenn man die 26 Geistliche, die Bauern in der Soutane sind, dazu rechnet, so haben die Agrarier von den 516 Mandaten 160 inne, also fast ein Drittel der Gesamtzahl der Abgeordneten oder 32 Prozent. Kein Stand, keine Berufsgruppe kommt ihr an Macht auch nur annähernd nahe. Dazu kommt noch, daß das Herrenhaus fast ausschließlich aus dem adeligen Großgrundbesitz zusammengesetzt ist. In den Ministerien bis herunter zu den Bezirkshauptmannschaften wimmelt es von den Söhnen der adeligen Grundbesitzer und der Kartellträger, die die Geschäfte ihrer Väter in der Verwaltung treu besorgen. Der Grundbesitzer und Industrielle beutet in seinen Fabriken die ärmeren Volksschichten bis auf das Blut aus. Außerdem zieht er aus ihnen als Konsumenten Wucherprofite. Sein Sohn, der in der Verwaltung sitzt, bewacht und beschützt von dort aus die Geschäfte des Vaters. So will es die von Gott eingesetzte Ordnung! Einer solchen Macht kann sich keine Regierung entziehen und ihr Wille ist das bewegende Gesetz in Oesterreich.

Die Agrarier sind die geschworenen Feinde der Fortentwicklung eines gesunden Arbeiterschutzes und in freibheitlichen und in Kulturfürsagen stellen sie die ärgste Reaktion dar. In diesem Bestreben sind sie, gleichviel welcher Nation der einzelne angehört mag, vollkommen einig. Nicht nur ihre eigene Macht bringen sie zur Anwendung, sondern spannen ganze politische Parteien vor ihren Wagen. So zählt beispielsweise die christlichsoziale Parlamentsfraktion im ganzen 76 Mitglieder. Davon sind inklusive der 10 Pfaffen 48 Bauern, also weit mehr als die Hälfte ihrer ganzen Fraktion. Der deutschnationaler Verband hat 22, die Polen haben 30, die Tschechen 31 Bauern als Mitglieder in ihrer Mitte, die dem Verband das politische Gepräge geben. Alle diese Parteien können nicht die Interessen der städtischen Bevölkerung wahrnehmen, weil sie ganz selbstverständlich von den Agrariern gehemmt und beeinflusst werden, die dem Gang der Politik ihre Signatur ausdrücken. Dazu kommt noch, daß die mittleren und kleineren Besitzer ihre Söhne als Lohndrücker in die Stadt schicken oder als Ordnungsstützen bei der Polizei, Gendarmerie oder Finanzwache wegen ihrer geringen Kultur und Bedürfnislosigkeit Unterjochung finden lassen. Wenn die Arbeiter gegen deren Väter, die Lebensmittelmacher, demonstrieren, dann schlagen die Bauernhäupter der Söhne ihnen die Schädel ein oder schleppen sie ins Gefängnis, während uns die Söhne der Bourgeoisie drakonische Strafen diktiert. Das ungarische Beispiel lehrt uns, daß diese Elemente die Feinde des Rechtes sind.

Wenn wir das Angeführte überprüfen, so drängt sich von vornherein die Frage auf: Gibt es Mittel von gleicher Größe, die die Arbeiterschaft dem kapitalistischen Staate entgegenstellen kann? Ja! Es gibt für die Arbeiterschaft drei Mittel, die, wenn sie gut ausgebaut und richtig angewendet werden, manchen

einen Augenblick aus der Bahnhofstüre treten, um nachzusehen, die alte Sonne draußen läuft ja auch noch um den Himmel." Und einer, der in seiner Jugendzeit einmal die Schafe auf dem Unterberg gehütet hatte, würde einen prüfenden Blick nach dem Gestirne tun und sagen: "Ich denk, so gegen 9 Uhr wird es sein. Da hab ich sonst gefrühstückt..." Und dann würden einige ganz fröhlich werden auf dem Bahnhof und zum Frühstück gehen, schwabend, lachend, wie an einem Feiertage ohne Leid und Tad. Und die anderen würden ganz gemächlich mit dem Bahnhofsvorstand unterhandeln: "Wenn Sie jetzt den D-Zug nach Berlin in aller Ruhe weitergeben lassen, was?" — "Ja, wenn er aber auf der Strecke einem anderen Zug in seine Platte fahren würde?" — "Aber da telefonieren Sie doch ganz einfach an die Vorstationen: 'Lasset Gegenzug erst abfahren, wenn unser Zug eingetroffen ist,' verstehen Sie?" Und dann gäbe es in und um Zellerstadt niemals mehr Unglück auf der Eisenbahn. Undzüge ließe man dahin und dorthin ab, einfach nach Bedarf. Wenn sich so und so viel Leute angesammelt hätten..."

"Nun gestatten Sie mir aber mal: Was würde da viel Zeit verloren!"

"Im Gegenteil, mein Herr, gerade darin irren Sie: Es würde Zeit gewonnen. Solange es Ihnen gab in Zellerstadt, da hatte nie jemand so rechte Zeit. 'Ich habe keine Zeit', das war das zweite Wort in jener drangvollen, verheßten und berührten Zeit. Jetzt aber würde jeder Zeit haben. Warum auch nicht — es kam ja nicht darauf an, jetzt in der uhrenlosen Zeit. Und nicht nur Zeit würden sie gewonnen haben, die Zellerstädter, nein, noch etwas anderes, was viel mehr und was viel besser wäre."

"Und das wäre?"

"Sich selber. Sich selber hätten sie gewonnen, die Zellerstädter. Denn sehen Sie: Jetzt hätten sie die Zeit, vorher aber hatte die Zeit sie."

"Ja, aber..."

"Und eine Zeit würde kommen, wo die Leute draußen sagen müßten: 'Dere im Himmel, habens doch die Zellerstädter schon.' Und die Zellerstädter würden sagen: 'Ja, Kinder, sagt mal, wer hindert euch im Grunde denn, es gerade so schön und gut zu haben? Und dann würde eine Stadt nach der anderen ihre Uhren in das Pfefferland verschicken. Und eine Aera würde dann herausziehen, eine Aera... Und das wäre dann in Wahrheit der Beginn der goldenen Zeit."

Ansturm abwehren können. Dieses Mittel sind: a) die politische, b) die gewerkschaftliche Organisation und c) die Selbsthilfe, die Genossenschaften. Würde die Arbeiterschaft sich mehr um die Politik kümmern, den Ursachen nachgeben, die Unrecht und Elend erzeugen, sie würden bald die Quellen aller Leiden erkennen und in die Lage versetzt werden, Gegenmittel anzuwenden. Wenn die Arbeiterschaft bei den Wahlen in den Reichsrat, in die Landtage und Gemeinden einheitlich als Klasse auftreten würde, möchten die gesetzgebenden Körperschaften ganz anders aussehen und etwas ganz anderes leisten, als wie es bisher der Fall war. Wenn wir in der Förderung unseres Klasseninteresses einig wären, so könnten wir all den Dingen, interessens einig wären, so könnten wir all den Dingen unter denen wir stöhnen und seufzen, bald ein Ende machen. Wenn wir alle einig wären, wie klein würde dagegen die organisierte Macht des Massenstaates sein. Die Ketten, die wir uns selbst an die Hände schmiemen, könnten wir weit von uns werfen. Unsere Rechte würden größer, unser Einfluß stärker, unsere Lebenshaltung höher werden. So aber müssen wir sagen, daß der größte Teil der Arbeiterschaft diesen Zustand, unter dem er und die Seinen leidet, aus Boshaftigkeit, aus Unverständnis, aus Neid und aus all den Lastern, die uns der kapitalistische Staat als Erbteil vermacht hat, selbst geschaffen hat. Wir müssen daher bessere politische Aufklärung und bessere politische Organisationen schaffen, um all das, was in der Politik und in der Gesetzgebung gegen unsere Klasse unternommen wird, mit Erfolg abzuwehren zu können.

Als zweites, und zwar als Universalmittel gelten die Gewerkschaften. Diese sind die Grundlagen aller proletarischen Bestrebungen. Die Gewerkschaft ist der Schlüssel zu jedem sozialen Aufstieg, das Werkzeug der Verteidigung und des Angriffes und ist die Kriegsschule des Proletariats. Sie regelt Angebot und Nachfrage, schafft neue Rechte und erweitert die vorhandenen. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften besteht darin, für ein gutes Tagewerk einen guten Tagelohn zu erkämpfen. Sie sieht darauf, daß die Lebenshaltung kontinuierlich wächst und wird dadurch einer der größten Kulturfaktoren der Gesellschaft. Wenn der Großteil der geistigen und manuellen Arbeiter einmal den Wert und die Bestimmung der Gewerkschaften richtig erkennen würde, so hätte er ein Mittel allerersten Ranges, die Ausbeutung in all ihren Formen zu lindern.

Ein solches Mittel zu schaffen, muß der Lebenszweck jedes einzelnen Berufsgenossen sein. Jeder in einer Gewerkschaft organisierte Eisenbahner muß ein Agitator, ein Sendbote des Geistes sein, der uns alle erfüllt und unser Erlöser sein wird. Was könnten die Eisenbahner sein, wenn sie alle einig wären! Wenn wir nicht wüßten, daß um uns Verwahrer herumtschleichen, Feiglinge, die nach armseligen Gründen grübeln, um unsere Reihen zu lüften. Das Parlament würde einen anderen Respekt vor uns bekommen und es sich nicht im Traume einfallen lassen, einen einmal gefassten Beschluß, wie dies bei der letzten Tagung der Fall war, wieder rückgängig zu machen. In diesem Beschluß spiegelt sich unsere Schwäche wider. Dieser Beschluß des Parlaments ist indirekt eine glänzende Aufforderung an alle noch fernstehenden Eisenbahner zum Beitritt in die Organisation. Eine gute Gewerkschaftsorganisation soll die Lohnkrone erhöhen und damit der Konsumtion und Kaufkraft ihrer Mitglieder zum Steigen zu verhelfen.

Als drittes und wichtiges Mittel, die Leuerung abzuwehren, sind die genossenschaftlichen Organisationen da: die Konsumvereine, die Produktivassoziationen, in unserem Fall die Lebensmittelmagazine. Genau betrachtet, sind die Genossenschaften gar keine eigenen und selbständigen Gebilde des Proletariats, sondern nur wichtige Hilfsmittel für die Gewerkschaften und die politischen Organisationen. Auf einer Reihe von Parteitagen, Gewerkschaftskongressen und auf einer Anzahl von Verbandsstagen und Generalversammlungen wurden diesbezügliche Beschlüsse gefasst, in welchen es den Arbeitern zur Pflicht gemacht wird, sich nicht nur in den bestehenden Organisationen, sondern auch genossenschaftlich zu vereinigen. Denn die Erfolge, die die Gewerkschaften und politischen Organisationen zu erzielen in der Lage sind, werden erst durch die Tätigkeit der Genossenschaft (Lebensmittelmagazin) richtig gewertet und kommt der Erfolg erst zum bleibenden Ausdruck. Eine Gewerkschaft, die neben ihren Aufgaben nicht auch noch die Genossenschaftsbewegung fördert und unterstützt, hat ihre sozialen Aufgaben und Verpflichtungen nur halb vollbracht. Dies hat gar bald ein Großteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erkannt und sie gingen mit Eifer daran und gründeten innerhalb einer kurzen Zeit über das ganze Reich Konsumgenossenschaften. Nur vor unseren Berufsgenossen, den Eisenbahnern, scheint die grandiose Konsumentenorganisationsbewegung in den letzten Jahren in Oesterreich und in der ganzen Welt spurlos vorübergegangen zu sein, ohne daß sie etwas daraus lernten, ohne sich dieses Vorbildes zu bedienen. Wäre dies der Fall, so müßte eine Bewegung in ganz Oesterreich unter den Eisenbahnern entstanden sein, ihre eigenen Lebensmittelmagazine so auszubauen, daß sie ein wertvoller,

sozialpolitischer Faktor in dem Leben des Eisenbahners und seiner Familie sein müßten.

Was die Lebensmittelmagazine gegenwärtig sind und was sie sein sollten, wollen wir in einem zweiten Artikel zeigen. R. M.

Betrogene Betrüger.

Eine Abkanzelung der deutschnationalen „Arbeiterpartei“ durch ihre Nährväter.

Die deutschen Unternehmer haben sich die deutschgelbe Arbeiterpartei als Avantgarde gegen die Sozialdemokratie geschaffen. Sie kauften sich ein paar obskure Leute, denen sie den Titel „Arbeiterführer“ verliehen, gaben ihnen Gehalt und Geld zur Gründung von gelben Blättern, verhalfen ihnen mit ihrem Geld und mit terroristischem Druck auf die Arbeiter auch bei den letzten Wahlen zu drei Mandaten und erwarteten von ihnen nun, daß sie der Sozialdemokratie den Garauß machen werden. Den Gelben wiederum diente die Rolle der Erretter des Bürgertums vor der Gefahr der Sozialdemokratie als Mittel zu fortgesetzten Erpressungen. Wenn wo eine Reichsratswahl ist, sofort sind sie mit der gelben Kandidatur da, die sie sich dann abkaufen lassen, oder, wenn es zu diesem Abkauf nicht kommt, lassen sie sich die Stichwahlhilfe teuer bezahlen. Aber das wird dem Bürgertum und den Unternehmern zu dumm, zumal die Vernichtung der Sozialdemokratie so lange auf sich warten läßt. Andererseits wissen die Deutschgelben aber sehr wohl, daß sie den geringen Anhang unter den Arbeitern nur solange erhalten, als sie ihnen vortäuschen, daß sie „auch“ Arbeiterklassenpolitik machen. Tun sie das nicht, so verlieren sie auch diesen, und auf den Unternehmerterrorismus allein können sie ihre parlamentarische Existenz nicht bauen. Aber schon das Getue, als ob sie Arbeiterinteressen vertreten würden, behagt den Unternehmern nicht. Sie werfen den Gelben vor, daß sie sich „im Schlepptau der Sozialdemokratie“ befinden und drohen ihnen mit Entziehung der klingenden Gunst. Man muß sagen, die Lage dieser gelben Lumpenkerle ist nicht gerade beneidenswert.

Nun ist in Mähren im Wahlkreis Neutitschein eine Nachwahl. Die Gelben wiederholen das Manöver und drohen den Bürgerlichen mit einer eigenen Kandidatur. Das geht dem allmächtigen Protektor der Gelben, dem Eisenwerksdirektor Schuster in Ostrau, über die Hut schnur und er läßt nun gegen sie eine saftige Verwarnung in seinem Blatt, der „Ostrauer Zeitung“, los, die einen ausgezeichneten Beitrag zum Verständnis des Wesens der Gelben liefert, so daß wir sie auszugsweise folgen lassen. Das Blatt schreibt:

Als vor wenigen Jahren erst, zur Zeit der Gründung der deutschen Arbeiterpartei, im deutsch-bürgerlichen Lager von unseren nationalen Arbeitern gesprochen wurde, da klang aus allen Urteilen ein gewisser Stolz und eine ehrliche Freude... Freudig half man daher der jungen Partei bei ihrer Werbetätigkeit und neidlos wurde ihren Wortführern bereits bei den letzten Reichsratswahlen ein entsprechender Anteil an der Vertretung des deutschen Volkes in der gesetzgebenden Körperschaft eingeräumt. Mann für Mann stimmte das deutsche Bürgertum in drei Wahlkreisen für die nationalen Arbeitervertreter und die Folge war, daß die bekanntesten unter ihnen, die Herren Seidl, Anrich und Farkner, in das Parlament ihren Einzug hielten.

Es ist also durchaus nicht lange her, daß die ersten Gehversuche der deutschen Arbeiterpartei die bereitwilligste Unterstützung des deutschen Bürgertums fanden, und doch wollte es alsbald scheinen, als ob ein recht merkwürdiger Dank die selbstlose Hilfe lohnen sollte. Man erinnerte sich nur der immerwährenden Konflikte innerhalb des Deutschen Nationalverbandes, bei denen zumeist die drei Vertreter der deutschen Arbeiter ihre Hand im Spiele hatten, bis endlich vor ein paar Wochen unter recht theatralischem Getue die Herren Seidl, Anrich und Farkner ihren Austritt aus dem Nationalverband vollzogen. Auch damals, als der großen parlamentarischen Organisation unter freihheitlichen Abgeordneten seitens des sahnensflüchtigen deutschen Arbeiterfraktionens allerlei naseweise Lehren und Ermahnungen erteilt wurden, schwieg man noch. Einerseits waren diese Tiraden wirklich nicht ernst zu nehmen, andererseits war man immer noch geneigt, unsympathische Manöver als den Ausfluß einer zwar kläglich ungeschickten, aber doch eben nicht direkt böswilligen Taktik zu betrachten. Seit ein paar Tagen drängt sich aber der Eindruck auf, als ob die kleine jugendliche deutsche Arbeiterpartei ihre Aufgabe verkennen und allen Ernstes sich dazu berufen fühlen würde, durch Grobmannsucht und Stänkerei in die Reihen unseres Volkes neue Vermirrung hineinzutragen. Es liegt nicht nur ganz offenbar System in den Gehversuchen der deutschen Arbeiterorgane, sondern es geht einfach über alle Begriffe, was die Herren „Schriftleiter“ dieser Blättchen den deutschfreihheitlichen Parteien gegenüber sich herausnehmen.

Wenn die vom deutschen Bürgertum aus purem Idealismus mühselig großgepäpelte „Deutsche Arbeiterpartei“ etwa glaubt, daß sie mit politischer Erpressung Glück haben wird; wenn die mit Hilfe des deutschen Bürgertums ins Parlament hineingebrachten deutschen Arbeiterführer weiter meinen sollten, daß sie mit den unverkäuflichen Drohungen in ihren Blättern der Partei oder sich selbst dienen, so liegt unsererseits kein Anlaß vor, die Elemente zu verwarnen. Wir begnügen uns, ein für allemal festzustellen, daß die junge Partei, die unter der Patronanz des deutschen Bürgertums erstand, und auf die wir in der Sorge um das Wohl des deutschen Volkes große Hoffnungen setzen, Anstalten trifft, den Weg des Verrates zu betreten...

Vermerkt sei der schamlose Verrat nur deshalb, weil ja wieder einmal Wahlstage kommen werden, und dann wird sich ja zeigen, wenn zur Vernunft verholten wurde: dem deutschen Bürgertum, das sich wieder einmal um eine nationale Sanhlung betrogen sieht, oder aber Leuten, die geglaubt haben, durch Struppellosigkeit alles das erreichen zu können, was ihnen an Treue und Verantwortungsbewußtsein mangelte.

Es ist kein Zufall, daß eine ähnliche Verwarnung auch das Karlsbader Unternehmervblatt, das dortige „Badeblatt“, an die Deutschgelben erließ:

Was nun die Wahlhilfe anbelangt, so meinen wir, daß dies erstens unbedingte Pflicht, und zweitens verdanken die drei Abgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei ihre Mandate nur den Bürgerlichen; drittens kennzeichnet die Deutsche Arbeiterpartei den Grad ihres nationalen Empfindens damit sehr deutlich, indem sie ihre nationale Tätigkeit materiell eingeschätzt wissen will.

Materiell eingeschätzt wissen will — das Karlsbader Blatt drückt sich sehr zart aus — das heißt: mit klingender Münze bar bezahlt haben will.

Die Drohungen sind deutlich genug: auf die Deutschgelben, deren Partei vom Unternehmertum „mühsam aufgepäppelt“ wurde, setzten die Ausbeuter und politischen Gegner der Arbeiterklasse „große Hoffnungen“ und sie gaben ihnen Geld und Mandate. Dafür sollten sie ihnen im Kampfe gegen die Sozialdemokraten helfen. Wenn sie nun diese „ihre Aufgabe verkennen“ und, anstatt den Arbeitern in den Rücken zu fallen, sich anschicken, „nafsweise Lehren“ auszuweisen, eine gewisse Selbstständigkeit zu erringen, mehr Mandate zu verlangen, als ihnen gnädigst zugewilligt werden, so ist das ein Verrat, den die Ausbeuter durch ihre Presse mit der Entziehung der Günst und Gnade, die Geld und Mandate bringt, bedrohen. Da die Deutschgelben von dem Blatt des Herrn Generaldirektors Dr. Schuster bedroht werden, daß ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt werden wird, wird man sie bald einschwenken, parieren und gehorsam kuscheln sehen.

Sozialpolitik und Nation.

Es ist das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft, daß sie aus den Problemen, die sie nicht zu lösen vermag, nicht herauskommt. Zur Zeit, als die angewandte Technik den Produktionsprozeß Englands zu revolutionieren begann, und mit dem Untergang des alten Handwerks eine überschüssige Zahl von arbeitenden Menschen schuf, die der Degeneration in die Arme getrieben wurden, erstand bekanntlich der englischen Bourgeoisie ein neuer Apostel in der Person des Pfaffen Malthus, der die Heilslehre verkündete, daß die Erde nicht Platz für alle habe, denn viel schneller als die Existenzmittel vermehre sich die Zahl der Menschen. Aber nicht allzu lange vermochte der moderne Kapitalismus mit diesen Argumenten dieser angeblich wissenschaftlichen Entdeckung auszukommen. Heute steht die bürgerliche Gesellschaft bereits vor einer anderen Frage, die eigentlich ein umgekehrtes Problem darstellt. Der Geburtenrückgang ist in den letzten Wochen ein immer wiederkehrendes Thema in allen Blättern und Zeitschriften. Denn man hat aus den Ergebnissen der Statistik in fast allen Kulturländern herausgefunden, daß die Anzahl der Geburten nicht mehr wie früher eine Vermehrung aufweise, sondern im ständigen Rückgang begriffen sei. Und die bürgerliche Nationalökonomie bemüht sich grau in grau die Gefahren zu schildern, die für die Volkswirtschaft, den Staat und die Nation daraus erwachsen, wenn die Geburtenfrequenz weiterhin diesen Entwicklungsverlauf beibehält.

Ohne Zweifel handelt es sich, wenn die Abnahme der Geburten mit einem Rückgang der Bevölkerung in einem Lande gleichbedeutend ist, um ein schweres soziales Problem, das mit der Zeit zu den schwersten wirtschaftlichen und nationalen Erschütterungen führen kann. Wir sagen ausdrücklich nationale Erschütterungen, weil es in einer Zeit, wo, wie das in Oesterreich der Fall ist, das Bürgertum vor lauter nationalen Forderungen gar nicht zur Ruhe kommt, immerhin wertvoll ist, zu zeigen, wie das nationale Problem in letzter Linie in die große soziale Frage ausläuft.

In Frankreich, wo der Geburtenrückgang seit vielen Jahren schon die ernstesten Bedenken hervorruft, droht die Dezimierung der Nation tatsächlich die wirtschaftliche Bedeutung des Landes, und damit auch die soziale Seite der Bevölkerung ernstlich zu gefährden. Nun zeigt sich aber auch in anderen Staaten, wie in England, Deutschland und Oesterreich, eine Abnahme der Geburtenanzahl, eine Erscheinung, auf die, was unser Reich anbelangt, Dr. Hainisch schon im Jahre 1909 als eine zu gewärtigende Tatsache hingewiesen hat. Wenn nun aber gerade jetzt, bei der Feststellung dieser überall wahrnehmbaren statistischen Ergebnisse die Erscheinung selbst im Zusammenhang mit der Feuerung der letzten Jahre und der dadurch bedingten erschwerten Lebenshaltung gebracht wird, so scheint es uns dennoch, als ob nicht darin die hauptsächlichste Ursache zu suchen wäre. Die rückläufige Bewegung der Geburten tritt“, wie Hainisch wohl sehr richtig bemerkt, „in der ganzen Kulturwelt hervor“, und sie hat wohl mehr ihren Grund in der bewußten Vorbeugung, die bei jedem Volk auf höherer Kulturstufe und mit dem Wachsen der Zivilisation überhaupt wahrzunehmen ist. Auch Weibel hat mit gutem Recht in seiner „Frau und der Sozialismus“ auf die durch die Tatsachen unwiderlegt gebliebene Erscheinung hingewiesen, daß die Fruchtbarkeit gerade in wirtschaftlich schlecht situierten und sozial tief stehenden Ländern ziffernmäßig die höchsten Resultate zu zeitigen pflegt.

Nicht darauf kommt es also an, wie man dem Geburtenrückgang selbst vorzubeugen vermag. Freilich fällt es uns, wie keinem mit einigem sozialen Verständnis ausgestatteten Menschen, nicht ein, den Einfluß der

sozialen Verhältnisse auf die Anzahl der Geburten überhaupt zu leugnen, denn zumindest hängt, wie statistisch wiederholt erwiesen wurde, die Cheffrequenz von sozialen Umständen ab, was ja gewiß auch auf die Geburtenanzahl nicht ohne Einfluß ist. Aber was bei der einmal feststehenden Tatsache, daß jede nach aufwärts gerichtete Kulturentwicklung zu einer ziffernmäßigen Geburtenverminderung führt, weit wichtiger erscheint, das ist die so sehr zeitgemäße Frage, wie man die Lebensenergie hebt und die Lebensgrenze so weit als möglich hinausschiebt. Denn was für ein Volk als ökonomischer Verlust in Betracht kommt, das ist weit weniger die Frage der Ungeborenen, als die Zahl jener, die für die Volkswirtschaft verloren gehen, ehe sie die natürliche Grenze ihrer Lebensdauer erreicht haben. Gewiß haben jene recht, die da behaupten, daß sich die durchschnittliche Lebensdauer nicht über die Grenze, die die Natur selbst gesetzt hat, hinaus verlängern läßt. Aber es ist trotzdem keine Frage, daß die Differenz ausgeglichen wird, und die Bevölkerungszahl in einem Lande auf gleicher Höhe erhalten werden kann, wenn es gelingt, die Sterblichkeitsziffer herabzudrücken. Den Beweis dafür liefert uns England, wo mit Ausnahme von Irland die Anzahl der Todesfälle seit 1897 bis 1911 konstant zurückgegangen ist, so daß bei gleichzeitig abnehmender Geburtenanzahl die Bevölkerungszahl annähernd die gleiche geblieben ist. Wie stehen aber die Dinge dagegen in Oesterreich? Die Geburtenfrequenz ist bei uns gegenüber anderen Kulturstaaten eine noch immerhin große, denn für die Jahre von 1901 bis 1910 rechnet man den Zuwachs der Bevölkerung durch Lebendgeborene auf 36,3 Prozent. Aber unsere Volksverluste resultieren aus einer übermäßig hohen Sterblichkeitsfrequenz, die andere Kulturstaaten übertrifft. So sind uns in denselben angezogenen Jahren 1901 bis 1910 nicht weniger als 24,4 Prozent der Bevölkerung durch Todesfälle verloren gegangen. Dagegen verlor Deutschland in derselben Periode nur 20,2 Prozent seiner Volksangehörigen.

Diese Erscheinung kann keinen Kundigen überraschen. Während England mit seiner günstigsten Mortalitätsziffer die höchsten Arbeitslöhne und damit die günstigsten sozialen Lebensbedingungen, aber auch die besten hygienischen Einrichtungen besitzt, hat Oesterreich nachweisbar zwar die höchsten Lebensmittelpreise, rangiert aber in Bezug auf Arbeiter-einkommen und sozialen und hygienischen Maßnahmen überhaupt auf einer viel tieferen Stufe. Man kann daher gerade bei uns einen Satz zur Erklärung der vielen Todesfälle heranziehen, den der angesehene deutsche Nationalökonom Gustav Schmoller geprägt hat: „Jeder Silbergräber“ sagt er, „um den der Scheffel Roggen steigt, kostet so viel Menschen mehr das Leben“.

Faßt man alle diese Erwägungen zusammen, dann ergeben sich aus dem überall wahrnehmbaren Geburtenrückgang zwingende Forderungen, die heute gerade jene Leute zu erfüllen hätten, denen um das Wohl ihrer Nation angeblich so unendlich hängt. Zwingender als je ergibt sich heute die Pflicht, Mensch und Nation zu betreiben, und den raschen Verbrauch an Menschenkraft und Gesundheit mit allen Mitteln, die uns Kultur und Wissenschaft an die Hand geben, hintanzuhalten. Wie das geschehen kann, dafür hat unsere gewerkschaftliche Arbeit überall den besten Beweis geliefert, denn alles, was sie der Arbeiterschaft an mehr Lohn, kürzerer Arbeitszeit und besseren hygienischen Arbeitsbedingungen gebracht hat, hat das Leben gesünder und lebenswerter gemacht. Denselben Weg, den damit die Arbeiter zu ihrem Schutz und damit zum allgemeinen Schutz der Nation betreten haben, hat vor zwanzig Jahren Professor Dr. Herkner dem deutschen Bürgertum gewiesen, als er den von den Slawen in Nordböhmen bedrängten Deutschen riet, zur Erhaltung des Deutschtums Sozialreform zu betreiben, und dafür zu sorgen, daß die damals grassierende Kindersterblichkeit eingedämmt, und das durchschnittlich geringe Lebensalter der deutschen Arbeiter durch Hebung ihrer sozialen Lebensbedingungen erhöht werde. Herkners Schrift über „Die Zukunft der Oesterreicher“ ist eine durchaus im bürgerlichen Sinn gehaltene Schrift, aber sie ist so wertvoll, und enthält so viele goldene Worte, die gerade heute in der Zeit der nationalen Uebererschwinglichkeiten von jedem, besonders aber von unseren Deutschnationalen gelesen werden sollte. „Soziale Reform“ war schon damals nach Herkners Meinung „ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung“, und der Satz verdiente gerade heute in mancher Gemeindeversammlung, wo gute nationale Stadtväter sitzen, über den Eingang zu stehen: „Von Gemeinde wegen etwa armen Müttern zu erschwänglichen Preisen nach Sozletz etwa sterilisierte Kindermilch zu liefern, erscheint uns auch vom nationalen Standpunkt aus als ein viel verdienstlicheres Werk, denn Stadtpolizisten à la prussiens zu uniformieren, auf Gemeindebäder die Aufschrift zu setzen: „Hier darf nicht tschechisch gesprochen werden“ und durch ähnliche Stücklein mehr die Autonomie der Stadt in Gefahr bringen“.

Freilich davon wollen unsere heutigen Nationalen kaum etwas wissen. Sie stimmen im Parlament gegen jede Sozialreform und gegen jeden Antrag, der im Interesse der Arbeiter gestellt wird, und sie sind im sonstigen öffentlichen Leben die entragierten Gegner einer jeden gewerkschaftlichen Forderung, weil sie den Profit schmälert und die Freiheit der Ausbeutung be-

schränkt. Ihr Nationalismus kommt sich im Gegenteil nur groß und ideal vor, wenn er sich an irgendeiner Straßentafelfrage austoben kann. Sozialpolitik im Interesse der Nation und der Kultur zu betreiben, das ist heute der Arbeiterklasse allein überlassen, die den wachsenden Widerstand der Bourgeoisie wird überwinden müssen!

Die Folgen der Verwaltungskorruption.

Halten Sie sich nur immer an das Gesetz und wieder an das Gesetz. (Kaiser Franz Josef in einer Ansprache an eine Beamtendeputation anlässlich seines 60jährigen Regierungsjubiläums.)

Die Lehre, die Kaiser Franz Josef den Beamten, die ihm während seines Regierungsjubiläums huldigten, mit auf den Weg gab, sollte in allen Staats- und Gemeindefunktionen über die Tür geschrieben werden, denn ihre Erfüllung ist die Grundlage einer geordneten Verwaltung. Wo in einem konstitutionellen Staate das Gesetz nichts gilt, die Macht der streitenden Parteien die Entscheidungen der Verwaltung bestimmt und die Beamten nicht über den Parteien stehen, sondern in das Getriebe der Parteien bei ihren Entscheidungen eingreifen, dort unterhöhlt die Verwaltungskorruption den ganzen Bau. Das trifft auf republikanische Staatsformen ebenso zu wie auf monarchische. Die südamerikanischen Republiken bieten für diese Tatsache das abschreckendste Beispiel und ihre Korruption ist die Ursache unausgesetzter Revolutionen, in denen eine Raubchique gegen die andere zieht. Die Verwaltungskorruption ist besonders vom bürgerlichen Staatsverhaltensstandpunkt aus verwerflich, denn sie zerstört jede Achtung vor der Staats- und Gemeindeautorität und jede Achtung vor dem Gesetz.

Wo das Gesetz von seinen Auslegern und Durchführern nicht geachtet wird, dort hat es auch keinen Anspruch auf Beachtung durch die Staatsbürger. Eine allgemeine Demoralisation reißt ein und führt zur Obstruktion und zu nutzlosen Ausschreitungen aller Art, welchen die schuldbeladene Verwaltung nicht mehr mit der nötigen Autorität entgegentreten kann. Das Merkmal einer jeden geordneten Verwaltung ist die peinlichste Achtung vor der Verfassung, welche die staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte bestimmt. Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Koalitionsrecht, Redefreiheit dürfen nicht auf der schwankenden Grundlage vielseitiger sich widersprechender Behandlung beruhen, sondern müssen überall im Geiste des Gesetzgebers gehandhabt werden, ohne von dem Wohl- und Uebelwollen der Regierung und der behördlichen Organe abzuhängen. Die Handhabung dieser Freiheiten muß das Gefühl der Rechtssicherheit auslösen, dann ist die Verwaltung in Ordnung. In Oesterreich bestand diese Rechtssicherheit seit Jahrzehnten nicht, denn die Partei, welche die Macht besaß, hatte die absolute Freiheit, während neue, unbequeme Parteien sich erst den Genuß des geltenden Rechtes erkämpfen mußten. Mit der Koalitionsfreiheit ist dies heute noch der Fall und da die Herrschenden fühlen, daß eine Demoralisation durch die einseitige Auslegung zugunsten der Unternehmer beginnt, suchen sie nach Ausnahmsgesetzen, um das bestehende Koalitionsrecht ganz zu beseitigen.

Ganz dieselbe Haltung nehmen Verwaltung und herrschende Parteien dem Wahlrecht gegenüber ein. Zwar besitzen wir das allgemeine Wahlrecht für den Reichsrat, aber die Verwaltungskorruption hat gegen die neuen Wähler die alte Privilegienvertretung zum Teil wieder hergestellt und einen Zustand allgemeiner Rechtsunsicherheit geschaffen. Mit dem erschwundenen Mandat ist jedoch die Verwaltungskorruption beim Wahlrecht noch nicht beendet. Der bürgerliche Abgeordnete erhält auch die Mittel, um durch staatliche Geschenke an die Wähler auch diese zu korrumpieren und sie dadurch an den korrupten Abgeordneten zu fesseln. Der Fall Kroy beweist, daß man auch das Mandat zur eigenen Vorrichtung ausnützen kann.

Die Verwaltung beeinflusst aber nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten der Staatsbürger. Sie verteilt Konzeffionen, Rückvergütungen, Prämien und Steuer-naclässe an die Grundbesitzer und Industriearbeiter und verfolgt dafür die einflussloseren Kreise unausgesetzt mit Steuerverationen und ungerechten Erhöhungen. Es gibt eine nationale Verwaltungskorruption, die Millionen-geselligkeiten erweist und den Beamten einfluß verschiebt. Es gibt eine politische Korruption, die genehmen Elementen zu Mandaten, Ernennungen, Pensionserhöhungen und Auszeichnungen verhilft. Es gibt eine wirtschaftliche Korruption, welche die einzelnen Ressorts mit Protektionsfindern der einzelnen Abgeordneten und Parteien füllt, es gibt eine finanzielle Korruption, welche den Steuerapparat zugunsten gewisser Gruppen und zu ungunsten der großen Masse spielen läßt. Da ist gegenwärtig eine Kommission zur Verwaltungsreform am Werke. Diese Kommission wird tote Arbeit leisten, solange sie nicht in der Lage ist, den Umfang und die Art der Verwaltungskorruption festzustellen, einer Korruption, die überall das Gesetz erschlägt und überall an Stelle einer unparteiischen Verwaltung die Fütterung der Claqueen und Klotterien setzt. Von allen österreichischen Fragen ist vielleicht die Frage der Verwaltungsreform die wichtigste. Ohne sie werden wir aus dem finanziellen Sumpf nicht herauskommen, ohne sie werden die Staatsbahnen, die ärarischen Wabungen und die Monopolbetriebe nie größere Reinerträge abwerfen, wird nie eine anständige Bezahlung der Staatsbeamten, Eisenbahner und Staatsarbeiter durchgeführt werden. Ohne sie werden wir nie verfassungsmäßige Rechtssicherheiten und nie ein von der Verwaltung unbeeinflusstes Parlament und gerechte Handhabung bei Verteilung und Einhebung der Steuern erhalten.

Wird es aber zu einer solchen Verwaltungsreform kommen? Wir glauben nicht daran und am allerwenigsten glauben wir, daß die aus alten Jüdchen bestehende Kommission für die Verwaltungsreform dieselbe Durchführen wird.

Die Korruption in der Staatsverwaltung ist eine Lebensbedingung der kapitalistischen Parteien im kapitalistischen Staat. Die politische Verwaltungskorruption ist notwendig, um das aufsteigende Proletariat dantieder-

zuhalten, die finanzielle Korruption ist in der Abhängigkeit des Staates von den großen Geldgebern bedingt und die wirtschaftliche Korruption ist bedingt durch die parlamentarischen Kapitalistenvertreter, die ohne Korruption ihre politische Existenz aufgeben müßten. So groß der Sumpf ist, in welchem wir stecken und so viele Gefahren er gerade vom Standpunkt des Staatserhaltenden und Patrioten selbst in sich birgt, die Verwaltungskorruption wird nur an jenem Tage bezwungen sein, an welchem das Proletariat stark genug ist, die Fingel der Staatsmacht selbst zu ergreifen oder die kapitalistischen Parteien zur Anerkennung einer unparteiischen Verwaltung zu zwingen. Wir müssen zu einer vollständigen Selbstverwaltung kommen. Die Beamten dürfen nicht mehr durch Ernennung von oben, sondern durch Wahl von unten eingesetzt und befördert werden. Heute sind die Beamten noch ein volksfremder Körper und insoweit es sich um die große hungernde Masse derselben handelt, schließt sich diese immer noch an die korrupten kapitalistischen Parteien an. Wenn sie aber auf Grund eines gleichen Wahlrechtes gewählt werden, werden sie sich als Teile des Volkes betrachten und die vom Volke errungenen verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte beachten lernen.

Der Beamte wird im Namen des Volkes entscheiden und antworten, und das Vertrauen zwischen Volk und Verwaltung wird diese zur Blüte bringen. Soweit wir noch von einem solchen Zustand entfernt zu sein scheinen, so sicher wird und muß er kommen. Die Patrioten unterwühlen selbst die Grundlagen des kapitalistischen Staates durch ihre Verwaltungskorruption und je unsicherer das Recht wird, je tiefer der Kapitalistenstaat in den Sumpf der Korruption treibt, um so näher rückt die Zeit des Volksstaates heran.

Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der britischen Eisenbahner in der amtlichen Statistik.

Das britische Handelsministerium hat es bisher dreimal unternommen, die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der wichtigeren Industrien statistisch zu erfassen. Nachdem die Ergebnisse dieser derartigen Erhebungen für die Textil- und Bekleidungsindustrie, das Baugewerbe, die Holzverarbeitungsindustrie, Landwirtschaft, Schiffbau, Maschinenbau und die Metallindustrie bereits im Vorjahr in der „Labour Gazette“ veröffentlicht wurden, folgten die Daten für den Eisenbahndienst erst in der vorigen Nummer dieses Jahrganges. Ein Vergleich mit früheren Erhebungen ist leider nicht beigegeben, weil diese schon in den Jahren 1886 und 1891 erfolgten, aber die „Railway Review“, das Organ einer der mächtigsten britischen Eisenbahnerorganisationen, veröffentlichte soeben eine Aufstellung über eine gleichartige Erhebung im eigenen Wirkungsbereich, und zwar allerneuesten Datums, so daß wohl ersichtlich ist, welcher Veränderung die Löhne und die Arbeitszeit der britischen Eisenbahner in den letzten Jahren unterworfen waren.

Die amtliche Statistik umfaßt nahezu alle Kategorien der Eisenbahnbediensteten, nämlich Lokomotivführer, Feizer, Personenzugs- und Lastzugsbegleiter, Signalleute, Verschieber, Gepäckträger, Streckenarbeiter, Magazinarbeiter und Portiere. Die Mehrzahl der angeführten Bediensteten waren Zeitarbeiter in regulärer Beschäftigungsdauer; sie haben eine sechstägige Arbeitswoche, die Sonntagsarbeit wird ihnen als Ueberzeitarbeit entschädigt; nur die Portiere erhalten keine solche Entschädigung.

Die Zahl der in diese Erhebung inbegriffenen Bediensteten beläuft sich auf 401.437 (Oktober 1907), davon waren 365.901 erwachsene und 35.536 jugendliche Personen. Die durchschnittliche wöchentliche Lohnrate stellte sich auf 24 Schilling 4 Pence für Erwachsene und auf 11 Schilling 3 Pence für die Jugendlichen. Durch verschiedene Bonifikationen erhöht sich aber schließlich der Lohn für Erwachsene auf 24 Schilling 6 Pence und für Jugendliche auf 11 Schilling 4 Pence.

Die durchschnittliche wöchentliche Lohnhöhe war in den einzelnen Bedienstetenkategorien wie folgt:

Kategorie	Lohnrate ohne Bonifikation Schill. Pence	Lohnrate mit Bonifikation Schill. Pence	Durchschnittslohn Schill. Pence
Lokomotivführer	40	40	45
Lastzugsbegleiter	28	28	31
Personenzugsbegleiter	27	27	29
Signalleute	24	25	27
Feizer	23	23	27
Verschieber	23	23	25
Gepäckträger	20	20	21
Streckenarbeiter	20	—	21
Magazinarbeiter	19	19	21
Portiere	18	18	19

Die höchsten Löhne wurden in den nördlichen Grafschaften gezahlt, niedriger waren sie in Irland, bedeutend niedriger aber als in England, in Wales überhaupt stellten sich die Löhne der Eisenbahner in Schottland. Außer den oben erwähnten Bonifikationen in Geldbeträgen, wurden auch noch Pauschalen für die Uniformen gegeben und zum Teil entweder Wohnungen unentgeltlich oder zu reduziertem Mietzins beigegeben. Die Beträge für Uniformpauschalen beliefen sich im Gesamtdurchschnitt auf 4 Pence per Woche, im einzelnen betragen sie bis zu 7 Pence per Woche; es erhielten solche jedoch nur Zugsbegleiter, Signalleute, Verschieber, Portiere und Vorarbeiter. Die Mietzinsbeiträge beliefen sich im Gesamtdurchschnitt auf 1 Penny per Kopf und Woche, im einzelnen kamen sie jedoch auf 1 Schilling 10 Pence zu stehen.

Der größte Teil der Bediensteten war zu einer Krankenunterstützung berechtigt aus Fonds, zu welchem die Eisenbahngesellschaften ebenfalls beitragen, ein kleiner Teil aus solchen Fonds, welche von den Eisenbahngesellschaften allein bestritten werden. Die Erholungsferien von zwei Dritteln der Bediensteten bewegten sich jährlich von drei bis sechs Tage bei Fortbezug des Lohnes.

Die Arbeitsstunden einer vollen Woche (ausschließlich der Mahlzeiten) betragen für erwachsene Sechstagesarbeiter im Durchschnitt 58 Stunden, für Jugendliche 58 1/2 Stunden. Die Arbeitszeit war im allgemeinen

länger in Schottland und kürzer in den nördlichen Grafschaften Englands, als im übrigen Großbritannien. Von den erwachsenen Personen arbeiteten 50 Prozent 60 Stunden und darunter, 24 Prozent 54 bis 56 Stunden und 10 Prozent unter 54 Stunden. Sehr merkwürdig ist allerdings, daß trotz des ausgedehnten Kinderschutzes in England für die Jugendlichen und Kinder eine höhere durchschnittliche Arbeitszeit resultiert, als für die Erwachsenen und noch dazu im Eisenbahndienst.

Es seien hier schließlich noch die wichtigsten Ziffern über die Löhne und die Arbeitszeit einzelner Kategorien von Eisenbahnbediensteten aus der Erhebung der vorerwähnten Eisenbahnerorganisation für das Jahr 1911 angeführt, die nach Städten vorgenommen wurde. Es ergeben sich daraus im Durchschnitt für die einzelnen Kategorien als höchste, beziehungsweise niedrigste Lohnrate sowie als längste, beziehungsweise kürzeste Arbeitszeit wie folgt:

Kategorie	Höchster Lohn Schill. Pence		Niedrigster Lohn Schill. Pence	
	Schill.	Pence	Schill.	Pence
Portiere	21	9	17	1
Gepäckträger	21	3	18	1
Verschieber	26	3	21	8
Personenzugsbegleiter	30	—	26	10
Güterzugsbegleiter	29	2	27	7
Signalleute	27	—	24	8
Lokomotivführer	41	9	39	9
Feizer	24	8	23	3

Kategorie	Längste Arbeitszeit Stunden per Woche		Kürzeste Arbeitszeit Stunden per Woche	
	Stunden	Pence	Stunden	Pence
Portiere	63	9	60	2
Gepäckträger	64	3	59	6
Verschieber	59	1	50	5
Personenzugsbegleiter	66	5	58	7
Güterzugsbegleiter	62	9	59	9
Signalleute	62	3	51	0
Lokomotivführer	62	5	59	4
Feizer	62	4	60	0

Die Akkordarbeit in den Eisenbahnerwerkstätten!

Die Form der Arbeitsentschädigung ist für den Arbeiter nicht minder wichtig als die Höhe der Entschädigung seiner Arbeit. Wer beurteilen will, ob für eine Arbeit entsprechender Lohn gewährt wird, dem wird die Form der Entlohnung nicht gleichgültig sein können. Die Frage: ob Akkord- oder Zeitlohn, hat denn auch in den gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland stets eine gewisse Rolle gespielt, und wenn sie in der Presse und in Versammlungen der Gewerkschaften während der letzten Jahre weniger im Vordergrund stand, so bildete sie in den Organisationen der Arbeiter in staatlichen Betrieben um so mehr einen Gegenstand der lebhaftesten Erörterung.

Die Befürworter des Akkord(Stück)lohnes sind in Arbeiterkreisen an Zahl gering, während die Unternehmer den Akkord bevorzugen und die Zahl der in Akkord Arbeitenden sich fortwährend vergrößert. In den industriellen Großbetrieben wird fast ausschließlich in Akkord gearbeitet und die Vorteile, die dem Unternehmertum daraus erwachsen, sucht der Staat aus seinen Betrieben ebenfalls herauszuziehen. So hat das Akkordwesen in allen deutschen Eisenbahnbetrieben Eingang gefunden zum ungeheuren Schaden der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitermassen, die in ihrer übergroßen Mehrheit seit einigen Jahren andauernd den Ruf ertönen lassen: Fort mit der Akkordarbeit!

Das System der Akkordarbeit hat besonders in den Eisenbahnerwerkstätten zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt und zu gewaltiger Erregung unter den Arbeitern Anlaß gegeben, die sich zuweilen in Versammlungen, in der Presse, besonders aber in der privaten Unterhaltung — wo die langen Ohren des Verräters nicht hinreichen — in kräftigen Worten zu erkennen gibt. In unzähligen Petitionen, Bittschriften und Eingaben forderten die Eisenbahnerwerkstättenarbeiter die Beseitigung der Akkordarbeit, ohne bisher den gewünschten Erfolg erzielen zu können; der Widerstand der Eisenbahnverwaltungen hat sich bisher stark genug erwiesen. Und es ist auch nicht zu erwarten, daß in absehbarer Zeit die Akkordarbeit in den Eisenbahnerwerkstätten beseitigt wird, vielmehr wurde in neuerer Zeit von den Eisenbahnverwaltungen verschiedener deutscher Staaten erklärt, daß an der Akkordarbeit prinzipiell festgehalten werden müsse, weil sie notwendig sei, um die Arbeiter zu fleißiger Betätigung anzuhalten.

Wir wollen hier nicht untersuchen, inwieweit und ob überhaupt diese Motivierung berechtigt ist; darüber ist das Urteil von den Eisenbahnerarbeitern bereits gefällt. Es soll lediglich unsere Aufgabe sein, in nachstehendem einen Beitrag zu liefern zur Erkenntnis des Wesens und der Systeme der Akkordarbeit in den Eisenbahnerwerkstätten. Hierzu sind einige Ausführungen über das Werkstättenwesen der Eisenbahnverwaltungen vonnöten, und da im großen und ganzen die Einrichtungen der preussischen Staatseisenbahnen auch bei den übrigen deutschen Staatsbahnen Anwendung finden, seien diese Einrichtungen hier kurz skizziert.

Die Hauptaufgabe der Werkstätten besteht in der Instandhaltung der Lokomotiven und Wagen, daneben wird ihnen auch die Instandhaltung des Inventars und die Instandhaltung, zuweilen auch die Neuanfertigung der haultischen und maschinellen Anlagen übertragen. Sie sind in Abteilungen — Wagenwerkstätten und Lokomotivwerkstätten — eingeteilt, jede solche Abteilung untersteht einer Anzahl Werkmeister, von denen jedem eine Anzahl Werkführer unterstellt ist, welche die Aufsicht über etwa je 50 Arbeiter zu führen haben. Diese bilden eine Kontrollabteilung. Der Werkführer ernennt die Vorarbeiter und teilt ihnen die erforderlichen Arbeitskräfte zu. Die Arbeiten werden, mit geringen Ausnahmen, gemeinschaftlich in Akkord- oder Stücklohn ausgeführt (Kolonnenakkord). Das äußerst komplizierte und zeitraubende Lohnrechnungswesen, wie es bisher bestand, gab zu sehr vielen Klagen seitens der Arbeiter Anlaß, besonders weil es ihnen nicht

ermöglichte, sich selbst von der Richtigkeit der Lohnberechnung zu überzeugen oder sich ihren Verdienst selbst ausrechnen zu können. Die Lohnberechnung in den Werkstätten geht in folgender Weise vor sich: Der Werkführer führt über die ihm unterstellten Arbeiter und Arbeiten ein Kontrollheft, in welchem für jede Person ein Konto angelegt ist, auf dem die tägliche Arbeitsdauer vermerkt wird. Bei dem Konto der Arbeiter und Handwerker ist auch zugleich vermerkt, bei welchem Vorarbeiter (Kolonnenführer) sie gearbeitet haben. Auf dem Konto des Vorarbeiters wird die Anzahl der täglich geleisteten Arbeitsstunden und gleichzeitig der Geldwert aller von seiner Kolonne geleisteten Arbeiten gebucht. Für einzelne, nicht in Kolonnen Arbeitende, ist ein besonderes Konto angelegt.

Für jeden Arbeiter ist ein Grundlohn festgesetzt, der mit dem Dienstalter steigt, während für alle Arbeiten, die häufiger wiederkehren, Stückpreise normiert sind, die in die Stückpreisverzeichnisse eingetragen sind. Für Arbeiten, die nicht im Stückpreisverzeichnis verzeichnet sind, legt der Werkführer, eventuell auch der Vorstand des Werkstättenamts die Entschädigung fest. Den Arbeitern steht ein Recht zur Normierung der Preise nicht zu. Die Berechnung des Arbeitsverdienstes aus Grundlohn und erzieltm Akkordlohn sei durch folgendes Beispiel erläutert:

Eine Kolonne von drei Mann hat in einem Monat insgesamt Mk. 368-94 verdient: Vorarbeiter (Kolonnenführer) A hat gearbeitet 200 Stunden zum Grundlohn von 50 Pf. für die Stunde, Arbeiter B hat gearbeitet 180 Stunden zum Grundlohn von 45 Pf. für die Stunde und Arbeiter C hat gearbeitet 190 Stunden zum Grundlohn von 40 Pf. für die Stunde. Der Grundlohn würde also betragen insgesamt:

für A 200x50 Pf. =	Mk. 100-—
„ B 180x45 „ =	81-10
„ C 190x40 „ =	76-—
Zusammen Mk.	257-10

Da der erzielte Akkordverdienst Mk. 368-94 beträgt, ist als wirklicher Verdienst jedes einzelnen zu rechnen das 368-94/257-10 = 1-435fache. Danach erhält an Lohn ausgezahlt:

A 100-— x 1-435 =	Mk. 143-50
B 81-10 x 1-435 =	116-38
C 76-— x 1-435 =	109-06
Das ergibt zusammen Mk.	368-94

Daß eine solche Lohnberechnung dem Arbeiter die Kontrolle mindestens sehr erschwert, leuchtet ohneweiters ein. Doch darin erschöpfen sich nicht die Klagen der Arbeiter. Bei der Berechnung des Anteils an dem Gesamtverdienst der Kolonne ist, wie das Beispiel zeigt, nicht die geleistete Arbeit, sondern der mit dem zunehmenden Dienstalter steigende Grundlohn maßgebend, dem der Stücklohn als bestimmter Prozentsatz hinzugerechnet wird, so daß für gleiche Arbeit ungleicher Lohn gezahlt wird, was besonders von den jüngeren in der Vollkraft ihrer Leistungsfähigkeit stehenden Arbeitern und Handwerkern als eine Ungerechtigkeit empfunden wird. Hinzu kommt, daß bei der Art der Lohnberechnung die Werkführer in der Lage sind, den Verdienst der Arbeiter nach ihrem Ermessen zu „regulieren“ und daß sich die Reparaturarbeiten überhaupt für die Festsetzung von Stücklöhnen nicht eignen, weil sie stets verschieden und die darauf zu verwendende Arbeitszeit sich im voraus mit Sicherheit nicht feststellen läßt.

Die vielen Klagen über das Akkordwesen haben nun dazu geführt, daß der Minister v. Breitenbach eine Untersuchung des Akkordverfahrens anstellen ließ. Er setzte eine Kommission ein, bestehend aus sechs Regierungsräten, einem Werkmeister, zwei Werkführern und vier Arbeitern. Das Ergebnis der Beratungen dieser Kommission wurde in einer Denkschrift niedergelegt. Es wird darin anerkannt, daß in mancher Beziehung Verbesserungen nötig sind und es werden entsprechende Vorschläge gemacht, die vom Minister anerkannt nun zur Ausführung gelangen sollen. So heißt es in der Denkschrift unter anderem: „Die das Lohnwesen der Werkstättenarbeiter betreffenden Bestimmungen sind gegenwärtig teils in den Lohnordnungen, teils in der Finanzordnung, teils in einzelnen Ministerialerlassen, teils in Verfügungen der Eisenbahndirektionen und der Werkstättenämter enthalten, so daß die Ueber-sicht erschwert ist und deshalb unrichtige Anwendungen vorkommen können. Dazu kommt noch, daß die die Lohnsätze enthaltenden Lohnordnungen außer den Zahlenangaben noch umfangreiche Vorschriften über die Berechnung der Lohnausgaben enthalten, die für die Arbeiter überhaupt ohne Wert sind und durch ihre Menge die Klarheit der die eigentliche Lohnberechnung betreffenden Bestimmungen beeinträchtigen.“

Um es den Arbeitern zu erleichtern, sich über die für die Berechnung ihres Lohnes maßgebenden Vorschriften und Festsetzungen ausreichend zu unterrichten, hat die Kommission die Herausgabe einer neuen Werkstättenordnung angeregt.

Dieser Anregung soll stattgegeben werden. Damit wird zwar an dem Prinzip der Lohnberechnung nichts geändert und wir befürchten, daß auch die Ueber-sicht und Klarheit der neuen Lohnordnung nicht lange bestehen wird, weil solange das Akkordsystem besteht, ununterbrochen Änderungen in der Lohnordnung vorgenommen werden.

Auch die Klagen über die verschiedenen Bestimmungen betreffend das Ausruhen der Arbeiter im Lohn-einkommen fanden in der Kommission Anerkennung und ihrer Anregung entsprechend wird nun das Lohn-dienstalter für den ganzen Staatsbahnbereich möglichst einheitlich bestimmt werden.

Die Kommission anerkannte aber auch, daß die Ab-stellung der hauptsächlichsten Klagen über die Wirkungen des Akkordverfahrens eine tiefgreifende Umgestaltung erfordern würde. Da aber die Akkordarbeit als Anreiz zu fleißiger Arbeit als unbedingt notwendig gehalten wird, so kam man schließlich darauf, ein anderes System der Akkordarbeit, das „Stückzeitverfahren“ probeweise einzuführen. Dabei sind im wesentlichen vier Grund-sätze maßgebend: Zunächst wird für jede im Stückverfahren vorkommende Arbeit die auf sie zu verwendende Durch-schnittszeit als Norm festgesetzt; zweitens werden an Stelle der bisherigen Lohnstufen neue Lohnstufen gebildet, und zwar auf der Grundlage des im letzten Jahre tatsächlich erzielten Stücklohnverdienstes. Um den Arbeitern auch fernerhin die Möglichkeit zu geben, ihren besonderen

* Wir entnehmen diesen Artikel dem „Bedruf“, Organ für die Interessen der Eisenbahner Deutschlands, und behalten uns vor, auf die speziellen ökonomischen Verhältnisse in einem separaten Artikel noch zurückzukommen.
Die Redaktion.

Leistung und ihre besondere Geschicklichkeit zu betätigen, wird die normale Zeit um einen gewissen Prozentsatz verlängert und dann zur Stückzeit gemacht, gleichzeitig aber dementsprechend der Lohnsatz nach der Staffel entsprechend hermindert. Unter normaler Zeit bleibt also dann die Arbeitszeit zu verstehen, die im Durchschnitt ein Arbeiter unter Anwendung seiner vollen Arbeitskraft zur Ausführung der Arbeit gebraucht.

Die Lohnberechnung ist bei diesem Verfahren nicht einfacher als bisher, und ob überhaupt für die Arbeiter Vorteile daraus zu erwarten sind, erscheint sehr fraglich. Das Kolonnenverfahren bleibt bestehen mit all seinen Nachteilen und Unannehmlichkeiten. Die Berechnung des Lohnes im Kolonnen- oder Gruppenafford wird nach dem Stückzeitverfahren in der Weise vorgenommen, daß dem einzelnen Arbeiter der erzielte Zeitgewinn nach der von jedem einzelnen geleisteten Stundenzahl berechnet wird. Im Einzelafford wird der Lohn des Arbeiters berechnet durch Multiplikation der für die Arbeit festgesetzten Stückzeit mit dem ihm zustehenden Lohnsatz; zum Beispiel für die Ausführung einer Arbeit ist die Stückzeit auf zwei Stunden festgelegt, der damit beauftragte Arbeiter hat nach seinem Lohnendienstalter einen Stundenlohn von 40 Pf. Er erhält für die Arbeit $2 \times 40 = 80$ Pf., ganz gleich, ob er wirklich zwei Stunden auf die Arbeit verwendete oder ob er sie etwa in $1\frac{1}{2}$ Stunden fertigstellte. Er bekommt aber auch nicht mehr als 80 Pf., wenn er mehr als zwei Stunden auf die Arbeit verwendete. Im Gruppenafford ist ebenfalls der Lohnsatz des einzelnen Arbeiters entscheidend für die Höhe seines Affordverdienstes. Ist zum Beispiel für eine Arbeit die Stückzeit auf 25 Stunden festgelegt und diese Arbeit wird von fünf Mann gemeinschaftlich ausgeführt, so daß jeder fünf Stunden daran arbeitete, so würde bei der Annahme eines Lohnsatzes von 60 Pf. für A, 58 Pf. für B, 54 Pf. für C, 50 Pf. für D und 48 Pf. für E sich folgende Lohnberechnung ergeben:

A	5	Stunden	à	60	Pf.	=	Mk.	3.-
B	5	"	à	58	"	=	"	2.90
C	5	"	à	54	"	=	"	2.70
D	5	"	à	50	"	=	"	2.50
E	5	"	à	48	"	=	"	2.40

Zusammen 25 Stunden Gesamtlohn Mk. 13.50

Die fünf Arbeiter hätten in diesem Falle nur ihren Lohnsatz verdient. Würden sie aber dieselbe Arbeit in 20 Stunden fertigstellen, so würde sich für jeden ein Zuschlag zum Lohnsatz von 25 Prozent ergeben. Nun soll zwar eine Begrenzung des Ueberverdienstes nach oben nicht stattfinden, aber die Stückzeiten sollen grundsätzlich so festgesetzt werden, daß jeder Arbeiter bei normaler Leistung etwa 20 Prozent seines Stundenlohnsatzes als Ueberverdienst erzielt. Auf die Lohnsätze im allgemeinen hat das Stückzeitverfahren keinen Einfluß, die Stückzeiten werden sich ebensogut wie bisher die Stücklöhne „regulieren“, das heißt, wenn den Werkführern der Verdienst der Arbeiter zu hoch erscheint oder wenn besonders „gepart“ werden soll, herabsetzen lassen.

Dieses Stückzeitverfahren ist zunächst in einigen Werkstätten probeweise angewendet worden und soll, wenn es sich vorteilhaft erweist, vom 1. Oktober 1912 ab in allen Werkstätten der preussisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft zur Einführung kommen. Die Eisenbahnverwaltung verspricht sich davon erhebliche Vorteile nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Arbeiter. Als besonders wertvolle Wirkung wird es bezeichnet, daß auch hierbei dem fleißigen und geschickten Arbeiter noch immer Gelegenheit geboten sei, durch größere Leistungen sein Lohnneinkommen zu erhöhen. In dem Maße, in dem er die regelmäßige Stückzeit zur Arbeitsausführung abkürzt, erhöht sich sein Anspruch auf Lohn. Die Kommission ließ sich hierbei von dem Gedanken leiten, daß die regelmäßige Stückzeit in entgegenkommender Weise nicht nach der möglichen Leistung eines besonders leistungsfähigen Arbeiters, sondern nach der Probeleistung mehrerer Arbeiter durch schnittlicher Veranlagung bemessen werden soll. Ein solches Verfahren hätte sich ohne Schwierigkeiten auch bei der bisherigen Festsetzung der Stückpreise durchführen lassen, doch wurde von den Arbeitern darauf kein besonderer Wert gelegt. Wenn die Ermittlung einer Stückzeit (oder bisher eines Stückpreises) in entgegenkommender Weise erfolgen soll, darf nicht der Werkführer mit der Uhr in der Hand neben den Probearbeitern stehen und sie zur Ausnützung ihrer äußersten Leistungsfähigkeit antreiben. Sollen wirklich Durchschnittsleistungen ermittelt werden, so muß den mit Probearbeiten beauftragten Arbeitern mindestens das Vertrauen auf ihre Pflichterfüllung entgegengebracht werden.

Einen Vorteil gegenüber dem bisherigen Verfahren hat dieses Stückzeitverfahren jedenfalls. Es wird das planmäßige Lohnsteigen mit zunehmendem Beschäftigungsalter der Arbeiter bei dem neuen Verfahren dadurch sichergestellt, daß jeder Arbeiter die für die Arbeitsausführung festgesetzte Stückzeit nach dem Lohnsatz vergütet erhält, der seinem Beschäftigungs- oder Lohndienstalter entspricht. Hierbei wird zwar häufig gleiche Arbeit ungleich entlohnt, doch dem im zunehmenden Staatsdienste geltenden Grundsatz, wonach Beamte, Hilfsbedienstete und Arbeiter allgemein ein mit dem zunehmenden Dienstalter bis zu einem Höchstbetrage ansteigendes Einkommen erhalten, wird darin Rechnung getragen, und gegen diesen Grundsatz läßt sich sichhaltig nichts einwenden. Vollkommen und auf einfache Weise würde aber der Zweck erreicht durch Beseitigung des Affords und Gewährung fester mit dem Beschäftigungsalter steigender Lohnsätze an die Werkstättenarbeiter. Daß gerade diese der Affordarbeit als Ansporn zu fleißiger und ordnungsmäßiger Arbeit bedürfen sollen, ist eine Behauptung, die jeder positiven Grundlage entbehrt, wohingegen sich nachweisen läßt, daß die Affordarbeit die gegenteilige Wirkung bei den Arbeitern hervorrief.

Anzuerkennen ist bei dem neuen Verfahren, daß es eine der schwerwiegendsten Klagen der Arbeiter ganzlich zu beseitigen geeignet ist. Bisher hatten Lohn-erhöhungen bei den Werkstättenarbeitern entweder keine Wirkung, wenn nicht auch die Stückpreise erhöht wurden, was in der Regel nicht der Fall war, oder sie hatten eine nachteilige Wirkung für einen Teil der Arbeiter, wenn sie zum Beispiel nur einem Teil der in einer Kolonne Zusammenarbeitenden gewährt wurden, denn mit

der Erhöhung des Grundlohnes erhöhte sich für die davon Betroffenen auch prozentual der Affordverdienst, was ohne Erhöhung der Stückpreise selbstverständlich nur auf Kosten der übrigen am Afford beteiligten Arbeiter möglich war. Da es in dem neuen Verfahren keine Stückpreise gibt, die Stückzeit aber nach dem Arbeiter zustehenden Lohnsatz vergütet wird, so erhöht sich der wirkliche Arbeitsverdienst ohneweiters auch mit jeder Erhöhung des Lohnsatzes. Jede Verbesserung der Lohnstaffel, sei es im Anfangs- oder Höchstlohn, sei es in den Zulagefällen oder Aufrückungszeiträumen, übt bei diesem Verfahren ohneweiters und unabhängig von den Stückzeiten ihren Einfluß auf das Lohnneinkommen aus, was bei dem bisherigen Stückpreisverfahren ausgeschlossen war.

Trotz dieser und noch weiterer von der Eisenbahnverwaltung erwarteter Vorteile stehen die Werkstättenarbeiter dem neuen Affordverfahren äußerst pessimistisch gegenüber. Und das mit Recht. In dem von der Eisenbahnverwaltung ausgesprochenen Grundsatz, daß die Affordarbeit nötig sei, um die Werkstättenarbeiter zu fleißiger und ordnungsmäßiger Arbeit anzuhalten, liegt ein Mißtrauen gegen die Arbeiter, das durchaus nicht geeignet ist, bei den Arbeitern Vertrauen zu dem neuen Lohnsystem zu erwecken. Das bei der Eisenbahn eingewurzelte Begünstigungssystem wird durch das neue Verfahren nicht beseitigt, dagegen werden neue Nachteile für die Arbeiter entstehen, deren Tragweite zurzeit sich nicht abschätzen läßt. Jedes Affordsystem hat seine Nachteile für die Arbeiter. Vorteile insbesondere für die Unternehmer, deshalb werden die Eisenbahnarbeiter nach wie vor an ihrer Forderung, Beseitigung der Affordarbeit, festhalten.

Wie in Preußen, so hatten sich auch die Parlamente der süddeutschen Bundesstaaten, Baden, Bayern, Württemberg, wiederholt mit der Frage der Affordarbeit in den Staatsbetrieben zu befassen. Keine der Regierungen und der Parlamentsmehrheiten zeigte jedoch Neigung zur Beseitigung der Affordarbeit, in einem Falle nur hat sich auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter den Standpunkt der Regierung zu eigen gemacht: er berief sich später darauf, daß seine Auffassung über die Affordarbeit sich mit der Ansicht vieler Eisenbahner decke. Die Entgegnungen, die ihm aus Eisenbahnerkreisen zuteil wurden, haben jedoch bewiesen, daß auch die süddeutschen Eisenbahner in ihrer übergroßen Mehrheit entschieden den Standpunkt vertreten, daß die Affordarbeit in den Eisenbahnwerkstätten abzuschaffen sei. Wenige Vorzüge, die bei dem Affordsystem, das der Begünstigung in jeder Hinsicht Vorschub leistet, auf ihre Rechnung kommen, finden dieses Entlohnungssystem sehr ideal. Daß ihr Vorteil den Schaden Tausender ihrer Kollegen bedeutet, vermögen sie in ihrer egoistischen Verblendung nicht einzusehen.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß das neue Stückzeitverfahren demnächst auch in den Werkstätten der außerpreussischen Staatseisenbahnen zur Einführung gelangen wird. Manches Unrecht würde dadurch aufgehoben, manche Plage beseitigt, doch das System kapitalistischer Ausbeutung bliebe erhalten und die Forderung nach Abschaffung der Affordarbeit wird dadurch in Deutschland nicht verstummen.

Die Lage der Kanzleidiener.

Seit mehreren Jahren bemühen sich die Kanzleidiener aller Bahnen, einige bescheidene Wünsche der Erfüllung zuzuführen. Aber alle Bemühungen waren bisher ergebnislos, und zwar sowohl bei den Staatsbahnen als auch bei den Privatbahnen. Dazu sind die in Frage stehenden Wünsche der Kanzleidiener solcher Natur, daß sie ohne nennenswerte finanzielle Mehrbelastung leicht zu erfüllen wären. Es handelt sich um die Befreiung von den Reinigungsarbeiten und um die Ueberstellung einer Reihe Kanzleidiener zu Kanzleihilfen.

Die Befreiung der Kanzleidiener von den Reinigungsarbeiten ist eine Sache, die nicht allein im Interesse der Kanzleidiener liegt, sondern auch im Interesse der Betriebe und außerdem der Bahnverwaltung Vorteile in Aussicht stellt. Der Kanzleidiener in den Zentral- und Lokalamtern der Bahnen kann in keiner Richtung mit dem „Weisendeckel“ beim Militär verglichen werden, wie dies leider von vielen Organen der Bahnverwaltungen geschieht. Die Art der Dienertätigkeit bei den Bahnen darf nicht im landläufigen Sinne des Wortes „Diener“ beurteilt werden. Der einzig richtige Ausdruck für die Dienstart der Kanzleidiener bei den Bahnen ist „Kanzleikräfte“. Das „Dienen“ im landläufigen Sinne des Wortes kann für diese Bediensteten nur insofern in Anwendung gebracht werden, als man damit die Tätigkeit des „Speisenholens“ für die Beamtenschaft und die Befriedigung sonstiger persönlicher Bedürfnisse der Beamten bezeichnet. Aber diese Einrichtungen bilden die geringste Tätigkeit eines Teiles der Kanzleidiener — ein Teil verrichtet sie überhaupt nicht — ihre eigentlichen und daher Hauptarbeiten sind die Berrichtungen von Kanzleigeschäften. Ein Beweis dafür ist die große Zahl von Kanzleidienern, die auf den Bahnen beschäftigt sind. Alle diese Kräfte könnten selbstverständlich nicht hinreichend Verwendung finden, falls sie nur Dienerdienste im landläufigen Sinne des Wortes leisten würden. Soweit reicht die Verschwendung auf den Bahnen nicht. Die Kanzleidiener sind alle hinreichend beschäftigt und nicht nur das, sie haben auf den meisten Posten so viel Arbeiten zu leisten, daß man ruhig von Arbeitsüberbürdung sprechen kann. Es ist daher nicht schwer, die Behauptung nachzuweisen, daß die große Mehrzahl der Kanzleidiener nicht Diener, sondern Kanzleikräfte sind, die mit vollem Recht beanspruchen, daß sie entsprechend ihrer eigentlichen Dienstleistung von der Berrichtung der Reinigungsarbeiten befreit und in die Kategorie der Kanzleihilfen überstellt werden. Die Befreiung von den Reinigungsarbeiten hat aber noch eine andere Seite. In unserem gesellschaftlichen Leben besteht die Einrichtung, daß die in Rede stehenden Reinigungsarbeiten von Frauenhänden besorgt werden. Man kann dagegen einwenden, daß es nicht immer so bleiben muß, daß es auch anders werden könne. Aber eine Tatsache ist doch nicht aus der Welt zu

schaffen, nämlich die, daß der Mann, der diese Arbeiten verrichten muß, sie mit Widerwillen und nur dem Zwange gehorchend, verrichtet, weil er sowie alle in unserer Zeit lebenden Menschen der Ansicht huldigen, daß diese Arbeiten von Frauenhänden zu besorgen sind. Man mag diese Ansicht als Vorurteil bezeichnen, aber sie besteht und diesem Umstand muß Rechnung getragen werden. Denn die Frage steht so, ob die Berrichtung der Reinigungsarbeiten durch Männer statt durch Frauen vorteilhafter ist, ob sie in diesem Falle den Interessen der Betriebe Rechnung trägt. Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die mit Reinigungsarbeiten vertraute Frau diese Arbeiten rascher, exakter und vom Standpunkt des Unternehmens betrachtet, auch billiger leisten wird als der Mann, der sie als etwas Widerliches, nicht in seine Sphäre fallende Arbeit empfindet, leisten kann und leistet. Die Erhaltung der Räumlichkeiten und der Inventarstücke wird ebenfalls dadurch gewinnen. Dazu kommt, daß die Beamtenschaft, welcher der Kanzleidiener das Essen besorgt und sonstige Bedürfnisse besorgt, nicht mehr mit Ekel daran denken müssen, daß der Mann, in dessen Händen das Butterbrot war, vordem einen Spudnapf oder das Staubtuch in denselben Händen hatte. Also auch für sanitäre Verbesserungen und zur Förderung des Appetits der Beamtenschaft würde die Befreiung der Kanzleidiener von den Reinigungsarbeiten beitragen. Schließlich würden die Kanzleidiener die für Reinigungsarbeiten aufgewendete Zeit zur Berrichtung anderer Arbeiten verwenden können, was gewiß auch nur im Interesse des Unternehmens gelegen wäre. Und dazu kostet die ganze Maßnahme eine ganz geringe Summe, die sich zweifellos rentieren würde. Bei allen Kentern sind heute schon Reinigungsfrauen beschäftigt, welche die Instandhaltung der Fußböden und die Reinigung der Stiegen und Gänge zu besorgen haben. Diesen könnte ohneweiters die Bureaureinigungsarbeit übertragen werden und der hierfür aufzuwendende Betrag sowie die notwendige Vermehrung des weiblichen Personals kann die Lösung mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit der Kosten absolut nicht in Frage stellen. Wozu noch kommt, daß wieder einige jener bedauernswerten Witwen nach Bediensteten, die verunglückten, eine kleine Verbesserung in ihrem traurigen Dasein erfahren würden. Die ganze Sache wäre also ohne besondere Schwierigkeiten zu lösen, wenn nur einiger guter Wille vorhanden wäre.

Das gleiche ist bezüglich der Forderung wegen Ernennung einer Reihe Kanzleidiener zu Kanzleihilfen zu sagen. Einzelne Bahnverwaltungen wenden ein, daß sie dann keine Kanzleidiener mehr hätten. Dasselbe Argument müßte bei den heutigen Verhältnissen ins Treffen geführt werden. Denn die große Zahl der Kanzleidiener, die fast ausschließlich Beamtenarbeiten verrichten, sind eben heute nach ihrer Dienstverrichtung keine Kanzleidiener mehr. Wozu also die Phrase. Und dann handelt es sich vor allem nicht darum, daß alle Kanzleidiener zu Kanzleihilfen zu ernennen sind. Die Forderung nach dem Beschluß der Reichskonferenz lautet, daß fähige Kanzleidiener, die die Prüfung abgelegt haben und verwendbar sind, zu Kanzleihilfen ernannt werden. Es handelt sich also nicht um alle Kanzleidiener, sondern um jene, die nach der Art ihrer Beschäftigung und ihrer Verwendbarkeit mit Recht den Anspruch darauf erheben können. Wir wollen hier nur einige von den vielen herausgreifen, die dabei in Betracht kommen, die Kanzleidiener der Einnahmenkontrolle bei der Südbahn. Diese Bediensteten versehen reine Beamtenarbeit, ja noch mehr, sie sind für die Südbahn ein unerläßlicher Behelf zur Sicherung der Einnahmen. Die Leute müssen vielseitige kommerzielle Kenntnisse besitzen, denn ohne diese ist die Kontrolle und Rangierung der Einnahmenbelege nicht möglich. Ihre Tätigkeit ist reine Beamtenarbeit, und doch sind sie nur im Range eines Kanzleidieners. Kanzleidiener in derartigen Verwendung gibt es aber in sehr vielen Kentern der Bahnen und die weitaus größte Anzahl der Kanzleidiener verrichtet Kanzleiarbeiten, welche diese Forderung vollauf rechtfertigen. Es ist ein großes, soziales Unrecht, welches an diesen Bediensteten verübt wird. Die Talente und die Fähigkeiten dieser Kanzleidiener werden von den Bahnverwaltungen auf das äußerste ausgenützt, und die so ausgemergelten Bediensteten finden keinerlei Anerkennung und Berücksichtigung im Vorwärtsskommen. Es liegt doch auch im Interesse der Bahnverwaltungen, für den Nachwuchs beim Kanzleipersonal geschulte und praktische Kräfte zu haben. Die Kanzleidiener, die sich jahrelang praktisch betätigt haben, die jeden Faden im Kanzleifache kennen, die sind der geeignete Nachwuchs und es müßten daher die Kanzleidiener auch aus diesem Grunde hinsichtlich dieser Forderung berücksichtigt werden.

An dem ablehnenden Standpunkt der Bahnverwaltungen in diesen beiden so leicht zu regelnden Fragen ist aber nicht nur die Einseitigkeit und der Mangel an gutem Willen seitens der maßgebenden Faktoren bei den Bahnen schuld, sondern auch die Kanzleidiener selber. Und zwar aus dem Grunde, weil die große Mehrheit derselben bisher diesen berechtigten Forderungen gegenüber nicht jenes tätige Interesse entgegengebracht hat, als dies eben zum Durchgehen jeder Forderung nötig ist. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Kanzleidiener diese Forderungen nicht gewünscht haben. Im Gegenteil, es gibt auf den Bahnen keinen Kanzleidiener, der nicht schon in irgendeiner Art diese Forderungen zum Ausdruck gebracht hat. Gewünscht und gefordert haben sie alle, diesbezüglich wurde der gemeinsame Wille aller Kanzleidiener sehr oft und sehr lebhaft zum Ausdruck gebracht. Auch vertreten wurden diese Forderungen auf jede nur mögliche Art und hat das Eisenbahnministerium beispielsweise durch berufene Organe die Forderungen als berechtigt erklärt. In dieser Hinsicht ist also schon alles das geschehen, was überhaupt geschehen konnte. Aber eines mangelt noch immer, und zwar das Allernotwendigste. Nämlich, daß die Kanzleidiener auch endlich darangehen, ihren Forderungen einen entsprechenden, fühlbaren Nachdruck zu verleihen. Das kann aber nur damit geschehen, wenn die Kanzleidiener aller Bahnen endlich begreifen, daß auch sie nur ein Glied in der Kette der Eisenbahner sind, das ohne Zusammengehörigkeit mit allen anderen Gliedern dieser großen Kette hilflos und machtlos ist. Sie müssen sich endlich Mann für Mann der großen Organisation anschließen, in derselben wirken und arbeiten und durch das geschlossene Vorgehen in der Gesamtoanisation dazum

Daß sie den eisernen Willen haben, ihre Forderungen nicht nur zu erheben, sondern sie mit der organisierten Macht des Gesamtpersonals auch durchzusetzen. Das soll keine Phrase sein, wie sie die Gegner unserer Organisation hinzustellen versuchen. Wenn die Bahnverwaltungen einmal sehen werden, daß alle Kanzleidner einig und geschlossen sind, dann werden sie es auch nicht mehr wagen, die Forderungen der Kanzleidner mit einigen unsieligen Begründungen abzulehnen oder sie als berechtigt anzuerkennen und trotzdem nicht durchzuführen, sie werden dann endlich offen Farbe bekennen müssen. Sie werden erklären müssen, ob sie die Sache machen oder nicht. Im ablehnenden Falle müssen sie mit dem ernstesten, organisierten Widerstand des Gesamtpersonals rechnen und es kommt dann darauf an, wer der Sieger in diesem Kampf ist. Darüber kann es natürlich keinen Zweifel geben, daß in einem solchen Kampf stets das Personal den Sieg davonträgt. Es handelt sich also nur um das Vorhandensein der Voraussetzungen für Kampfes- und Siegesmöglichkeiten und die mitzuschaffen zu helfen, ist eben die Aufgabe der Kanzleidner, wollen sie ihre berechtigten Forderungen durchsetzen. Die Kanzleidner müssen daher auch vor allem dafür Sorge tragen, daß mit der Eigenbrödelei im separaten Kanzleidnerverein aufgeräumt wird. Gerade der Bestand dieses Vereines ist für die Bahnverwaltungen der Beweis dafür, daß die Kanzleidner uneinig sind und daß sie bei dieser Uneinigkeit keinen ernst zu nehmenden Widerstand zu erwarten haben. Man muß sich die Sache bezüglich des Wertes dieser separaten Kategorienorganisationen nur bis an die äußerste Wirkungsmöglichkeit ausdenken und man wird sofort darauf kommen, daß diese Vereinigungen selbst dann, wenn sie die besten Absichten haben, nichts anderes als Scheinorganisationen sind. Was soll der Kanzleidnerverein für Schritte unternehmen, wenn er seine Forderungen mit Deputationen und Petitionen nicht durchsetzt? Selbst wenn er das äußerste Kampfmittel in Anwendung bringen würde, wäre dasselbe wirkungslos, weil einzelne Kategorien zu ersetz sind. Zu was also die Eigenbrödelei, wenn sie keine Vorteile bringt, wenn sie vielmehr zum Schaden der Kanzleidner und zum Schaden des Gesamtpersonals wirkt. Die Bahnverwaltungen müssen sehen, daß die Kanzleidner vor allem in ihrer Organisation einig sind. Notwendig ist natürlich auch, daß jeder einzelne im Betrieb diese Einigkeit in seiner persönlichen Tätigkeit und in seinen Bestrebungen jederzeit zum Ausdruck bringt. Das letztere ist insbesondere bei den Kanzleidnern notwendig, damit die Vorgesetzten der Kanzleidner endlich begreifen lernen, wie sie die Kanzleidner zu behandeln haben, damit sie im Kanzleidner einen gleichwertigen Menschen erblicken, der dem Unternehmen genau so wertvolle und unentbehrliche Arbeiten leistet wie der Vorgesetzte und der daher mit kollegialer Achtung, mit Duldung und Entgegenkommen zu behandeln ist. Diese Aenderung in der Lage der Kanzleidner kann nur die entsprechende Betätigung jedes einzelnen nach dem Willen der Gesamtheit schaffen. Die Voraussetzung hierfür ist wiederum einzig die Zugehörigkeit zur Organisation des Gesamtpersonals, die in diesem Sinne wirkt und erzieht.

Die Kanzleidner haben also eine Reihe von Aufgaben zu lösen, wenn sie ihre Lage verbessert haben wollen. Außer den herborgehobenen Forderungen haben sie auch eine Reihe anderer Wünsche, die zum Teil Forderungen des Gesamtpersonals sind und die ebenfalls einer dringenden Erfüllung harren. So die zweijährige Fristen in allen Gehaltsstufen bis zu der Endgehaltstufe von 2000 Kr., die Regelung der Quartiergelder, Wohnungs- und Monturfragen u. s. w. Zum Durchsetzen dieser Forderungen sind die Kanzleidner aller Bahnen ebenso notwendig, wie das Gesamtpersonal zum Durchsetzen der speziellen Forderungen der Kanzleidner notwendig ist. Darum sollen sich die Kanzleidner Mann für Mann der Gesamtorganisation anschließen und sich in derselben betätigen.

Inland.

Die Aenderung des Organisationsstatuts der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Die Reichsparteivertretung hat im Auftrag des Innsbrucker Parteitages einen Entwurf zur Aenderung der Organisationsbestimmungen der Partei ausgearbeitet. Die wichtigsten Aenderungen der bisher gültigen Bestimmungen sind folgende:

Die Aufnahme in die Partei wird geregelt. Die Bezirksorganisation entscheidet darüber. Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein. (Bisher war der politische Verein als Grundlage anzustreben.) Die Statuten der Lokal-, Bezirks-, Kreis- und Landesorganisationen dürfen dem Statut der Gesamtpartei nicht widersprechen. Das Verwaltungsjahr beginnt für alle Organisationen am 1. Juli und endet mit 30. Juni. Bezirksorganisationen, respektive Kreis- und Landesorganisationen, ebenso der Klub der deutschen Reichsratsabgeordneten und die Vertreter der Partei in den Landtagen, Gemeindevertretungen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften haben alljährlich bis längstens 20. Juli einen Bericht über ihre Tätigkeit an die Reichsparteivertretung zu erstatten. Der Parteitag ist alljährlich von der Parteivertretung einzu-berufen. Das Verfahren für die Wahl der Delegierten wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt. Anträge zum Parteitag sind mindestens drei Wochen vorher (auf Aenderung des Organisationsstatuts sechs Wochen vorher) der Reichsparteivertretung zu übersenden, die sie im Zentralorgan zu veröffentlichen hat. Die Aufgaben des Parteitages werden genauer festgesetzt. Der Parteitag wählt eine „erweiterte Reichsparteivertretung“ aus 20 Personen, davon sind 10 die Reichsparteivertretung, 10 die Kontrolle. Die Reichsparteivertretung wählt einen Vorsitzenden, drei Stellvertreter, zwei Sekretäre und den Kassier. Diese sechs Personen bilden den Vorstand. Die Reichsparteivertretung bestimmt den Chefredakteur und den Administrator des Zentralorgans. Die engere Reichsparteivertretung besorgt die Parteigeschäfte, bestimmt und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

ernimmt die Angestellten der Partei und ihrer Unternehmungen u. s. w. Zur Teilnahme an Reichskonferenzen sind alle diejenigen berechtigt, die an den Sitzungen der erweiterten Parteivertretung oder der Landesparteivertretungen teilnehmen können. Die Aufstellung von Kandidaten erfolgt bei allgemeinen Reichsratswahlen durch die Reichskonferenz, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die im Einvernehmen zwischen der engeren Parteivertretung und der Bezirksorganisation, beziehungsweise einer Vertrauensmännerkonferenz des Wahlbezirktes festgestellt werden. Erfolgt ein solches Einvernehmen nicht, so erstattet jede der beteiligten Körperschaften ihren begründeten Vorschlag in der Reichskonferenz und diese trifft die endgültige Entscheidung. Bei Nachwahlen entscheidet über die Kandidatur, wenn eine Einigung zwischen dem Bezirk (der Vertrauensmännerkonferenz) und der Parteivertretung nicht erfolgt, eine Kommission, die aus je drei Vertretern beider Teile besteht und deren Vorsitzenden der Klub der Reichsratsabgeordneten zu wählen hat. Ihre Entscheidung ist endgültig und erfolgt mit Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit durch den Vorsitzenden.

Die Vorschriften betreffend die Aufstellung der Kandidaten für die Landtags-, die Bezirks- und Gemeindevertretungen und alle anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften werden durch die Statuten der Landes-, beziehungsweise der Kreis- und Bezirksorganisationen festgestellt.

Parteimitglieder, die den Bestimmungen des § 2 betreffend die Mitgliedschaft nicht entsprechen oder sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze oder die Interessen der Partei oder einer ehrlosen Handlung schuldig machen, sind aus der Partei auszuschließen. Zur Entscheidung hierüber wird ein Schiedsgerichtsverfahren geschaffen und geregelt. Das Schiedsgericht kann erkennen auf Ausschließung aus der Partei überhaupt; Ausschließung aus der Organisation, die den Antrag gestellt hatte, unter Zuweisung des Mitgliedes an eine andere Organisation; Erteilung einer Rüge oder einer Verwarnung; Aberkennung des Rechtes, bestimmte Funktionen auszuüben, für eine bestimmte Zeit oder für immer.

Dringlichkeit der Strafrechtsreform.

Auf die baldige Durchbringung der Strafrechtsreform, deren schädigenden Bestimmungen für die Eisenbahner wir in unserem Leitartikel der vorigen Nummer aufzeigten, scheint die Regierung besonderes Gewicht zu legen. Es wird nämlich darüber berichtet:

Die im Juni im Herrenhaus eingebrachten sechs Regierungsvorlagen über die Reform des Strafrechtes, der Strafprozessordnung und des Gesetzes über den Schutz der persönlichen Freiheit und des Hausrechts sowie über die Bildung der Geschworenenlisten bilden einen über 1100 Paragraphen umfassenden Gesetzeskomplex, dessen Durchberatung unter Anwendung der Vorschriften der heute geltenden Geschäftsordnungen der beiden Häuser des Reichsrates in absehbarer Zeit kaum zu erhoffen wäre. Infolgedessen wurde, vorläufig allerdings in unverbindlicher Weise, der Gedanke angeregt, für die Erledigung dieser Gesetzesvorlagen ein abgekürztes Verfahren einzuführen, das eine zeitweilige Verabschiedung der Strafrechtsreform — von unvorhergesehenen Zwischenfällen, wie einer vorzeitigen Auflösung des Abgeordnetenhauses abgesehen — ermöglicht. Ueber die Details dieses abgekürzten Verfahrens für die Beratung und Beschlussfassung sind allerdings noch keine Abmachungen getroffen worden, da hierzu ein Einvernehmen beider Häuser erforderlich ist, das herzustellen infolge der Unterbrechung der Beratungen des Reichsrates nicht möglich war.

Die österreichischen Staatsschulden.

Nach dem letzten Ausweis der Staatsschuldenkontrollkommission hatte Oesterreich Ende 1911 12.460.6 Millionen Schulden. Zur Verzinsung dieser Zwölfmilliarden Schuld ist jährlich ein Betrag von 484.2 Millionen erforderlich. Oesterreich hat bekanntlich 27.9 Millionen Einwohner; es entfallen also auf den Kopf der Bevölkerung Kr. 437.73 Staatsschulden. Das ergibt per Kopf ein jährliches Zinsverfordernis von Kr. 348.0. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, hat Oesterreich so ziemlich die höchsten Staatsschulden in Europa. Unsere Verschuldung wird natürlich noch weiter emporschnellen; seit 31. Dezember 1911 hat die Regierung ohnedies wieder eine Viertelmilliarde Schulden gemacht, im Herbst wird dem Abgeordnetenhaus die Rechnung für den patriotischen Eifer der deutschfreihheitlichen und christlichsozialen Bewilligungspatrioten präsentiert. Das heißt: es werden neue Schulden gemacht. Die 13. Milliarde werden wir bald überschreiten. Wenn so weiter gewirtschaftet wird, kommen wir bald zum Ende, denn Verwaltung, Staatsschulden und Militär verzehren heute schon mehr als die Hälfte; steigert man die Rüstungen aber so fort, gehen in wenigen Jahren zwei Drittel der Staatseinnahmen dafür auf. Die todsichere Aussicht auf den Staatsbankrott hält die Machthaber freilich nicht ab, die Militärausgaben fortwährend zu steigern. Die großen Herren glauben eben, daß die Steuerschraube dem Volk noch etwas intensiver angezogen werden kann.

Eine mißglückte Verteidigung des Nationalverbandes.

Zu der „Oesterreichischen Volkszeitung“ veröffentlichte der deutschradikale Reichsratsabgeordnete Doktor Ritter v. Mühlwerth einen Artikel zur Verteidigung des Nationalverbandes, der aber das strikte Gegenteil bewirkt hat, wenn er aufmerksam gelesen wird. Wir wollen hier eine Probe dieser Stilübung unter die Lupe nehmen. Herr Mühlwerth schreibt:

Alle schimpfen sie über ihn (den Nationalverband). D. Red. d. „V.“, die Sozialdemokraten, die Schönerianer und die Merikalen! Den einen ist er zu regierungsfreundlich, den anderen zu schwarz-gelb und zu wenig deutsch, den dritten zu wenig katholisch! Und weil sie alle schimpfen, so meine ich, daß er doch noch etwas taugen muß, dieser Deutsche Nationalverband, und daß die Politik, die er gemacht hat, doch

nicht gar so miserabel gewesen sein muß, denn sonst würden die Gegner nicht immer schimpfen, sondern ihn unbeachtet lassen und sich keinen Deut um ihn kümmern. Sagt doch schon ein altes, gutes, deutsches Sprichwort: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen!“ Gar so bedeutungslos scheint er also nicht zu sein, dieser Nationalverband, weil er den Gegnern so sehr im Magen liegt.

Eine wunderbare Begründung! Nach diesem Schema läßt sich vieles rechtfertigen. Die Nutznießer der Teuerung können zum Beispiel sagen: „Alles schimpft über die Teuerung, daher muß sie doch etwas ganz Bortzünftliches sein. Und die Aerzte werden sehr erstaunt sein, zu erfahren, daß eigentlich jene Speisen die besten sind, die den Leuten im Magen liegen bleiben.“

Der parlamentarische Tätigkeitsbericht.

Soeben ist das zweite Heft des Berichtes über die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Komp.) erschienen. Es behandelt den vom 5. März bis zum 5. Juli 1912 reichenden Abschnitt der XII. Legislaturperiode. Durch ihre Gründlichkeit, Uebersichtlichkeit, lichtvolle und kritisch leitende Darlegung der parlamentarischen Vorgänge sind diese Berichte längst für jeden unentbehrlich geworden, der sich ernsthaft mit den parlamentarischen Vorgängen befaßt, genau die Tätigkeit unserer Fraktion verfolgt und den Zusammenhang der Ereignisse unter den wechselnden Eindrücken des Tages nicht verlieren will. Doppelt unentbehrlich aber sind sie für alle Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften, denen diese musterhaft zuverlässigen und an Daten so reichen Berichte zur Rüstkammer der Abwehr gegnerischer Anfeindungen und Entstellungen werden. Namentlich das vorliegende Heft aber hebt sich in seiner Darstellung der bedeutungsvollen Debatten, von denen es handelt, der Debatten über die Dienstrechtsreform und die Wehrvorlagen hervor. Und doch möchten wir beinahe als die wichtigsten Abschnitte des Heftes diejenigen bezeichnen, die von den Ausschüssen reden. Denn gerade die für die Gestaltung der Gesetze oft entscheidenden Ausschussberatungen, die in der Zeitung selten eine ausführliche Wiedergabe finden können, entziehen sich nur zu oft der allgemeinen Aufmerksamkeit. Der ungemein wohlfeile Preis des Heftes, 30 Kr. bei einem Umfang von 69 Seiten, macht es jedem Parteigenossen zur Möglichkeit und daher auch zur Pflicht, diesen unentbehrlichen Behelf sich anzuschaffen.

Pläne des Scharfmachertums.

Die Zeitung der „Vereinigung der Arbeitgeber Oesterreichs“ versendet an ihre Mitglieder ein Rundschreiben, das die Ueberreichung einer Massen- und Sturmpetition um noch mehr gesetzlichen Schutz für die Arbeitswilligen vorbereiten soll. Die Petition soll der Regierung im Herbst überreicht werden. Nach dem Wahlsieg der deutschfreihheitlichen Scharfmachereöldlinge in den Industriegegenden der Sudetenländer im vorigen Sommer sehen die Scharfmacher offenbar ihre Zeit gekommen. Aus dem Rundschreiben geht aber auch hervor, wie unnötig ihr Verlangen ist, denn es wird darin mit Befriedigung festgestellt, daß die Behörden und ihre Organe, also die Polizei und Gendarmerie, infolge des steten Drängens der Scharfmacher seit einiger Zeit ein schärferes Vorgehen bei Streiks üben. In der Tat ist festzustellen, daß das äußere Bild der Lohnkämpfe dem in Preußen, Sachsen oder anderen Polizeistaaten gewohnten immer ähnlicher wird. In Bezug auf die Anpassung behördlicher Unparteilichkeit an die Bedürfnisse des Kapitals ist Oesterreich längst in die vorderste Reihe der modernen Kulturstaaten eingerückt.

Deutschradikales Lumpentum.

Das künftige Jahr wird sowohl in Oesterreich als auch in Deutschland gekennzeichnet sein durch große Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, da in diesem Jahre zahlreiche Tarifverträge ablaufen, deren Erneuerung nicht glatt von statten gehen wird. Die Scharfmacher, die nicht nur Abgeordnete aufkaufen, sondern auch die bürgerliche Presse bestechen, lassen jetzt schon gegen die Arbeitererschaft in ihren Zeitungen Stimmung machen. So zum Beispiel auch in der „Ostdeutschen Rundschau“ des zuckerstüben Wolf, dem führenden Organ der deutschradikalen, die sich, wie der 3000 Kronen-Seine, gar zu gern bei Wahlen als „Arbeiterfreunde“ aufspielen. Das edle Blatt schreibt unter anderem:

Von der Arbeitererschaft werden immer weisergehende Forderungen aufgestellt, die schließlich zum Ruin der Unternehmer führen und jegliche Unternehmungen unrentabel machen müssen. ... Wir haben es hier nicht mehr mit an und für sich friedliebenden Menschen zu tun, die sich wirtschaftliche Vorteile erringen wollen, sondern mit ausgeheulten Massen, die an den Grundlagen unseres Staates rütteln. Statt ein scharfes Ausnahmengesetz zum Schutz der friedlichen Bürger zu schaffen, werden dem Lumpen immer weitere Konzessionen gemacht. Wer sich außerhalb der bestehenden Gesetze stellt und diese mißachtet, für den müssen Sondergesetze erlassen werden, so unsumptuös auch manchem dieses Wort erklingen mag! Möchte es einem opferfreudigen Volk in Erinnerung an die großen Ideale, für die unsere Vorfahren kämpften und starben, gelingen, im Jahre 1913 den inneren Feind (lies: die Arbeiter) glorreich zu schlagen, zum dauernden Nutzen des Vaterlandes (lies: der Kapitalisten), wie einst den äußeren Feind, der unsere Heimat bedrückte.

Sehr treffend bemerkt zu dieser Scharfmachergemeinheit die „Volkstribüne“: Gut gebrüllt, Dohle! ... Die dreißigen Kerle reden vom Segen und vom Revolutionismus — sie, die immer damit spielten, nun aber plötzlich zu Staatsstücken sich machen und als Ordnungsmänner eine Rolle spielen wollen! Gibt es ein ärgeres Lumpengesindel als jenes ist, das einmal vom „Revolutionismus“ lebte und nun dem Absolutismus seine Visitenkarte überreicht? ... Der Minister müßte ein Schurke sein, der sich derartigen Ueberläufern und Rengaten zur Seite stellte. Ein zehnfacher Raubmörder ist noch immer um hundert Prozent ehrlicher wie solch ein germanischer Berufsrevolutionär, der nur dorthin läuft, wo ihm einbeutel mit Geld anesiet wird! ...

Wir sehen, wie sich die ganze Meute, bestehend aus den zweifelhaftesten Charakteren, aus Dieben, Leichenschändern, Renegaten, Wortbrüchigen, Verrätern und profitierender Subjekten, zusammenfindet in dem einen Gedanken: die Arbeiterschaft ihrer schwer errungenen Rechte zu berauben, sie wieder zu Knechten zu machen der sogenannten Herren, die sich anmaßen, eine Art Vorsehung für „ihre“ Arbeiter zu spielen. Leider wird dem schändlichen Treiben der diversen Unternehmerverbände, deren feilen Presse und der gesamten reaktionären Menge von seiten eines großen Teiles der Arbeiterschaft noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Wir müssen aber noch bleiben, damit wir von den Ereignissen nicht überrascht werden. Darum, Arbeiter, höret...

Arbeiter, beherzigt, was man euch immer sagt: Organisiert euch und steht fest zusammen, denn derjenigen, die euch moralisch morden wollen, werden immer mehr!

Ausland.

Alkoholverbot auf norwegischen Eisenbahnen.

Der Storting hat, wie das „Oesterreichisch-ungarische Eisenbahnblatt“ mitteilt, vor einigen Tagen mit 61 gegen 59 Stimmen einen aus den Kreisen der Mäßigkeitsstreber stammenden Vorschlag angenommen, wonach die Reisenden mitgebrachte berauschende Getränke von mehr als 2 1/4 Prozent Alkoholgehalt in den Eisenbahnzügen nicht verzehren dürfen. Diese Maßregel bezieht sich also sowohl auf Spirituosen wie auf Bier. Anlaß zu dem Beschluß gab der Umstand, daß wiederholt Klagen laut wurden, daß Reisende von betrunkenen Mitreisenden belästigt worden sind. Inzwischen kamen bereits bei den Verhandlungen im Storting starke Bedenken zum Vorschein, indem verschiedene Abgeordnete ihre Zweifel darüber ausdrückten, wie die Schaffner feststellen sollten, ob ein Reisender starkes oder alkoholschwaches Bier — welsch letzteres zulässig ist — in der Tasche habe.

Erfrischungsgetränke für das preussische Fahrpersonal.

Das „Oesterreichisch-ungarische Eisenbahnblatt“ schreibt: Die königlich preussischen Eisenbahndirektionen haben jüngst angeordnet, daß dem im Dienst befindlichen Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal zur Erleichterung seiner Dienstaussführungen zu Zeiten langandauernder, ungewöhnlicher Hitze auf den größeren Bahnhöfen durstlösende Getränke unentgeltlich verabreicht werden. Kostenfrei sind Erfrischungsgetränke an das Fahrpersonal abzugeben: a) wenn das Thermometer drei Tage hintereinander vormittags 10 Uhr 25 Grad Celsius und mehr im Schatten anzeigt, vom vierten Tag ab bei gleicher Temperatur; b) wenn das Thermometer an sieben aufeinander folgenden Tagen vormittags 10 Uhr 20 Grad Celsius und mehr im Schatten anzeigt, vom achten Tag ab bei weiter andauernder Temperatur. — Diese Erfrischungen können nach mindestens vierstündiger Dienstleistung einmal, nach mindestens achtsündiger Dienstleistung zweimal unentgeltlich verabreicht werden.

Wachstum der deutschen Gewerkschaften.

Nach den Feststellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die kürzlich im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht wurden, weisen die Arbeiterorganisationen der verschiedenen Richtungen und Färbungen in den beiden letzten Jahren folgende Mitgliederzahlen auf:

	Ende 1911	1910
Freie Gewerkschaften	2.400.018	2.128.021
Kirchlich-Dundersche Gewerksvereine	107.743	122.571
Christliche Gewerkschaften	350.574	316.115
Unabhängige Vereine	763.935	711.177
Wirtschaftsfriedliche Vereine (Gelbe)	162.262	121.126
Lokalorganisierte Gewerkschaften	7.133	—

Was an diesen Zahlen sofort in die Augen springt, daß ist ein erfreuliches starkes Anwachsen der freien Gewerkschaften. Konnten sie doch das Jahr 1911 mit der stattlichen Mitgliederzahl von 2.400.000 abschließen. Sie haben seit Schluß des Jahres 1910 nicht weniger als 271.997 Mitglieder gewonnen und stehen dem Unternehmertum als eine achtunggebende Macht gegenüber. Die Kirchlich-Dunderschen Gewerksvereine dagegen sind um 14.828 Mitglieder zurückgegangen. Bei ihnen nimmt nur die Bedeutungslosigkeit zu. Wenn die christlichen Gewerkschaften, die man nach den Vorgängen der letzten Zeit kaum noch als Gewerkschaften mitzählen kann, einen Mitgliederzuwachs von 34.459 zu verzeichnen haben, so will das im Vergleich zu dem Anwachsen der freien Gewerkschaften nicht viel sagen. Die Lokalorganisationen kommen ihrer verschwindend kleinen Mitgliederzahl wegen gar nicht mehr in Betracht. Sie sind nichts als kümmerliche Ueberbleibsel vergangener Zeiten. Was sich unter der Bezeichnung „Unabhängige Vereine“ und „Wirtschaftsfriedliche Vereine“ präsentiert, das mögen wohl Vereinigungen von Arbeitern sein, aber Gewerkschaften sind es nicht und wollen es nicht sein. Es handelt sich bei diesen Organisationsgebilden zumeist um die sattfam bekannten Gelben, diese ausgesprochenen Feinde der modernen Gewerkschaften.

Die englischen Eisenbahnen im Jahre 1911.

Trotz Eisenbahnstreik und sonstiger Erschütterungen des Wirtschaftslebens weist das letzte Betriebsjahr die höchsten bisherigen Ergebnisse auf, was auf das gute Wetter und die Krönungsfeste zurückgeführt wird. Die Länge der Strecken war 37.685, die der Geleise 37.830 Kilometer, eine Ausdehnung der Strecken gegen das Vorjahr um knapp 50, der Geleise um 426 Kilometer. Die Einnahmen betragen 2598.7 Millionen Mark (+ 66.9 Millionen), wovon fast genau die Hälfte auf den Güter-, 42 Prozent auf Personen-, 8 Prozent auf gemischten Verkehr entfielen. Der Reinertrag war 992.53 Millionen (= 25.05 Millionen) = 3.67 (3.59) Prozent des eingezahlten Kapitals von 27.049.3 Millionen Mark. Die Dividende war 3.62 (3.48) Prozent. Doch ist wohl anzunehmen, daß in dem großen Ausgabenposten von 1606.2 Millionen ein ansehnlicher Posten „Abschreibungen“ enthalten ist, der einen Teil des Gewinnes verstreut (+ 41.84).

Was amerikanische Eisenbahnkapitalisten verdienen.

Der Reingewinn bei der Canadian Pacific Bahn übertrifft im verflochtenen Jahr 1911 mit 32.7 Millionen Dollars jenen des Vorjahres um 6 Millionen Dollars. Die Bruttoeinnahmen haben sich um rund 19 Millionen, die Ausgaben um 12.5 Millionen Dollars, die Nettoeinnahmen aus den Eisenbahn- und Schiffahrtslinien um 6.6 Millionen Dollars vermehrt. Auf neue Rechnung werden 17.5 Millionen gegen 11.8 Millionen im Vorjahr vorgetragen.

Impressionen Zahlen.

Die zahlenmäßigen Berichte über die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die in den letzten Tagen von der Generalkommission der Gewerkschaften und dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Deutschland erstattet worden sind, ergeben ein Gesamtbild, das auch dem Gegner imponiert. Fast zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich, fast eine Million politisch organisierter, rund anderthalb Millionen Abonnenten der sozialdemokratischen Tagespresse — das sind Ziffern, die sich sehen lassen dürfen, mit denen keine andere Bewegung in der Welt aufwarten kann. Nimmt man die 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen dazu, die bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben worden sind, die 110 Abgeordneten, die im Reichstag, die 224, die in den verschiedenen Landtagen sitzen, schließlich noch die Tausende von Stadtverordneten und Landgemeindevertretern, denkt man an die Fortschritte der Genossenschaftsbewegung, die unermüdlige Bildungsarbeit, die von den verschiedensten Organisationen geleitet wird, so versteht man am Ende auch die Worte unwillkürlicher Bewunderung, die schon so oft dem Munde der entschiedensten Gegner entschlüpfen sind, versteht insbesondere das Wort eines süddeutschen Ministers von der „großartigen Kulturbewegung“, dessen Wahrheit um so tiefer wirkt, je mehr man es von der andern Seite her verunglimpft.

Der berechtigte Stolz, mit dem die deutsche Arbeiterklasse auf die machtvolle Entwicklung ihrer Organisationen blickt, kann nur gesteigert werden durch das Bewußtsein, daß all dies geschaffen worden ist unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen, im Kampfe mit fanatisch-ferroellen, vor keinem Mittel zurückweichenden Gegnern, unter dem Druck der Ausnahmegesetze, der Verwaltungspraxis, der Klassenjustiz. Man versteht die Gegner wahrhaftig nicht, die sich alle diese Erfolge zu erklären suchen mit der gedankenlosen Papageienphrase vom „Terrorismus“, der die Massen zusammenhalten soll und der nur durch draconische Gesetze bekämpft werden müßte, um das ganze stolze Gebäude in Schutt und Asche zu verwandeln. Nicht mit Druck und Gewalt sind die Organisationen der Arbeiter errichtet worden, sondern im Kampfe gegen sie. Man versuche es, sie nach den Methoden des Scharfmachertums zu bekämpfen — ach, man hat es schon so oft versucht! — das Ergebnis wird stets dasselbe bleiben: noch mehr organisierte, noch mehr Freunde der Arbeiterpresse, noch stärkerer Arbeitseifer, noch engerer Zusammenhalt!

Gründung einer Gewerkschaftsbank in Deutschland.

Die deutschen Gewerkschaften sind unzufrieden mit den Banken, mit denen sie bisher in Geschäftsverbindung stehen. In Streitzeiten zeigen diese oft Abneigung, auf die Sicherheit der von den Verbänden hinterlegten Staats-, Eisenbahn- u. s. w. Papiere hin Vorschüsse zu geben. Namentlich beim Kohlenarbeiterstreik war das der Fall, so daß die örtlichen Verbände sich manchmal an die Bankabteilung der Großen Kaufmannsgesellschaft der Konsumvereine wenden mußten. Ein Plan, diese Bank auch zur Gewerkschaftsbank zu machen, wurde wieder aufgegeben. Jetzt wird empfohlen, daß alle Gewerkschaften ihre Fonds — es handelt sich bei den großen Verbänden um zusammen etwa 100 Millionen Mark — auf genossenschaftlicher Grundlage vereinigen, um eine Bank zu gründen. Diese sollte den gewöhnlichen Geldverkehr regeln und den Gewinn zurückerstatten, vor allem aber in Fällen von Kämpfen unter billigen Bedingungen Vorschüsse geben. Zurzeit werden drei verschiedene Pläne in Gewerkschaftskreisen erwogen.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Müllheimer Eisenbahnunfall vor Gericht. Von der Strafkammer II des Landgerichts Freiburg sind nach dreiwöchiger Verhandlung der Lokomotivführer Platten und der Zugführer Bär wegen fahrlässiger Tötung in rechtlichem Zusammenhange mit fahrlässiger Körperverletzung und mit Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs verurteilt worden, und zwar Platten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 4 Monaten mit Freisetzung von 10 Monaten Untersuchungshaft, Bär zu einer Gefängnisstrafe von 7 Monaten. Der mitangeklagte Heizer ist von der erhobenen Klage freigesprochen worden, jedoch wurden ihm die ihm selbst erwachsenen notwendigen Auslagen einschließlich derjenigen der Verteidigung auferlegt.

Muß in jedem Zug ein Abort sein? Am 20. August 1911 fuhr der Nähmaschinenhändler Rudolf Samal auf der Nordwestbahn von Wilkama nach Jungbunzlau. Vor der Station Dobrowitz hatte er das Bedürfnis, den Abort aufzusuchen. Da aber ein solcher in seinem Wagen nicht war, ersuchte er den Kondukteur, ihn in einen Wagen mit Abort zu bringen. Aber im ganzen Zug war kein solcher. In der Station war der Aufenthalt nur kurz und Herr Samal mußte einsteigen, ohne die Notdurft verrichtet zu haben. Darauf verpürte er heftige Beschwerden, die mehrere Tage anhielten, so daß er den Arzt rufen mußte. Er klagte das Wohnarar beim Prager Handelsgericht auf Zahlung von 1000 Kr. an Schmerzensgeld und 20 Kr. an Heilkosten. Der Vertreter des Verars gab wohl das Fehlen eines Abortes in jenem Zuge zu, bestritt aber die Kompetenz des Gerichtes und die körperliche Verletzung, wie der § 1 des Gesetzes über die Haftung der Bahn voraussetzt. Der Senat unter Vorsitz des Landesgerichtsrates Weiß beschränkte sich auf die Begründung der Ansprüche des Klägers und fällt nach Anhörung der Zeugen, des Sachverständigen im Eisenbahnwesen und des Professors Bukovskij ein vorläufiges Urteil, durch welches die klägerischen Ansprüche als begründet anerkannt werden. Dieses in der Judikatur bisher einzige Urteil besagt, daß in dem Fehlen eines Abortes in jenem Zuge eine Unregelmäßigkeit des Betriebes liege

und dies nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen auf pathologische Veränderungen schädlich wirkte, wodurch der Gesundheitszustand des Klägers erschüttert wurde. Demnach seien alle im § 1 des zitierten Gesetzes normierten Bedingungen gegeben.

Verpflichtung der Eisenbahnverwaltungen zur Beleuchtung der Bahnschranken. Bisher haben die Eisenbahnverwaltungen es stets abgelehnt, die Bahnschranken bei Straßenübergängen zu beleuchten, indem sie behaupteten, daß sie dazu gesetzlich nicht verpflichtet wären, sondern daß die Kosten der Beleuchtung der Wegüberquerungen als polizeiliche Auslage ausschließlich von den Gemeinden zu tragen seien. Mit dieser Begründung hat zum Beispiel die Südbahn die Beleuchtung des Bahnschrankens bei der Wegüberführung beim Bahnhof Toblach feinerzeit abgelehnt. Nun veröffentlicht die Rössische Sammlung eisenbahnrichterlicher Entscheidungen eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, in welcher die Verpflichtung der Bahnverwaltung zur Beleuchtung des Schrankens bei verkehrreichen Uebergängen ausgesprochen und die Nichtbeachtung als ein die Schadenerschaftspflicht begründendes Verschulden erklärt wird. Verkehrsverhältnisse, welche die Beleuchtung erfordern, wurden vom Obersten Gerichtshof schon in dem Urstand erklart, daß die betreffende Wegüberführung durchschnittlich jede Nacht von zwei Automobilen passiert wird. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt: Die Beleuchtung des Bahnüberganges ist nicht zu verwechseln mit der davon wesentlich verschiedenen Beleuchtung der den Uebergang über die Bahn verhandelnden Schranken. Bei herabgelassener Schranke ist die Beleuchtung des Ueberganges, besser Passierung dann nicht möglich, beziehungsweise nicht erlaubt ist, zwecklos, dagegen ist die Beleuchtung der geschlossenen Schranke notwendig, um die heranommenden Fuhrwerke auf das der Ueberquerung des Bahnüberganges entgegenstehende Hindernis aufmerksam zu machen. Wenn also für den in Rede stehenden Bahnübergang eine besondere Vorschrift zur Beleuchtung nicht bestand, so gestattet dies keineswegs den Schluß, daß die Bahn auch zur Beleuchtung der geschlossenen Schranke nicht verpflichtet gewesen sei. Letztere bildet zur Nachtzeit unter allen Umständen ein die Sicherheit der Passanten gefährdendes Hindernis, während der Bahnübergang unter Umständen auch ohne Beleuchtung ebenso ungefährlich passierbar sein kann wie die unbeleuchtete Straße selbst. Die Verpflichtung der Bahn zur nächtlichen Beleuchtung herabgelassener Bahnschranken ergibt sich zweifellos aus dem § 17 der Eisenbahnordnung, und in der Unterlassung dieser Beleuchtung liegt ein Verschulden derselben, für welches die Eisenbahnunternehmung haftbar ist. (Mitgeteilt vom Landesverkehrsrat.)

Fachtechnische Rundschau.

(So weit es die Raumverhältnisse gestatten, werden wir an dieser Stelle von Zeit zu Zeit durch bewährte Mitarbeiter fachtechnische Fragen einer Besprechung unterziehen.)

Elektrischer Eisenbahnbetrieb und seine Maßeinheiten.

Von Ingenieur P. M. Grempe, Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Die bedeutende Zunahme der Elektrizität im Eisenbahnbauwesen muß es mit sich bringen, daß auch unter den Eisenbahnern immer häufiger die gebräuchlichen elektrotechnischen Maßeinheiten genannt werden. Ueberall wo Elektrizität gebraucht wird, hören wir die Bezeichnungen: Volt, Ampere u. s. w. Viele, die nicht schon in der Schule eingehend darüber aufgeklärt worden sind, können sich aber keine rechte Vorstellung davon machen, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Nun ist es allerdings richtig, daß wirklich populäre Erklärungen der elektrotechnischen Maßeinheiten verhältnismäßig schwer zu geben sind, zumal dann, wenn man nicht an der Hand von Demonstrationsmitteln Erleichterungen für die Auffassung schaffen kann. Es liegt also in der Natur der Sache, daß der Laie, will er sich einigermaßen damit vertraut machen, eine gewisse Aufmerksamkeit einfallen muß. Da wir aber sehen, daß nun auch im Eisenbahnbauwesen der elektrische Betrieb an Bedeutung gewinnt, so wollen wir versuchen, im Folgenden das Nötige über elektrische Maßeinheiten möglichst allgemein verständlich zu behandeln.

Man pflegt gewöhnlich durch das Hilfsmittel des Vergleiches schwierige Sachen dem Verständnis nahe zu bringen. Hierbei geht man von möglichst allgemein bekannten Dingen und Erfindungen aus, um dann die entsprechenden Anwendungen in bezug auf die erklärenden Fragen zu ziehen. Aber schon das Sprichwort sagt: Jeder Vergleich hinkt! Dieser Satz ist ganz besonders auch bei der Frage der Popularisierung der Begriffe elektrischer Maßeinheiten am Platze. Es sei daher ganz allgemein an den Vergleich erinnert, durch den man eine elektrische Stromleitung einer Wasseranlage gleich erachtet. Die Wasserleitung arbeitet zum Beispiel mit einem Druck von 4 Atmosphären, das heißt also, für jeden Quadratzentimeter wird ein Druck von 4 Kilogramm entwickelt. Eine Wasserleitung, die 8 Atmosphären arbeitet, entwickelt also den doppelten Druck.

Es ist allgemein bekannt, daß ein Rohr von großem Durchmesser mehr Wasser liefert, als ein enges Rohr. Es ist auch ohne weiteres einleuchtend, daß hierfür auch noch der größere oder geringere Druck ein maßgebender Faktor ist.

In der Elektrotechnik mißt man nun die Stromstärke nach Ampere. Unter der Stromstärke ist in der Praxis diejenige Menge Elektrizität zu verstehen, welche in der Zeiteinheit durch den Querschnitt eines elektrischen Leiters fließt. Bei der theoretischen Entwicklung des elektrischen Maßsystems gilt als Zeiteinheit eine Sekunde.

Die Spannung des elektrischen Stromes wird nach Volt gemessen. Daher pflegt der Elektrotechniker zu sagen, daß die Anlage eine Spannung von so und soviel Volt hat. Früher hatten die Verteilungsnetze, die in den Städten u. den Konsumenten die elektrische Energie für Licht und Kraftzwecke zuführten, meist 110 Volt. Jetzt kommt gewöhnlich eine Spannung von 220 Volt in Frage. Mit wesentlich höherer Spannung arbeiten aber schon die elektrischen Straßenbahnen, und mit noch bedeutend gesteigerter Stromspannung wird der Betrieb der elektrischen Vollbahnen bewirkt, wie wir später noch auseinandersetzen werden.

Für die elektrotechnischen Maßeinheiten gilt das so genannte Ohmsche Gesetz. Nach diesem ist der Widerstand eines Stromkreises gleich dem Verhältnis seiner elektromotorischen Kraft zu seiner Stromstärke. Die für die Praxis

In Betracht kommende Einheit des Widerstandes ist somit derjenige Widerstand, in dem 1 Volt (Einheit der elektrischen Kraft) 1 Ampere (Einheit der Stromstärke) liefert. Diese Widerstandseinheit heißt 1 Ohm. Das Ohm'sche Gesetz sagt also:

$$1 \text{ Volt} = 1 \text{ Ampere} \times 1 \text{ Ohm.}$$

Man kann diese Einheit auch so ausdrücken:

$$1 \text{ Ampere} = \frac{1 \text{ Volt}}{1 \text{ Ohm}}$$

Es kommt nun darauf an, mit dem elektrischen Strom Arbeit zu leisten. Diese kann darin bestehen, daß wir eine elektrische Glühlampe zum Leuchten bringen, elektrisches Boglicht erzeugen, einen Fahrstuhl auf- und niedersteigen lassen, eine Webmaschine elektrisch antreiben, einen Straßenbahnwagen oder eine elektrische Lokomotive dahinrollen lassen. Diese elektromotorische Kraft ist also der Effekt, den wir durch eine Elektrizitätsanlage erzielen wollen. Der elektrische Strom soll uns in jeder Sekunde eine bestimmte Arbeit leisten. Die Größe derselben muß gemessen werden. Diefür gilt der Grundsatz, daß dieser Effekt gleich ist dem Produkt aus der elektromotorischen Kraft und der Stromstärke. Für die Zwecke der Praxis rechnet man nach Watt und versteht hierunter die Einheit der elektromotorischen Kraft, die den Effekt, von 1 Watt erzeugt, wenn sie den Strom 1 Ampere durch den Stromkreis treibt. Es ist daher 1 Volt \times 1 Ampere gleich 1 Watt. Aus dieser Definition (Begriffsbestimmung) wird ersichtlich, daß man in der Elektrotechnik die Bezeichnung Watt oft durch „Volt-Ampere“ ersetzt, da beide Begriffe gleichbedeutend sind.

Da nun die Einheit Watt verhältnismäßig klein ist, so rechnet man gewöhnlich nach Kilowatt. Herunter sind mithin 1000 Watt zu verstehen. Entnehmen wir nun diese Menge eine Stunde lang ununterbrochen aus einer elektrischen Leistung, so haben wir die Kilowattstunde. Diese kann natürlich auch dadurch zustande kommen, daß wir irgendeinen an die Leitung angeschlossenen Apparat, zum Beispiel eine elektrische Lampe, nach Bedarf ein- und ausschalten. Wir müssen jetzt natürlich die jeweils erzielten Brennzeiten resumieren. Sobald wir 60 Minuten lang 1000 Watt aus einer Leitung entnommen haben, erhalten wir die Kilowattstunde.

In der Praxis ist die Berechnung verhältnismäßig einfach. Es sind nämlich Apparate erbaut worden, die ähnlich wie die Gasuhren, die Ablesung der jeweils verbrauchten Elektrizitätsmenge bequem ermöglichen. Der Tarif der Elektrizitätswerke wird auf der Grundlage des Kilowatt aufgestellt. So kostet zum Beispiel in Berlin die Kilowattstunde 40 Pf., sofern die gewöhnlichen Beleuchtungsarbeiten in Frage kommen. Die öffentlichen Elektrizitätswerke pflegen aber den Strom, der für wirtschaftliche Zwecke (Fahrstuhlbetrieb, Maschinenantrieb) verwendet wird, im Interesse einer guten Ausnutzung des Werkes billiger abzugeben. Hiefür ist der Gesichtspunkt maßgebend, daß jedes Elektrizitätswerk groß genug bemessen sein muß, um den Konsum bewältigen zu können. Nun ist aber erfahrungsgemäß bei öffentlichen Elektrizitätswerken der Konsum in den ersten Abendstunden am größten. Das erklärt sich daraus, daß mit dem Eintritt der Dämmerung überall künstliche Beleuchtung gebraucht wird. In allen Fabriken, Comptoirs, Läden u. s. w. sowie auch auf Straßen und Plätzen wird nun elektrischer Strom für Lichtzwecke verbraucht. Sobald dann die verschiedenen Arbeitsstätten geschlossen werden, fällt der Stromkonsum ab. Das erklärt die Tatsache, daß normal bei öffentlichen Elektrizitätswerken die Zeit vom Eintritt der Dunkelheit bis gegen 9 Uhr die Hauptbelastung des Werkes bringt. Nach 8 Uhr schließen die meisten Geschäfte ihre Porten, so daß zu dieser Zeit gewöhnlich schon wieder eine Stromabnahme zu beobachten ist.

Jedes Elektrizitätswerk arbeitet nun, ist es allein auf diesen Lichtkonsum angewiesen, technisch recht unökonomisch. Die Kraftanlagen müssen ausreichen um den Hauptkonsum während weniger Stunden bewältigen zu können, werden doch aber während der übrigen Tages- und Nachtzeiten nur wenig ausgenützt. Bei Gleichstromanlagen hilft man sich allerdings dadurch, daß man sogenannte Akkumulatorenbatterien aufstellt. Hierunter sind elektrische Kraftsammler zu verstehen. Mit Hilfe dieser Akkumulatoren speichert man also elektrische Energie für die Hauptverbrauchszeit auf. Während der Stunden geringen Stromkonsums werden diese Akkumulatorenbatterien mit elektrischer Energie „geladen“ oder „aufgefüllt“. Aber trotz dieser Kraftsammler muß man im Interesse der Wirtschaftlichkeit eines Elektrizitätswerkes für öffentliche Stromabgabe Wert darauf legen, daß möglichst während des ganzen Tages (und wenn es geht, auch während der Nacht) Stromentnahme stattfindet. Aus diesem Grunde erklärt es sich, daß allgemein der Verbrauch herrscht, elektrische Energie für Kraftzwecke wesentlich billiger abzugeben. Hiefür wird gewöhnlich die Kilowattstunde mit circa 16 Pf. berechnet. Elektrische Energie zum Antrieb von Fahrstühlen, Maschinen u. s. w. wird ja in zahlreichen Betrieben während des ganzen Tages gebraucht. Man hat also durch die Abgabe billigen Stroms für diese Zwecke die Möglichkeit, das Elektrizitätswerk während eines großen Teiles des Tages ausnützen zu können. Es kommt hinzu, daß natürlich der Konsum für Kraftzwecke an jeder Verbrauchsstelle gewöhnlich verhältnismäßig groß ist, sofern man den Verbrauch an Strom für den einzelnen Beleuchtungsartikel in Vergleich stellt. Da andererseits, namentlich während des Sommers, viele der Betriebe, in denen elektrischer Strom für Kraftzwecke verbraucht wird, schon zu der Zeit Geschäftsschluß eintreten lassen, zu der erst künstliche Beleuchtung erforderlich ist, so leuchtet es ein, daß die an und für sich billige Abgabe elektrischen Stroms für wirtschaftliche Zwecke gerade im Interesse der Rentabilität jedes Elektrizitätswerkes liegt.

Immerhin würde aber selbst eine derartige Preisreduktion nicht ausreichen, um elektrische Energie zum umfangreichen Betrieb von Verkehrsanlagen (Straßenbahnen, elektrische Vollbahnen) verwenden zu können. Für diese Zwecke muß die Energie noch billiger abgegeben werden. Die Straßenbahnen, als die größten Konsumenten der öffentlichen Elektrizitätswerke, werden daher gewöhnlich mit einem Tarif bedient, der mit zunehmender Größe des Konsums erhebliche Rabattsätze aufweist. Zum Teil sind auch besondere elektrische Betriebsstationen hiefür errichtet. Auch für den Betrieb von Vollbahnen werden gewöhnlich eigene Elektrizitätswerke errichtet. Da sich der elektrische Strom durch Kabelleitungen auf große Entfernungen hin bequem fortleiten läßt, so sucht man die Elektrizitätswerke für diese Zwecke möglichst zu errichten, wo die Voraussetzungen für eine besonders billige Kraftzerzeugung gegeben sind. Daher bevorzugt man für Werke dieser Art die Nähe von Wasserfällen, Stauweihern,

von Braun- und Steinkohlenablagerungen. Durch derartige Maßregeln wird es möglich, die nutzbare Kilowattstunde mit erheblich weniger als 10 Pf. abzugeben.

Nun wird in der Technik meist mit dem Begriff der Pferdestärke operiert. Es wird sich also fragen, wie verhält sich hiezu die Leistung einer Kilowattstunde? Unter einer Pferdestärke versteht man bekanntlich diejenige Kraft, die in der Lage ist, in einer Sekunde 1 Kilo 75 Meter hoch zu heben oder umgekehrt 75 Kilo in der Zeiteinheit um einen Meter anzuheben. Die allgemein gebräuchliche Abkürzung für Pferdestärke ist bekanntlich HP. Für eine populäre Darstellung der elektrotechnischen Maßeinheiten dürfte somit die Umrechnung der Pferdestärke das instruktivste Bild geben. Ein Kilowatt leistet nun in der Sekunde 102 Kilogramm Meter, das heißt also, 1000 Watt vermögen eine Arbeit zu leisten, die gleich ist der Beförderung eines Kilos auf eine Höhe von 102 Metern in der Sekunde. Wird diese Arbeit ununterbrochen während einer Stunde geleistet, so haben wir wieder die Einheit der Kilowattstunde und wissen, daß wir damit während einer Stunde in jeder Sekunde 102 Kilo um einen Meter heben zu können. Diesem Effekt würde die Beförderung einer Last von 102 Kilo auf 8600 Meter in der Stunde gleichkommen. Rechnen wir nun umgekehrt die Einheit der Pferdestärke auf das elektrische Maßsystem um, so ergibt sich, daß sie der Größe von 736 Watt entspricht, einer Einheit, die man auch mit 0.736 Kilowatt angeben kann. Nehmen wir ein Beispiel aus der Praxis: Wir messen an einer Verbrauchsstelle mit dem Amperemeter 20 Ampere Stromstärke und stellen mit dem Voltmeter 110 Volt fest. Demnach haben wir einen Effekt von $20 \times 110 = 2200 \text{ Watt} = 2.2 \text{ Kilowatt}$.

Rechnen wir diese Leistung in Pferdestärken um, so ergibt sich: $2200 : 736 = 3.24 \text{ Pferdestärken}$. Nach dieser Auseinandersetzung ist die Umrechnung jeder vom Volt- und Amperemeter abgelesenen Zahl in Pferdestärken leicht durchzuführen.

Bei Niederlandzentralen wird der Strom allerdings mit wesentlich höheren Spannungen als die bisher erwähnten weitergeleitet, da die Verluste an elektrischer Energie mit zunehmender Spannung entsprechend geringer werden. Leitungsanlagen von 20.000 bis 30.000 Volt Spannung sind schon vielfach ausgeführt worden. Aber auch Anlagen von 50.000 und 60.000 Volt sind in Europa in Betrieb, während Amerika mit einigen Unternehmungen, die sogar mit 100.000 Volt arbeiten, an der Spitze steht. Diese hohen Spannungen werden im Elektrizitätswerk nicht sofort von der Dynamomachine erzeugt. Ihre Höhe wird vielmehr mit Transformatoren erreicht. Vom Werk werden abdann auf große Entfernungen hin elektrische Kräfte fortgeleitet, an der Verbrauchsstelle mit Hilfe von Transformatoren wieder auf niedrige Spannungen gebracht und dann für Beleuchtungs- und Arbeitszwecke verwendet.

Nach diesen Auseinandersetzungen wird es unseren Lesern in Zukunft nicht schwer fallen, der Entwicklung des elektrisch betriebenen Eisenbahnwesens das erforderliche Verständnis und Interesse entgegenzubringen.

Ueber die Gesichtspunkte, die zur Zeit für den elektrisch betriebenen Eisenbahnverkehr in Preußen maßgebend sind, sei folgendes hervorgehoben: Bisher war für Fernbahnen die elektrische Zugförderung unter Verwendung von Gleichstrom zu kostspielig. Nachdem man aber zum Wechselstrom übergegangen ist, ist es auch möglich geworden, der Frage der Elektrifizierung von Vollbahnen näherzutreten. Hiezu wird man sich in Zukunft des sogenannten einphasigen Wechselstroms bedienen. Dieser gestattet, elektrische Kraft mit sehr hoher Spannung und daher praktisch fast unbegrenzter Größe auf weite Entfernungen zu übertragen. Man kann so den Triebfahrzeugen durch eine einfache oberirdische Fahrleitung den Strom ähnlich wie bei Straßenbahnen zuführen. Hiebei können auch Triebmaschinen verwendet werden, die sich in vollkommener Weise den wechselnden Bedingungen des Bahnbetriebes anpassen. Für Stadt-, Vorort- und Städtebahnen soll wie bisher der Gleichstrom von niedriger Spannung benützt werden.

Gegenüber dem Dampfbetrieb hat die elektrische Zugförderung eine Reihe von Vorzügen. Diese liegen teils auf wirtschaftlichem, teils auf technischem Gebiet. Besonders kommen hier in Frage: geringes Gewicht der Antriebseinrichtungen, wesentliche Ersparnisse an Brennstoff, dichte Zugfolge, geringere Unterhaltungskosten der Triebfahrzeuge, verminderte Aufwendung von Fahrmannschaften und Ersparnisse bei den Unterhaltungskosten des Oberbaues. Ferner kann der Personenverkehr durch Einlegung von Triebwagenfahrten in Fahrplanlücken mit verhältnismäßig geringem Mehraufwand verbessert werden. Endlich läßt sich auch die Betriebssicherheit verbessern, indem die Züge zur Streckensicherung herangezogen werden.

Besondere Bedeutung würde der Uebergang zum elektrischen Bahnbetrieb in größerem Umfang dadurch gewinnen, daß an vielen Stellen elektrische Energie zum geringen Preise verfügbar wurde. Dieses würde wieder Landwirtschaft und Großindustrie fördern, sowie der Klein- und Hausindustrie neues Leben zuführen. Auch würde die Darbietung wohlfeiler, bequemer und gesundheitlich einwandfreier Kraft-, Licht- und Wärmequellen die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern.

Aus diesen Gesichtspunkten heraus will die Verwaltung der preussisch-hessischen Staatsbahn die Einführung und den Ausbau des elektrischen Betriebes im Eisenbahnwesen jetzt energisch betreiben. Vorläufig wird allerdings die Auswahl der zunächst in Frage kommenden Strecken von bestimmten militärischen Gesichtspunkten aus geleitet sein. Da man noch nicht genügend übersehen kann, inwiefern die neue Betriebsform auch den militärischen Anforderungen zu genügen vermag, so werden nur solche Eisenbahnlinien für den elektrischen Betrieb hergerichtet, die für die Zwecke der Landesverteidigung keine besondere Bedeutung haben.

Für die Wahl der in Preußen zuerst elektrisch ausgebauten Vollbahnlinie Bitterfeld-Deffau war die Möglichkeit der bequemen Ausnützung der hier gelegenen Braunkohlenfelder entscheidend. Dieser Brennstoff wird in den bei Bitterfeld gelegenen Gruben im Tagbau gewonnen und auf den Treppenrosten der Wasserrohrkessel des Kraftwerkes verfeuert. Wenn auch vorläufig die Beschickung der Kessel noch von Hand durch kleine Rippwagen erfolgt, so wird doch bald der fortschreitende Ausbau des Kraftwerkes auch hier den mechanischen Betrieb durchführen. Dann werden die Eisenbahnwagen als sogenannte Selbstentlader auf einer Rampe unmittelbar in das Kesselhaus gefahren. Die Braunkohle wird nun in die über den Kesseln befindlichen Hochbehälter

entleert werden. Von hier aus wird der Brennstoff dann selbsttätig den Treppenrosten zugeführt.

Für Stromerzeugung dient eine Turbodynamo von 3750 Kilowatt-Ampereleistung. Die Dampfmaschine hat ein Hochdruckrad mit drei Geschwindigkeitsstufen und neun Druckstufen im Niederdruckteil. Die Stromerzeugungsanlage liefert Einphasenwechselstrom von 3000 Volt Spannung bei 15 Perioden in der Sekunde. Dieser Strom wird in zwei Transformatoren auf 60.000 Volt umgeformt und mit dieser Spannung dem Unterwerk zugeführt. Die hier zum erstenmal verwendeten Kabel für 60.000 Volt Betriebsspannung haben sich durchaus bewährt. Diese einpoligen Kabel sind an der Bahnstrecke Muldenstein-Witterfeld in Äuäßen aus Formsteinen entlang geführt. Auch die Hochspannungsfreileitung läuft parallel der Bahnstrecke entlang und besteht aus zwei Kupferseilen, die auf Isolatoren mit Metalldach angebracht sind.

Der im Unterwerk Witterfeld mit 60.000 Volt Spannung anlangende Strom wird hier wieder mit Hilfe von zwei Transformatoren auf die Fahrdrathspannung von 10.000 Volt umgeformt.

Da auf dieser Strecke der gesamte Personen- und Güterverkehr elektrisch durchgeführt werden wird, so hat man zwei Bauarten von Lokomotiven vorgesehen: die eine dient für Schnell- und Personenzüge, während die andere für Güterzüge bestimmt ist. Sowohl die Versuchs- als auch die Betriebsergebnisse haben gezeigt, daß beide Lokomotivarten gute Leistungen liefern. Man hat höhere Geschwindigkeiten als beim Dampfbetrieb zurzeit üblich, erreicht. Man hat dabei die gute Lauffähigkeit der elektrischen Lokomotiven zweifellos festgestellt. Ohne Störungen verkehren seit Monaten bereits auf dieser Strecke Bitterfeld-Deffau, die übrigens in der kurzen Bauzeit von einem Jahr elektrifiziert worden ist, sachplanmäßige Züge mit elektrischem Betrieb.

Die Zuverlässigkeit der neuen Betriebsart ist damit erwiesen. Diese wird manche Umwälzung im Eisenbahnbetrieb zeitigen. Die Möglichkeit einer wesentlichen Abkürzung der Fahrzeiten tritt deutlich als in betriebstechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht bedeutender Fortschritt hervor. Im Gegensatz zum Dampflokotivbetrieb beweist diese Anlage, daß man beim elektrischen Betrieb auch minderwertige, billige Brennstoffe (Braunkohle, Torf u. s. w.) verwerten kann. Hiezu kommt noch die Möglichkeit, auch Wasserkräfte für die elektrische Betriebsform rationell ausnützen zu können. Da man jetzt elektrische Energie auf große Entfernungen in der vorhin erwähnten Weise gut übertragen kann, so vermag man die Kraftstation dort zu errichten, wo man für die Energieerzeugung die günstigsten Bedingungen findet. Die Verwendungsstelle für den elektrischen Strom ist nicht maßgebend, da eben der Hochspannungsstrom die gute Fortleitung auf außerordentlich große Strecken ermöglicht.

Weim Dampfbetrieb bleibt trotz der gewiß bemerkenswerten Vervollkommnungen der Lokomotiven die wirtschaftlich unvorteilhafte Kraftzerzeugung auf jeder Verbrauchsstelle. Demgegenüber kann die elektrische Betriebsform durch ihre einheitliche Kraftzerzeugung mit Hilfe großer Anlagen von bestem Wirkungsgrad wirtschaftlich vorteilhafter arbeiten. Daß der elektrische Antrieb den Fortfall aller Rauch- und Aufbelästigungen bringt, ist sicherlich ein Moment, das ihm ganz besonders die Sympathien der Eisenbahner und des reisenden Publikums einbringen wird.

Streiflichter.

Ein merkwürdiger Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums. (Schädigungen des Zugbegleitungs-personals.) Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit Erlass, datiert vom 6. August 1912, folgendes verfügt:

Ministerialerlass vom 6. August 1912.

Die im Gegenstand gepflogenen Erhebungen haben ergeben, daß die bezüglich Einhebung der Ersatzbeiträge geltenden Vorschriften äußerst lax gehandhabt werden.

Die k. k. ... werden aufgefordert, durch strikte Handhabung der Vorschriften auf die Herabminderung der der Staatseisenbahnverwaltung erwachsenden Schäden einzuwirken und eine schonende Behandlung des Bahneigentums herbeizuführen.

Weiters wird verfügt, daß an Stelle des Absatzes 11 des Artikels 29 der Instruktion 36, nachstehende Bestimmung handschriftlich einzufügen ist:

„Bedienstete haben, sofern sie nicht nachweisen können, daß sie an dem Bruch von Fenstern oder Spiegelscheiben kein Verschulden trifft, im allgemeinen den vollen Ersatzbetrag zu leisten.“

Diese Ersatzleistung wird jedoch, sofern Billigkeitsgründe zutreffen, auf ein Drittel des vorgeschriebenen Ersatzbetrages herabgesetzt, wenn der Bruch von Fenstern oder Spiegelscheiben anlässlich einer Dienstverrichtung erfolgt oder der Betreffende Bedienstete für durch dritte Personen gebrochenen Fenster- oder Spiegelscheiben ersatzpflichtig gemacht wird.“

Im übrigen werden die Bestimmungen des § 33 der Dienstordnung durch die vorstehende Verfügung nicht berührt.

Göllsdorf m. p.

Die strikte Handhabung der vorstehenden Bestimmungen bedeutet für einen nennenswerten Teil des Zugbegleitungs-personals eine neuerliche Verkürzung ihres Einkommens, ein weiteres Glied in der Kette der Schikanen und unschuldigen Verfolgungen. Es muß gesagt werden, daß dieser Erlass ohne Rücksicht und jedenfalls auch in Unkenntnis der für die Frage in Betracht kommenden Verhältnisse erstellt und hinausgegeben wurde. Jedermann, der nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen beim Zugbegleitungsdiens genau vertraut ist, wird beim Durchlesen dieses Erlasses das Empfinden haben, daß die Zugbegleiter die Fenster- und Spiegelscheiben absichtlich demolierten müssen, um der Staatsverwaltung Mehrauslagen zu schaffen. Die Art, wie dieser Erlass erstellt wurde und insbesondere der Umstand, wie Absatz 11 des Artikels 29 der Instruktion 36 ergänzt wurde, ist, gelinde gesagt, eine grobe Rücksichtslosigkeit, die das Zugbegleitungs-personal unter keinen Umständen ruhig hinnehmen kann. Die Herren, die derartige Erlässe fabrizieren, sollen sich erst selbst einmal bemühen, am wirklich richtigen Ort zu sparen. Das Sparen könnten sie bei einigem guten Willen gerade von den Bediensteten des niederen Eisenbahnpersonals lernen. Es muß gesagt werden, daß sich das Zugbegleitungs-personal die rechtliche Hilfe gibt, der Staatsbahnverwaltung sparen zu helfen. Aber dafür kann doch der Zugbegleiter nicht verantwortlich und nicht ersatzpflichtig gemacht werden, wenn die Reisenden die Spiegel- und Fensterscheiben zertrümmern, oder

man müßte diesem Mangelstand durch früheres Avancieren abhelfen, aber geschähen ist bis jetzt noch nichts. Warum hatte man bei den Wagenführern eine Einsicht, indem man dieselben, abgesehen von ihrer Ernennung zu Ranggehilfen, auf die 1000 Kr. Anfangsgehalt stellte, ebenso gleichzeitig auf die 1100 Kr. avancieren ließ? Die Magazinsdiener beneiden ihre Kollegen Wagenführer durchaus nicht um ihre Beförderung, meinen aber, daß man nicht mit zweierlei Maß messen soll. So ein armer Magazinsdiener mußte zwei bis drei und mehr Jahre als Arbeiter, Bremser u. s. w. schuften, bevor er Partieführer wurde, brachte bis zur Stabilisierung seiner Kategorie fünf bis zehn und mehr Jahre als Partieführer zu und nun nach so vielen Dienstjahren wird er in den Bezügen mit den ganz jungen Dienern auf die gleiche Stufe gestellt. Der Dienst der Magazinsdiener ist gewiß auch verantwortungsvoll und anstrengend und soll auch dementsprechend bezahlt werden. Ganz dasselbe ist der Fall bei den Magazinsaufsehern. Die älteren Magazinsaufseher haben durch die Bank eine zehn- bis fünfzehnjährige Dienstzeit hinter sich und stehen mit wenigen Ausnahmen noch im Anfangsgehalt. Wie bitter muß es so einen armen Teufel berühren, trotz seiner umfangreichen, verantwortungsvollen Dienstleistung sehen zu müssen, wie Leute, die ein Jahrzehnt später in die Dienste der Eisenbahn getreten sind und nicht halb soviel Verantwortung sowie Dienstkenntnisse zu besitzen brauchen, im Gehalte voraneilen. Trotz der Kenntnis dieser Mängelstände, trotz der Vorrede einer Deputation fand man es nicht der Mühe wert, diese Fragen in den heurigen Personalkommissionssitzungen zur Sprache zu bringen. Den Nachlauf bis zu fünf provisorischen Jahren hat man gewährt, die Magazinsdiener und Magazinsaufseher bis zum letzten Mann sind auch nachkaufsberechtigt, aber mit was dieselben diese 500 bis 800 Kr. aufbringen sollen, wenn sie andererseits so stiefmütterlich behandelt werden, bleibt noch ein Rätsel. Zum Schluß meinen die Magazinsdiener und -Aufseher, wenn man schon keine Verbesserungen auf der Südbahn allein vornehmen will, soll man doch zumindest zu vermeiden trachten, schreiende Ungerechtigkeiten an einzelnen Gruppen zu begehen.

Die Wahlen in den Arbeiterausschuss des Staatsbahndirektionsbezirks Innsbruck. Die Wahlen in den Direktionsarbeiterausschuss Innsbruck brachten unseren Genossen einen nahezu vollständigen Erfolg. Es sind als Arbeiterausschussmitglieder der sozialdemokratischen Liste und bis auf zwei alle Ersatzmänner dieser Liste gewählt. Bei der Wahl dieser zwei Ersatzmänner scheint es sich — wir entnehmen unseren Bericht vorläufig aus dem Amtsblatt und werden das gegnerische Stimmenverhältnis gelegentlich nachtragen — um irgendeine Zufälligkeit: Ausschneiden des Kandidaten aus der Dienstgruppe oder ähnlichem; zu handeln, das mit der geringen Anzahl von 73 Stimmen zur Wahl dieser zwei Ersatzmänner führte. Die sechs sozialdemokratischen Kandidaten dieser Gruppe hatten je 215 Stimmen. Es wurden gewählt:

Für die Bau- und Bahnerhaltung als Mitglieder: Johann Unterrainer, Zimmerer, Rißbüchel; Johann Maier, Vorarbeiter, Viehen; Johann Bedl, Brückenschlosser, Feldkirch; und Franz Schiegl, Vorarbeiter, Meran. Als Ersatzmänner: Leopold Nagl, Brückenschlosser, Feldkirch; Josef Sindler, Zimmerer, Saalfelden; Johann Lechner, Oberbauarbeiter, Salzburg; und Peter Gaubinger, Oberbauarbeiter, Wilten, mit 871 Stimmen.

Für die Werkstätten und Zugförderung als Mitglieder: Johann Geigl, Dreher, Salzburg; Johann Brand, Vorarbeiter, Wörgl; Ferdinand Roitner, Schlosser, Feldkirch; und Johann Radoinig, Tischler, Meran. Als Ersatzmänner: Franz Wooshammer, Hilfsarbeiter, Salzburg; Georg Herbst, Kohlenarbeiter, Saalfelden; Johann Schwandtner, Vorarbeiter, Wörgl; und Otto Wolf, Schlosser, Feldkirch, mit 518 Stimmen.

Für den Verkehrs- und Stationsdienst als Mitglieder: Josef Hana, Magazinarbeiter, Salzburg; Ferdinand Ullmann, Magazinarbeiter, Wilten; Karl Gluck, Magazinarbeiter, Meran; und Martin Unterwiesinger, Schwarzach-St. Veit. Als Ersatzmänner: Adalbert Fungel, Fahrdienstarbeiter, Bludenz; und Johann Hebermayer, Stationsarbeiter, Zell am See, mit 215 Stimmen und zwei nicht der sozialdemokratischen Kandidatenliste angehörende Ersatzmänner mit 73 Stimmen.

Korrespondenzen.

Nieber-Lindewiese. Wenn heute ein Arbeiter gezwungen ist, in irgendeinem Gasthaus einzufahren, um sich Hunger und Durst zu stillen, und wenn er sein sauer verdientes Geld verausgaben will, muß er auch für selbes etwas Anständiges bekommen. Er muß aber sehr häufig die Wahrnehmung machen, daß dies nicht der Fall ist. Sonntag den 4. August l. Z. kehrten einige Eisenbahnarbeiter gegen Abend bei der Gastwirtin Jung ein, um sich ein Nachtmahl zu kaufen. Zwei derselben verlangten je ein Gulasch. Als ihnen dasselbe aufgetragen wurde, sahen sie, daß anstatt Fleisch, nur Sehnen und Knochen und anstatt des Saftes einfach ein Paprikawasser verabreicht wurde. Da so etwas nicht zu genießen ist, stellten sie es der Frau Wirtin zur Verfügung, obwohl sie es schon bezahlt hatten, erhielten aber das vorausgabte Geld nicht wieder zurück, und obendrein erklärte Frau Jung, diese Leute als betrunken und wies selbe aus dem Gasthaus mit den Worten: „Schau, daß Ihr hinauskommt!“ Seit einiger Zeit verkehren bei der so liebenswürdigen Frau einige Kurgäste, um dort zu speisen, und da glaubt jedenfalls Frau Jung, diesen Gästen das Fleisch und der Arbeiterschaft nur Sehnen und Knochen verabreichen zu müssen. Bezahlen läßt sie sich es aber von einem wie von dem andern, da gibt's keine Ausnahme. Wir sind aber der Meinung, daß die Arbeiterschaft, welche das ganze Jahr im Orte ist und in diesem Gasthaus verkehrt, ebenso gut, wenn nicht noch besser, zu bedienen wäre, wie Leute, welche nur ein- oder zweimal dort ein- und ausgehen. Ueberhaupt sollte die Arbeiterschaft solche Lokale ganz meiden, wo nur das Geld, aber nicht der Arbeiter gern gesehen wird. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich die Frau Jung für die Zukunft gegenüber der Arbeiterschaft bessere Umgangsformen aneignen wird, wenn nicht, müßten eben die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Anittelfeld. (Wie man Eisenbahner für den Reichsbund fängt.) In letzter Zeit gaben sich der Verkehrsbeamte Appel, der Lokomotivführer Kiebler, und der Magazinarbeiter, Transiteur und angehöriger Magazinsaufseher Schickelgruber alle erdenkliche Mühe, um dem Reichsbund auf die Beine zu helfen. Bei allen erdenklichen Gelegenheiten wurden den Arbeitern und anderen Bediensteten Weitzersklärungen mit dem Ergehen um Ausfüllung zugeleitet. Besonders Herr Appel fügte häufig das Versprechen bei, daß er schon sorgen werde, daß jene, welche Reichsbundmitglieder werden, bei ihren Prüfungen sicher durchkommen. Da mußte nun das Maß voll sein, daß der auf solche Art gewonnene Verschieber Reiter bei seiner Prüfung einen glänzenden „Durchfall“ bekam. Da soll nun so einem zugräftigen Reichsbundwerber wie Herrn Appel das „Menominee“ nicht zum Teufel gehen? Die nationale Beamenschaft setzt nämlich alles daran, alle jene Streber-

feelen, welche auf dem Rücken anderer rascher vorwärtskommen wollen, sowie alle politisch Blinden einzufangen, um sich so eine willige Wählertruppe zu sichern. Die Herren wissen nur zu gut, daß man die Eisenbahner für alle Machtpläne mißbrauchen kann, die einmal Reichsbundler geworden sind. Die vormalige Machtstellung der bekannten „deutschen“ Clique im Lebensmittelmagazin könnte doch nur durch so eine zusammengefangene Giftstruppe wieder zurück erobert werden. Das ist eben des Pudels Kern. Wären diese Feldherren nur wieder oben angelangt, sie würden auf ihre verführten Helfershelfer geradeso herunter spucken wie auf ihre offenen Gegner. Daß es aber angeht die schätzbare Spaltung des Nationalverbandes beim 17 Millionen-Antrag — in dem doch der Härtenausgleich, die zweijährige Vorrückung, die Nachdienstzulagen und eine gute Lohnautomatik finanziell gedeckt wären — noch Leute gibt, die sich fernerhin als millige „Leiterhalter“ für ihre Feindgegnern gebrauchen lassen, fordert eigentlich zur Verachtung heraus. Sollte doch gerade in diesem Wahlkreis jeder verführte Eisenbahner jener Stunde fluchen, in der er sich von jenen stramm deutschfreisinnigen Neunteufel-Guttreibern aus Beamtentreisen zu einem blinden Stimmvieh für seine Feinde gebrauchen ließ. Da nun in Anittelfeld Gemeinderatswahlen in Sicht sind, benötigen die Herren Reichsbundmacher ja auch wieder Stimmvieh, um kommunale „Würden“ zu erlangen. Ob sich diesmal gar viele Eisenbahner von dem landüblichen Klügel abermals mißbrauchen lassen werden, steht noch dahin. Schließt euch alle ihr Gefoppten und Betrogenen unserer Reichen an und es wird besser werden, trotz aller Liebediener und Verführer.

Prerau. Als unser heißgeliebter Vorstand Quicjala mit dem blauen Vogen bedacht wurde, da gab eine Deputation den anderen die Türklinge in die Hand, damit ja ein waschechter Tscheche auf den Stationsvorstandsposten komme der die Leiden des tschechischen Personals fühlt. Die Direktion gab diesem Votellen nach und beglückte uns mit den Herrn Seda aus Mährisch-Odrau, der nicht nur tschechische Gefühle polnischer Art, sondern auch eine Sparwitz mitbrachte, die sich einmal bitter rächen wird. Damit nun die breite Öffentlichkeit sieht, wie es mit dem tschechischen Gefühl bei diesem Herrn aussieht, wollen wir einige Beispiele seiner Gefühlslosigkeit preisgeben. Am Hauptbahnhof waren seit jeher zwei Weichenwächterposten, die aber dem Herrn Seda berart in die Augen stachen, daß er sie einfach aufließ und die Leute auf andere Posten versetzte, was wieder jüngere Bedienstete verdrängte, die man ganz einfach entließ. So kamen sechs Leute ums Brot. Die Brücke ist unbewacht, das Ueberfahren der Geleise ist gestattet, bis jemand überfahren wird. Der Blocksignaldienst der Nordseite hat die Ehre, sich die Augen bei Nebel auszurenken, um zu sehen, ob die Kontakte und Wechsel frei sind. Der Herr Stellvertreter Swizal darf jetzt statt der Wächter die Scheide heruntertragen und die Stelle bezeichnen, wie weit ein Zug fahren darf, und die sechs Mann sind ersetzt. Das tschechisch fühlende Herz des Herrn Seda ist beruhigt solange, bis ein Malheur geschieht. Damit aber ja niemand sagen kann, daß es Herr Seda nur auf die Armiten abgesehen hat, so suchte er auch unter den Verjegestellten Versuchslandmännern und er fand diese in den drei Ueberwachungsbeamten. Er fand nämlich, daß diese drei Herren per Nacht 2 Kr. Nachdienstzulage bekommen, die ihnen, seiner Meinung nach, nicht gebührt, und er brachte es zustande — wie, das bleibt sein Geheimnis — daß die Ueberwachungsbeamten statt 2 Kr. jetzt nur 1 Kr. bekommen, so daß deren Familien monatlich 10 bis 11 Kr. durch das gefühlvolle Vorgehen des Herrn Seda entzogen werden. Damit aber niemand meint, Herr Inspektor Seda habe speziell auf das Stationspersonal sein Auge gerichtet, entließ er auch 60 Mann der Zugbegleiter, obzwar der Verkehr um kein Zota geringer ist als im Winter. Also Leute, die der Meinung sind, eine sichere Erlöszug gefunden zu haben, die ihre früheren, oft bessere Stellung aufgaben und von denen manche a konto der „sicheren“ Erlöszug heirateten, liegen vor lauter tschechischem Gefühl am Pfahler, mit der angenehmen Hoffnung, verständig zu werden, wann sie gebraucht werden, werde man sie verständigigen. Ja, ja, Deutschen, geht zum Seda in den Dienst, der hat ein gefühlsvolles Herz für tschechische Untertanen und erst für die deutschen, nicht zum reden. Damit aber diese Leute ersetzt werden, kam der Herr Seda auf die Idee, die fliegenden Partien aufzulösen und als Reservisten zu verwenden, welches System nicht nur disziplinwidrig, sondern direkt zum Schaden der Anstalt ist. Die Züge können nicht vollbelastet werden, da Reservisten fehlen. Die Erfordernisse können nicht verkehrt, da die fliegenden Partien aufgelöst sind. Die Prerau wird infolgedessen um 12 bis 24 Stunden verspätet. Als Beispiel der Disziplinwidrigkeit diene folgendes: Ein Signalmann von einem Oberkondukteur wird für einen Zugführer, der krank oder in Urlaub ist — wenn er überhaupt auf Urlaub gehen kann — als Zugführer verwendet, die Partie des Oberkondukteurs fährt fliegend und wird wegen Reservistenmangel aufgelöst und der Oberkondukteur wird seinem Signalmann — der als Zugführer fährt — als Reservist zugeteilt. Weigert er sich dagegen, regnet es Strafen, und die Tage ist nicht gering, 5 Kr. und Androhung mit Disziplinaruntersuchung wegen Dienstverweigerung. Wo sind da die Rechte der Bediensteten, welche der § 40, Punkt 2, der Dienstordnung gewährleistet? Am Papier! Die Direktion kümmert sich nicht darum und Herr Seda ist von seinen tschechischen Gefühlen so vollgepflegt, daß er überhaupt von Rechten der Bediensteten nichts wissen will. Darum, ihr Deputierte, der Gemeinde, trachtet, den Mann zum Ministerium zu bringen, was sein Wunsch ist, so wie ihr ihn nach Prerau gebracht habt, sonst könnte es euch passieren, daß bei den heurigen Gemeinderatswahlen ihr die Gefühle des Bahnpersonals zu fühlen bekommt!

Lunenburg. Der „Deutsche Eisenbahner“ bringt in seiner Folge 21 einen Bericht über die Klage ihres Kameraden Gottwald gegen den Genossen Goday, welche Klage auch in der zweiten Instanz mit einem Freispruch des Genossen Goday und Verurteilung des Klägers zur Tragung sämtlicher Kosten endete. Nachdem sich die Kameraden in ihrer Berichtserstattung gar zu frech benehmen und das Sprichwort „Der Mutter auf dem Kopf hat, soll nicht auf die Sonne gehen“ vergessen, wollen wir den Sachverhalt schildern, wobei wir jederzeit für die Wahrheit unserer Schilderung einstehen. Aus der Klage des Kameraden Gottwald gegen den Genossen Goday ist folgendes hervorgegangen: 1. Der Reisende Fischer hat bei der Verhandlung zugegeben, dem Genossen Goday gesagt zu haben, daß er dem Gottwald 1 Kr. gegeben hat und ohne Fahrkarte gefahren ist. Ob er dies im Eherz gesagt oder ob er dem Gottwald die Krone wirklich gegeben hat, daß zu untersuchen ist nicht unsere Sache. Die Beschuldigung ist eine schwerwiegende, und wenn sich Gottwald rein fühlt, dann müßte er den Reisenden Fischer und nicht den Goday klagen. Den Reisenden Fischer zu klagen, schien dem Gottwald zu riskant, folglich hat er den Goday gellagt und ist dabei abgeblüht. 2. Bedenktlich bei der ganzen Sache ist, daß sich Gottwald mit dem Reisenden, welcher ihn so schwer beschuldigt hat, vor der Klageüberreichung ins Einvernehmen gesetzt hat. Man hat gesehen, wie der Reisende Fischer den Gottwald sagt bis zu seiner Wohnung begleitet hat. Er äußerte sich dann: „Dem Gottwald darf nichts geschehen und wenn mein halbes Vermögen daraufgehen sollte.“ Das läßt viel sagen.

Der Reisende Fischer hat bei der Verhandlung behauptet, daß er in Guttensfeld eingestiegen ist, während er dem Goday sagte, daß er von Markersdorf komme. Es kann

erwiesen werden, daß der Reisende in Guttensfeld nicht eingestiegen ist, weil es auch erwiesen werden kann, daß er in Nikolsburg von rückwärts, vom Wagen des Gottwald, gekommen ist. In Guttensfeld konnte er in den Wagen, welchen Gottwald bediente, nicht einsteigen, weil dieser Wagen als letzter auf der offenen Strecke stehen bleibt, folglich mußte er schon früher einsteigen und es ist eine Frechheit, zu behaupten, daß der Reisende bei einem anderen Kondukteur als Gottwald gefahren ist.

Wenn sich die Kameraden gar so viel darauf einbilden, daß die bahntätlichen Erhebungen die Galtlosigkeit der Anzeige ergeben haben, so muß hier gesagt werden, daß die Sache ganz anders ausgefallen wäre, wenn seitens des Bahnammtes die Erhebungen energischer gepflogen worden wären. Man hat nach Nikolsburg berichtet, hat den Reisenden 6 Kr. Strafe zahlen lassen und die Sache war für die Bahn erledigt. Nachdem es erwiesen war, daß der Reisende ohne Karte gefahren ist, so wäre es Pflicht der Bahn gewesen, zu ermitteln, mit welchem Kondukteur der Reisende gefahren ist, um ihn zur Verantwortung zu ziehen; wenn er nicht mit dem Kameraden Gottwald gefahren ist, so müßte eben ein anderer, wenn auch ein Genosse, bestraft werden. Weil wir gerade, verlangen wir eine erste bahntätliche Untersuchung, die wir nicht zu fürchten haben. Der Artikelschreiber wagt von Demagogie auf zu setzen, und da fragen wir, ob es nicht gerade der Kamerad Gottwald war, welcher sämtliche Kondukteure des Zellerndorfer Flügels der Westlichheit beschuldigt, ohne den Mut auszubringen, einen Beweis zu erbringen. Der gute Kamerad hätte mit Freunden zugegriffen, wenn er jemand etwas nachweisen könnte. Ist es nicht eine bodenlose Gemeinheit, die Behauptung aufzustellen, daß unsere Genossen Reisende III. Klasse in der II. Klasse führen? Wir erklären den Schreiber des Artikels als einen ganz gemeinen Verleumder, insoweit er nicht den Beweis für seine schurkische Behauptung erbringt. Den „Reichsbundlern“ wächst der Kamm, sie brüsten sich damit, daß sie bei der Direktion einen großen Einfluß haben, daß ihre Vertrauensmänner in den Bureauis sitzen und verprechen den Bediensteten persönliche Vorteile im Dienste, wenn diese dem „Reichsbund“ beitreten, und sie fühlen es gar nicht unter der „deutschen“ Würde, slowakische Magazinarbeiter für den „Reichsbund“ anzuwerben. O, armes Deutschland, was haben die Kameraden aus dir gemacht! Das Lösungswort „Deutsch sein heißt frei sein“ könnte für Lundenburg passend umgeschrieben werden in: „Deutsch sein heißt frech sein bis zur Verwundbarkeit“.

Schließlich möchten wir noch bemerken, daß der Artikelschreiber von einem Siegesfest schreibt, von welchen einige in schwankender Gangart nach Hause geführt worden sind. Wir haben es nicht notwendig, wegen einer so Kleinlichen Sache ein Siegesfest zu feiern, unsere leidenden Genossen hat noch niemand in schwankender Gangart gesehen, wir waren aber schon Zeugen davon, daß Oberkameraden nach Hause getragen werden mußten.

Meran. (Deutschnationale Eisenbahnerversammlung.) Kürzlich fand hier eine Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes Deutscher Eisenbahner statt, zu welcher vollgezählt 87 Personen erschienen. Nach einer vorgenommenen Sichtung waren davon sieben deutsche Handelsangestellte, dann bemerkten wir acht Jungen von der Deutschen Jungmannschaft und fünf Herren des Deutschen Bürgervereines. Also: 7 + 8 + 5 = 20. Bleiben also samt dem Referenten Ertl und seiner Gemahlin 17 Eisenbahner übrig. Davon waren noch einige von Bozen, so daß nach Abzug dieser genau 12 deutsche Meraner Eisenbahner übrig blieben. Wir wollen ja nicht neidisch sein! Jedoch Mann muß ein Verein haben, um wenigstens den Ausschluß besetzen zu können. Doch nun zur Sache. Nachdem die Versammlung eröffnet war, ergriff der „Sozialpolitiker“ Ertl (wie ihn die „Meraner-Zeitung“ nannte) das Wort, um die Haltung seiner Parteigenossen in der Abstimmung über den Antrag Tomcschik zu rechtfertigen. Hierauf verappte er den Hundertmal wiederlegten Unsinn: „Die Sozialdemokraten lehnen das Budget ab, ergo dessen bekämen die Eisenbahner gar keine Gehälter.“ Dann weiter meinte der Referent, er verfolge genau die Politik, da er infolge seiner Reisen stets in den Eisenbahnkreuzes Zeitungen finde, die er dann eifrig lese. — Ein sonderbarer Sozialpolitiker! Nahezu 10 Uhr war's, als die Versammlung beginnen konnte, und um 11 Uhr begannen bereits die ersten Besucher zu flüchten. Auch unserem Berichterstatter ging der „Sozialpolitische Saft“ in die Glieder; er verließ um 12 Uhr die Tischrunde und weiß daher nicht, ob am Schluß noch so viel Mannen beisammen waren, daß sie aus vollen Kehlen die „Wacht am Rhein“ anstimmen konnten. Erfreulich ist, daß die Haltung der bürgerlichen Parteien an den Eisenbahnen nicht spurlos vorübergegangen ist. Die Abneigung gegen diese Parteien ist deutlich wahrzunehmen; das beweist diese Versammlung. Wenn nun die Herren vom Reichsbund dennoch über diese so häufig verlaufene Versammlung in gewohnter Weise ausschneiden werden, so darf das niemand wundern. Die Strafbrecherei und Aufgeblasenheit ist das Lebenselement des Deutschradikalismus.

Weingierl bei Krems a. d. Donau. (Achtung, Eisenbahner!) Bei uns kriecht ein Greisler namens J. Krenn sein Dasein von den Kreuzen der Rundschaften, die meistens aus Eisenbahnbediensteten und Arbeitern bestehen. Dieser Greisler ist auch von Beruf Steinschleifer, nur hat er, seit er Greisler geworden, sehr wenig in seinem Beruf gearbeitet. Jetzt, nachdem die gesamte Steinarbeiter deshalb ihre Abrechnung und ihr Arbeitsbuch genommen, weil die Firma Müller an sie das Anjinnen gestellt, Streibrucharbeit für eine Firma in Marbach an der kleinen Krems, bei welcher sämtliche Arbeiter in Streik getreten sind, zu leisten, ist dieser Greisler und Steinschleifer J. Krenn seinen Berufskollegen, obwohl er der Steinarbeiterorganisation angehört hat, in den Rücken gefallen und hat bei dieser Firma zu arbeiten angefangen. Nachdem er außerdem sich in einer Weise über Arbeiter und Eisenbahner als Rundschaft geäuert hat, die den gesamten Stand tief beleidigt, da er sich verächtlich über die Organisation ausdrückt und sagt, es sei ihm lieber, wenn kein Eisenbahner bei ihm eintaucht, machen wir die Eisenbahner hiemit darauf aufmerksam. Tut diesem Herrn den Gefallen, ihn mit eurer Rundschaft zu verzeihen, bis er sich gebessert hat und Abbitte leistet.

Saaz. Ein sehr intelligenter Herr ist der Lokomotivführer Franz Suchy der Heizhausposition in Saaz. Es waren vor einigen Tagen einige Heizer und ein Lokomotivführer im Gasthaus „zur Kettenbrücke“ in Saaz, da erschien auf einmal Suchy im halbtrunkenen Zustand und beschimpfte, ohne jeden Anlaß, in Anwesenheit anderer Gäste die Heizer, die er miserable Tagelöhner, Ochsenknechte u. s. w. nannte. Er sagte: „Der Heizer ist bei mir ein Schachfen, an dem sich der Lokomotivführer die Schuhe abwischt“. Dies zeigt eine sehr große Bildung des genannten Herrn. Wenn die Heizer nicht mehr Anstand gehabt hätten, so hätte es ganz leicht passieren können, daß Suchy ein zweitesmal es sich wohl überlegt hätte, mit solchen Redereien die Heizer zu belästigen. Wir machen aber den sehr feinen Herrn aufmerksam, sich in Zukunft wohl zu hüten und derartige Wengereien bei sich zu behalten, denn es passen solche Ausdrücke, wie er gebraucht hatte, viel besser auf seine eigene Person, dem jedwede Bildung ganz und gar fehlt. Wir geben dem Suchy den guten Rat, sich bessere Manieren aneignen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, wer wir nächstens deutlicher kommen

Ruffstein. Einen kaum erschlichen Verlust erleiden die Eisenbahner Ruffstein durch das Scheitern ihres so beliebten und geehrten Bahnarztes, des Herrn Oberbezirksarztes Doktor Lenz. Nicht nur als tüchtigen Arzt, sondern auch als edlen Menschenfreund lernten ihn die Eisenbahner während seiner langjährigen Praxis kennen, der nicht nur bestrebt war, Krankheiten zu heilen, sondern auch Elend und Not lindern zu helfen. Bei diesem Anlaß sei auch seiner werthen Frau Gemahlin gedacht, deren übergroße Mildtätigkeit und Menschenfreundlichkeit bei den Eisenbahnern stets in guter Erinnerung bleiben wird. Daher erachtet es auch die Südbahnbediensteten als besondere Pflicht, diesen so pflichttreuen Arzt bei seinem Abschied besonders zu danken. Eine Deputation aus mehreren Mitgliedern des Zugpersonals und Stationsbediensteten begab sich ins Hotel „Drei Könige“, wo Herr Dr. Lenz logierte, und Gemeindevater Walter drückte in kernigen und warmen Worten ihm im Namen aller Eisenbahner den innigsten und tiefgefühltesten Dank aus.

St. Peter in Krain. (Der Zustand der Personalhäuser der Südbahn.) Angehängt wegen verschiedener, von Seiten der in den Personalhäusern der Südbahn wohnenden Bediensteten vorgebrachten Bitten und Beschwerden betreffs Schäden in den Wohnungen, hat sich die Generaldirektion veranlaßt gesehen, eine Kommission, bestehend aus höheren Direktionsbeamten zu entsenden, welche die diesbezüglichen Bitten und Beschwerden auf ihre Stichhaltigkeit prüfen sollten, um sodann das notwendige veranlassen zu können. Die Kommission, unter Leitung des Herrn Inspektor Fraiher der Baukommission, kam tatsächlich am 11. März l. J. nach Sankt Peter in Krain, besichtigte die Wohnungen, nahm die bezüglichen Bitten und Beschwerden entgegen, fand dieselben auch als berechtigt und ver sprach, den Beschwerden wegen Risse in den Wohnungen, wegen der offenen und gemeinsam benützten Aborte, den Fenstern ohne Jalousien, den feineren, schneckenförmig gebauten Stiegen ohne Griffstübe und ohne Beleuchtung, den Dachbodenabteilen ohne Fenster u. c. teils durch die Bahnerhaltungskommission sofort und die übrigen aber ehebaldigst Rechnung zu tragen. Nun ist jedoch schon ein halbes Jahr seit der Kommissionierung verstrichen, aber von einer Behebung der von den Mietern angeführten Schäden ist noch immer nichts zu merken, nicht einmal die Bahnerhaltungskommission hat es für nötig befunden, bis nun den erhaltenen Auftrag betreffs Anfertigen der Jalousien oder Koutaux an den Schlafzimmern durchzuführen. Wahrscheinlich, weil dieselbe ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Instandhaltung des Tennisplatzes und der Errichtung eines Springbrunnens hinter dem Sektionsgebäude, lenken zu müssen glaubt. Für solche Extravaganzen, welche doch bloß zur Erhöhung beschäftigungsloser Individuen dienen, sind die Mittel der Südbahnverwaltung stets zu haben, den vitalsten Forderungen der Wohnparteien gegenüber aber scheinen sie gleichgültig zu sein. Zu bedauern sind eben die armen Eisenbahnproletarier, welche gezwungen sind, solche, jeder Hygiene höhnisprechende sowie der einfachsten Sicherheitsvorkehrungen entbehrende Wohnungen zu beziehen. Servozubehören wäre noch, daß sich die Südbahnverwaltung mit ihrer Humanitätsduselei nicht schämt, von den Mietern der nassen Wohnungen, denen nicht nur die Möbel total ruiniert werden, sondern auch die Gesundheit gefährdet wird, genau denselben Mietzins einzuhoben, als wie von den Mietern der trockenen Wohnungen. Einer hochloblichen Generaldirektion sei aber hiemit auf das eindringlichste ans Herz gelegt, die Bediensteten mit solchen Foppereien, als die Kommission eine war, nicht die Mühezeit zu kürzen. Oder ist das Abhalten von Kommissionen Selbstzweck?

Magenfurt. (Südbahn, Hauptbahnhof.) Man sollte meinen, daß sich unter den Zugbegleitern nur Leute befinden, welche den vollen Wert der Organisation anerkennen; doch ist dies in Magenfurt nicht der Fall. Hier sind derlei Individuen genug, welche über die Organisation und das Vorgehen der Vertrauensmänner schimpfen, ja sogar über Beschlüsse, welche sie mit ihrer eigenen Unterschrift anerkennen, laszieren und dieselben nicht beachten. Insbesondere warnen wir den Herrn Joh. Maurer, nicht jubelnd über die Organisation loszuziehen, wie er es schon einigemal machte. Genannter ist der erste, der dort dabei ist, wo Vorteile auf anderer Kosten zu holen sind. Zum Dank für alles, fällt er dann seinen eigenen Kollegen in den Rücken, wie bei seinem Beitritt zum Südbahnverband; denkst du daran? Deshalb Herr Maurer nur kaltes Blut bewahren und die Organisation hübsch in Ruhe lassen. Diese hat nicht genug unterschätzbare Errungenschaften zu verzeichnen, was Maurer natürlich hoch und teuer bestreitet. Ausgeschlossen ist es selbstverständlich, daß jeder einzelne seinen eigenen Nutzen aus der Organisation ziehen kann, wie es Herr Maurer beim Südbahnverband erwartete. Gleichzeitig machen wir das gesamte Zugbegleitungspersonal aufmerksam, aus ihrem Winter Schlaf und Gleichgültigkeit aufzuwachen und sich der Organisation anzuschließen, denn nur die kann uns in der kommenden Zeit sichere Erfolge bringen.

Neudel im Erzgebirge. Samstag den 27. Juli wurden von der Verschubpartie vom Zug Nr. 1676 Verschiebungen vorgenommen. Als mehrere Wagen auf das Geleise 7 abgestoßen wurden, kam eine Wagenpartie, welche nicht gebremst sein mochte, entgegenrollt. Der Anprall war so heftig, daß drei Wagen beschädigt wurden. Sieben wurden zwei ineinandergebohrt und ein Aderpaar entgleiste. Auf alle Fälle wird man jetzt die Schuld dem Personal zuschreiben wollen. Wir gelangen aber zu einer ganz anderen Ansicht. Bekanntlich werden im Bedarfsfall im Magazin Leute beschäftigt, welche nur einige Tage am Oberbau gearbeitet haben; wird dann ein Ersatz beim Fahrpersonal notwendig, so kommen diese Leute, welche gar keinen Dienst vom Verschubdienst haben, auch zum fahren. Durch solche Hilfskräfte wird der Dienst derart erschwert, daß solche Vorposten nicht ausgeschlossen sind. Nach unserem Gutachten und auch instruktionsgemäß ist nur ein gut geschultes Stationspersonal zum Verschub zu verwenden. Bei uns in Neudel dürfte es sich ganz so verhalten, wie vor kurzem sich ein Beamter geäußert hat. Im Magazin und zum Fahrdienst dürfen nur deutschgesinnte Arbeiter verwendet werden. Also Rationalität dürfte hier die Hauptrolle spielen. Verkehrssicherheit ist Lebensfrage. Wir hoffen, daß mit solcher blöden Protektionswirtschaft ausgeräumt wird. Weiter würden wir empfehlen, die älteren Arbeiter, welche schon jahrelang am Oberbau beschäftigt sind, zum Stations- und Fahrdienst zu verwenden. Nur dann können solche Katastrophen vermieden werden.

Oberberg. (Die Verschubprämien.) Anfangs Mai laufenden Jahres wurde vom k. l. Eisenbahnministerium verlaßt, daß in einzelnen Stationen verschubweise eine provisorische Verschubprämie auf drei Monate gewährt wird, über die sämtliche in Betracht kommenden Direktionen Aufzeichnungen genauestens zu führen haben, um es nachher einer Direktorenkonferenz vorzulegen, ob selbe obligatorisch einzuführen sind oder nicht. In diesem Sinne wurde auf der Nordbahnstrecke die Station Oberberg und Lundenburg beglückt. Ob die Konferenz schon stattgefunden hat, ist uns nicht bekannt, aber eines möchten wir gleich betonen, wenn sich der deutsche Nationalverband so wader eingelebt hat, damit die Eisenbahner ja nicht einer anständigen Aufbesserung teilhaftig werden, so möge er sich auch dafür mit allen Kräften einsetzen, damit diese Wohlthat der Verschubprämie nicht für das Personal eingeführt wird.

Sekt bitten wir, kaltes Blut zu bewahren, denn wir wollen wahrheitsgetreu mitteilen, wie hohe Prämien für den Monat Mai zur Auszahlung gelangen: Die erste und höchste Prämie war 1 R o n e 4 S e l e r, dann kamen solche zu 76 S., 42 S., 26 S., 25 S., 21 S., 18 S., 16 S., und die kleinste zu, sage und schreibe 3 S e l e r. Damit uns aber nicht in anderen Welt-

teilen die Eisenbahner neidig sind, sei hier gleich bemerkt, daß wir in Oberberg auch schon das kilo Fleisch um 8 S. teurer zahlen müßten, wahrscheinlich Konto dieser Zubefferung. Dasselbe ist bei der Aufbesserung des Quartiergeldes zu sehen, wodurch mit Gehalt die Summe von 1200 Kr. erreicht wurde und wir zur Zahlung der Personaleinkommensteuer gefangen. Alles in allem eine Reform zugunsten des Personals, von welchem aber immer eine strengere und reellere Dienstesabwicklung verlangt wird. Wir haben wieder einen Beweis, daß wir einzig und allein auf unsere Kraft angewiesen sind, wenn wir unsere Lage verbessern oder aber doch das erhalten wollen, was unsere Organisation durch schwere Arbeit erkämpft hat. Vor zwei Jahren fand in Wien eine Reichskonferenz, betreffs Einführung der Verschubzulagen à 24 Kr. statt, an der auch Oberberg durch einen Delegierten vertreten war. Heute sehen wir, daß dann, wenn die Minderheit der sozialdemokratischen Abgeordneten nicht durchdringt, daß das Elend und die Not immer größer wird. Ja, selbst unter den hiesigen Deutschnationalen hört man ja m e r n, daß sie ihre Stimme bei der Wahl so unüberlegt abgegeben haben, denn heute sieht jeder mit offenen Augen und jeder spürt es am eigenen Körper, daß, weil man Dr. Licht gewählt hat, es von Tag zu Tag lichter und lichter im Magen wird.

Nabresina. In Nabresina geht das Gerücht herum, daß Herr Stationschef Dougan eine Prämie von 50 Kr. für denjenigen aussetze, welcher ihm den Einsender des letzten Artikels namhaft macht. Wir glauben die Wahrheit dieses Gerüchtes schon aus diesem Grunde nicht, da der Entgang von 50 Kr. die Finanzen des Herrn Dougan nicht wenig erschüttern würde.

Trient. (Aus der Malerbahnwerkstätte.) Eine Ehrenmann mit Struppen scheint der Magazinsdiener Kraus zu sein, der den ganzen Tag in der Werkstätte herumspaziert und beim geringsten Anlaß die Arbeiter in der Kasse bernadert. Benötigt ein Arbeiter eine Fahrkarte, erhält er keine, oder Kraus trägt sich an, das Ansuchen zu schreiben, wofür er dann beim Ausfolgen der Karte die Hand hinhält. Sollte Kraus seine Schnüffelei nicht lassen, werden wir ihm den Kopf noch mehr waschen.

Znaim. (Vom Fahrdienst.) Es ist eine Lust und Freude, Arbeiter im Fahrdienst zu sein. Seit zirka zwei Jahren wurden Leute als Arbeiter im Fahrdienst massenhaft aufgenommen. Die Leute drängten sich auch hinzu, um bei den heutigen schlechten Zeiten eine sichere Existenz zu haben. Kaum waren einzelne aufgenommen, wurden sie auch schon von unseren wackeren Teutonen, den Reichsbündern, überrollt, dem Reichsbund beigetreten, indem sie angeblich von Seiten der Beamten mehr Protektion hätten, speziell bei dem deutschradikalen Gemeinderat und durch des Abgeordneten Teufels Gnaden ernannten Vorstandsstellvertreter Galuska, und daß dieselben auch hierdurch früher angestellt würden. Aber weit gefehlt. Der Herr Abgeordnete Teufel sorgt nur gut für seinen stammen Agitator Galuska, daß derselbe außertourlich avanciert und daß er alten, verdienstvollen Beamten, die nicht deutschradikal Agitatoren sind, vorkommt; aber um die armen Teufel von Arbeiter kümmert sich niemand, weder der Abgeordnete Teufel oder der Vorstandsstellvertreter Galuska. Bardoni! Herr Galuska sorgt wohl für sie, aber in anderer Form, nämlich, daß sie, wenn sie von einer anstrengenden Tour zurück kommen und einige Stunden frei haben, am Bahnhof erscheinen müssen und zu ihrer Erholung mit Gurkenfäden im Magazin schupfen dürfen, um dann wieder gefrästigt den Fahrdienst anzutreten. Was Wunder, wenn so ein armer Mensch dann auf der Bremse schläft? Diese Kategorie von Arbeitern in Znaim ist gewiß genug ausgesüßt, und dies hätte bis jetzt jeder Vorstand eingesehen, und die Leute zu nichts anderem kommandiert, nur Herr Galuska sieht das nicht ein. Da der Herr Vorstand Douraba im Urlaub war und der Herr Galuska der Gewaltige in der Station war, hatte er sofort die Idee, die armen Teufel noch besser auszunutzen und sie ins Magazin zum Gurkenverladen zu schicken. Er muß doch sein außertourliches Avancement wieder einbringen, und es an dem armen Personal abfinden. Er scheint gar nicht ruhig schlafen zu können, da er fortwährend nachdenkt, um dem Personal einen Pöffen zu spielen. Hierfür ist der beste Beweis, daß das Znaimer Personal seit 1. Mai 1912 fünfmal Turnuswechsel hatte. Das Personal wurde auch des seit mehreren Jahren bestehenden freien Tages im Monat beraubt. Da sich von den Herren Gewaltigen um die Arbeiter im Fahrdienst niemand kümmert, und die Armen der Ärmsten dem Reichsbund fahnenflüchtig werden könnten, muß sich doch jemand um sie kümmern, und somit besorgt dies der Reichsbundobmann Strunz, der sich vor jeder Tour die Füße ins Direktionsgebäude abläuft, um angeblich zu intervenieren. Wahrscheinlich aber bei einem Kanzleidiener, das sieht man zumindest an seinen Erfolgen. So wurde auch den Arbeitern vorgemacht, auf Intervention des Obmannes Strunz würden alle zu Ausschlußkonduktoren ernannt, aber o weh! Da werden die Armen noch lange warten müssen, speziell dann, wenn die Herren Teutonen einen Berrat nach dem andern an den Eisenbahnern begeben, wie bei dem 17 Millionen-Antrag. Diese armen Leute spüren es am eigenen Leib, daß sie am Leim gegangen sind, und daß sie hierdurch nur dem Herrn Galuska, vielleicht auch mit der Zeit Herrn Strunz, helfen, aber sich selbst nie, und es dürfte sich das Sprichwort bewahrheiten: Die größten Käiber wählen ihre Wegher selber. Wenn sich die Znaimer Arbeiter im Fahrdienst nicht bald eines besseren besinnen, und sich Mann für Mann der einheitlichen großen Organisation anschließen, bleibt ihre Ernennung zum Ausschlußkondukteur wohl noch lange aus und Herr Galuska dürfte noch früher Inspektor werden und sie als Inspektor zum Gurkenverladen kommandieren. Mit den großen Wauereisernen des Strunz beschäftigen wir uns das nächstemal gründlicher.

Znaim. (Ein netter Germane.) In der Station Znaim hatte seit Bestand der Nordwestbahn, der bereits pensionierte Wagenmeister Solub den Dienst allein und anstandslos versehen, es waren auch vom Personal keine Beschwerden zu hören. Das Personal hat seine Sachen pünktlich und genau bekommen, daher herrschte unter dem Personal in dieser Hinsicht die vollste Zufriedenheit. Aber die Sache mußte anders kommen. Herr Solub verunglückte und wurde infolge dessen pensioniert. Wie bereits erwähnt, hatte der Genannte den Dienst über 30 Jahre allein gemacht. Herr Solub war pensioniert, und an dessen Stelle kam nach dem bekannten Sparsystem der k. l. Staatsbahnen, an Stelle eines Unterbeamten zwei Personen, und zwar ein Beamter, ein Adjunkt und ein Diener. Seitdem der Herr Adjunkt Brunner, so der Name des neuen Herrn, dieses Bureau über sich hat, bekommt das Personal überhaupt nichts in Ordnung. Ah, pardon, etwas bekommt man doch! Siehe, daß man an die Wand fliegt, und zur Tür hinausgeworfen kann man auch werden. Also kurz zur Sache. In der Station Znaim besteht eine Milchfiliale des Lebensmittelmagazins in Wien, Nordwestbahn. Dieser Herr Brunner dürfte beim Verkehrsdiens zu große Fähigkeiten an den Tag gelegt haben, dafür mußte man ihm einen ruhigen Pöffen verschaffen, damit derselbe sein Gehirn nicht zu stark anstrengen muß. Dieser Klotz in der Gestalt eines Adjunkten, hat die Verrechnung über die verausgabte Milch, und es wird dem Personal jedem Ersten bei der Kasse das Geld hierfür in Abzug gebracht. Es besteht der Afs, daß dem Personal die verordnete Milch, wenn es rechtzeitig angemeldet wird, nachträglich vom Adjunkten Brunner zur Hälfte oder zur Gänge rückvergütet wird, aber dieser seine Herr nicht mit gleichem Maß. Hier ein Beweis: Einem Kollegen ist auch die Milch einigemal zerronnen und derselbe meldete es, und es

wurde ihm angedeutet, er möge nach dem Ersten kommen, es wird ihm rückvergütet. Der Kollege ging auch tatsächlich nach dem Ersten zum Adjunkten Brunner, um seine Rückvergütung. Aber der Mensch denkt und Herr Brunner lenkt. Er kam gerade recht an, Herr Brunner schrie mit ihm wie wahnsinnig, und als sich der Kollege das nicht bieten ließ, und sein Geld verlangte, wollte ihm Brunner aus der Kasse hinauswerfen. Der Kollege ging selbst und ging auch gleich zum Herrn Vorstandsstellvertreter Galuska, um sich zu beschweren. Aber bei Herrn Galuska nützen Beschwerden, wo es sich um einen deutschradikalen Adjunkten handelt, nichts. Der Bedienstete ging mit dem Bemerkten fort, er werde sich sein Recht anderweitig suchen. Um aber der Sache gewiß zu sein, erkundigte sich derselbe unter den Kollegen über den Vorgang mit der Milch und erfuhr, daß die schlechte Milch teils halb und teils ganz vergütet werde. Da er meinte, wenn er Beweise bringe, werde er seine Vergütung doch bekommen, ging er neuerdings zu Herrn Brunner. Dieser war darüber so erzürnt, daß sich ein gewöhnlicher Diener nochmals getraut zu kommen und sich seines Rechtes zu wehren, daß er ihm neuerdings hinauswerfen wollte. Da es der Kollege nicht angehen ließ, bekam er von dem Adjunkten Brunner einen Stoß in die Brust, daß er an die Wand flog. Das sind so rechte Hausknechtmanieren. Wo dieser Herr Brunner seine Bildung genossen hat, wissen wir nicht, vielleicht irgend an einem Meierhof. Oder ist dies die deutschradikale Kultur? Es nimmt uns nur Wunder, daß ein Diener so viel Bildung besitzt und sich zurückhalten konnte, so mancher andere hätte sich vielleicht vergewaltigt und hätte den unzufriedenen Adjunkten eine Ohrspeise versetzt, daß derselbe unter den Tisch gefallert wäre, und daß er dort über den Umgang mit Menschen hätte nachdenken können. So ein Bediensteter hätte dann noch den kürzeren gezogen und wäre wegen Subordination auf das schärfste bestraft worden. Wir sind aber jetzt auch neugierig, ob der vernünftige Diener von dem Adjunkten Brunner es beibringt, wie ein Vorgesetzter mit Untergebenen zu verfahren hat. Sollte dies nicht der Fall sein, dann müßten wir schon zur Selbsthilfe greifen.

Paffau, Bayern. Sonntag den 18. August fand die feierliche Eröffnung des in Paffau, Bayern, für die österreichischen Bediensteten vom Oesterreichischen Bauverein in Paffau gebauten Heimes statt.

Knittelfeld. (Aus der k. l. Werkstätte.) Die Werkstättenleitung in Knittelfeld scheint manchmal selbst über den Rahmen der Korruption, die dort herrscht, noch hinauszugehen. Es leisten sich die Vorgesetzten Dinge, in welchen sie nach Möglichkeit versuchen, einen den andern an Brutalität im Verfahren gegenüber den Bediensteten zu überbieten. Jedermann erinnert sich noch an die am 21. April stattgehabte Generalversammlung des Lebensmittelmagazins und an die Sprengung der Versammlung durch die Feuerwehr unter der Leitung des Hauptmannes Hugo Kosmatsch, Oberkommissar des k. l. Staatsbahnbereiches und Leiters der Abteilung 2 im Direktionsbezirk Villach. Dieses kosakische Auseinandertreiben der Versammlung hat selbstredend die üblichen Nachspiele bei Gericht zur Folge gehabt. Wir haben ja über die Vorkommnisse beim Gericht bereits berichtet und darauf verwiesen, welche Ungehörigkeit und Widersinnigkeit in der Gesetzesauslegung dabei gehandhabt wurde. Wir machten dabei insbesondere aufmerksam, daß doch eine Feuerwehr selbst dann, wenn sie Versammlungsprengerin war, noch immer nicht als Amtsperson zu betrachten ist. Der Kesselschmied Timischl wurde nach § 431 zu 48 Stunden Arrest verurteilt, da er angeblich die Absicht hatte, den in Feuerwehreinrichtung stehenden Wertmeister Schöberl mit dem Regenschirm zu stoßen. Wohlgerneht: Nicht getroffen ist worden, eine Verletzung war nicht merklich, ja nicht einmal eine Verletzung hat stattgefunden, sondern die bloße Absicht „bestanden“ haben! Und dieses merkwürdige Urteil wurde von dem Senat in Leoben bestätigt. Oberkommissar Hugo Kosmatsch wurde ebenfalls nach § 431 zu 24 Stunden Arrest, eventuell zu 10 Kr. Geldstrafe, zum Ersatz von Schmerzensgeld und zur Tragung der Prozesskosten verurteilt. Kosmatsch hat nämlich einen dort dienstlich anwesenden Beamten des Lebensmittelmagazins erheblich verletzt, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Kosmatsch wollte die aufgelaufenen Kosten nicht bezahlen und mußte selbstredend mit aller Energie dazu verbalten werden. Der Herrscher von Knittelfeld schraubt darob vor Mut und küßt seine Kacke an dem Kesselschmied Timischl, dessen unmittelbarer Vorgesetzter er ist, verlangt denselben zu sich in die Kasse und erklärt: „Nachdem Sie 48 Stunden Arrest erhalten haben, sind Sie mit heutigem Tage entlassen. Sie dürfen aber unter gar keinen Umständen mehr die Werkstätte betreten, holen Sie ihre Dokumente morgen und verlassen Sie sofort die Betriebsräume!“ Ein solches Vorgehen ist zumindest ungebührlich. Wir wollen nicht darauf verweisen, daß sich in der Werkstätte Gefinnungsgenossen des Herrn Kosmatsch befinden, die wegen ganz anderer Verbrechen acht Tage im Arrest gewesen sind und welche unter der Protektion dieses Herrn dank der Strafe zu Werkzählern ernannt wurden. Wir erlauben uns nun die Anfrage an die Direktion in Villach, ob sie dieses kosakischen ruhig geschehen läßt oder ob sie Timischl wieder zurücknimmt, beziehungsweise seine willkürlich verfügte Entlassung aufhebt; oder, wenn sie schon für die Bediensteten gleiches Maß gelten läßt, Kosmatsch, der ebenfalls nach § 431 verurteilt wurde, sofort aus dem Betrieb entläßt? Wir machen die Direktion in Villach aufmerksam, daß die Arbeiter ihre Ruhe nicht mehr so wird bewahren, sondern ihrem Unmut in Zukunft freien Lauf lassen wird. Denn wir haben das Empfinden, daß der Fall Timischl nur ein Versuch ist und wenn derselbe gelingt, ein drakonisches Regiment in dem Betrieb eingeführt werden sollte, das für die Arbeiter zur Qual und für die Verwaltungsbehörde zur Schande gereichen müßte. Wir legen nahe, unverzüglich einzugreifen, ehe die Arbeiter selbst gegen solche Unzulänglichkeiten zur Wehr greift.

Ma. (Nochmals die Kasernenverhältnisse des Maschinenpersonals.) Im vergangenen Monat zirkulierte unter dem Personal das Gerücht, daß die erbärmlichen, von der Südbahn für teures Geld gemieteten Lokale aufgelassen werden und die kleine Villa, rechts an der nördlichen Einfahrt in Ma, die bisher von einer Firma Leinlauf gepachtet war, als Kaserne für das Maschinenpersonal hergerichtet werden würde, und zwar mit 1. Juli 1912. Das Personal war froh, von den alten Wanzengurgen befreit zu werden, unterließ daher in Erwartung der Ueberführung jede Kritik dieser Räumlichkeiten. Der 1. Juli ist in Land gezogen und alles bleibt beim Alten. Den ganzen Sommer über sollen wir uns wieder von den Wanzen, Gelsen und anderen angenehmen Tieren martern lassen. Da keine Aenderung in Aussicht steht, so wollen wir der Öffentlichkeit denn doch mitteilen, welche Lokale einem ermüdeten Personal zum Ausruhen zur Verfügung stehen. Die Kasernen für das Maschinenpersonal sind in zwei Häusern untergebracht, die in der Via stazione liegen, vom Heizhaus wenigstens acht Minuten entfernt, was bei kurzen Ruhezeiten entschieden zu weit ist. In Kaserne Nr. 1 befinden sich die Zimmer im Gasthaus „Dante“, 2. Stod. Außer dem ganzjährigen Gasthauslärm, finden den ganzen Sommer hindurch Konzerte, Theater- und Kinovorstellungen statt, welche mit echt südlischer Lebhaftigkeit begleitet und applaudiert werden. Daß bei solchen Anlässen die Nachtruhe nicht sonderlich gefördert wird, ist einleuchtend. Die Küche, dies zur Kaserne gehört, wo man frisches Wasser holen

oder sich waschen könnte, wird von der Aufwärmerin einfach abgeperrt. Als Trinkgefäß in der Kaserne dient eine alte, zerbrochene Konsumflasche. Das einzige gute an dieser Kaserne ist, daß die Zimmer hoch und luftig sind. Kaserne Nr. 2 befindet sich gegenüber dem erwähnten Gasthaus „Dante“ im 1. Stock eines uralten Bauernhauses. Das erste Zimmer mit drei Betten und zwei Fenstern, Luftraum 77-76 Kubikmeter; das zweite Zimmer mit sechs Betten und einem Fenster, Luftraum 87 Kubikmeter; das dritte Zimmer mit fünf Betten und einem Fenster, Luftraum 79-95 Kubikmeter. Jedes Fenster hat nur eine leichte Weite von 1-15 Meter Höhe und 70 Zentimeter Breite. Daß bei so kleinen Fenstern von einer ordentlichen Lüftung keine Rede sein kann, ist einleuchtend. Und wie notwendig brauchen wir Lüftung in diesen Räumen! Denn die Zimmer liegen über einem Viehstall — bitte, einem wirklichen Stall, in dem Kühe, Egel u. s. w. untergebracht sind. Daß sich da Ungeziefer und wirklich intensive Gerüche verbreiten, ist begreiflich, Kommentar überflüssig. Eine weitere Zierde dieser Zimmer sind die Oefen. Man sieht denselben an: sie waren nirgends mehr verwendbar, altes Eisen, für eine Zähler- und Heizkassette aber gut genug! Ein Rohr weit, eines eng. Trotzdem man mit Lehm alles verschämerte, wäre im vorigen Jahr ein Kollege bald im Rauch erstickt. Trotz der angeführten Mängel wäre es noch eher zum Aushalten, wenn die unglückliche Lage der Schlafzimmere durch eine größere Räumlichkeit der Betten und Zimmer wettgemacht würde. Aber da fehlt eben grob. Der Herr Heizhausleiter Maruhnig hört nichts von den Klagen und sieht nichts von dem Dreck in den Kasernen. Er sieht nicht, daß das Personal gezwungen ist, sich in Betten zu legen, welche nur notdürftig aufgebettet sind, für die abends ankommenen Parteien gar nicht. Die Wäsche wird monatlang nicht gewechselt, die Decken jahrelang nicht ausgeklopft, vom Ausheben der Matratzen keine Spur, Bodenreiben ist Luxus. Dies alles in einer südlichen Gegend, wo man in puncto Reinlichkeit etwas mehr Sorgfalt anwenden sollte. Der Abort ist außer dem Haupte, auch keine besondere Annehmlichkeit bei der Nacht; er ist aber wegen des fürchterlichen Gestankes und der Unmenge Fliegen selten benutzbar. Herr Maruhnig, vom Personal wiederholt aufmerksam gemacht auf diese Zustände, stellt sich jedesmal ganz erstaunt und behauptet, das erste Mal von schlechten Betten u. s. w. zu hören. Noch nie habe sich ein Mensch bei ihm beschwert. Treibt man den Herrn in die Enge, dann hat die die ganze Schuld die Isabella — das ist nämlich die Aufwärmerin. Was es mit dieser Isabella für eine Verbindung hat, daß sie trotz der strengen Befehle des Herrn Heizhausleiters keine bessere Ordnung hält, wissen wir nicht. Zum Schluß möchten wir dem Herrn Maruhnig empfehlen, in der Dienstverteilung genau nach dem Status vorzugehen. Bevorzugung Jüngerer aus irgendwelchem Grunde ist zu unterlassen, sonst kommen wir deutlicher!! Von der Maschinen-Inspektion fordern wir, das ewige kleinliche Hin- und Herziehen der Errichtung einer menschenwürdigen Schlafstube für das Maschinenpersonal einmal aufzugeben. Von uns wird der Diensthabellen verlangt, sonst regnet Geldstrafen. Wir verlangen von der Gesellschaft ein reines, von Ungeziefer freies Bett in einer ruhigen Gegend, nicht zu weit vom Heizhaus entfernt. Um jedoch die Reinlichkeit aufrecht zu erhalten zu können, gehört ein Heizhausleiter her, der für Ordnung auch ein Verständnis hat. Bei dem Herrn, der jetzt in Ala diesen Titel trägt, fehlt diese Eigenschaft ganz und gar, wie die angeführten Mängel deutlich zeigen.

Versammlungsberichte.

Wien IX. (Sektion Zugbegleiter.) Die Sektion Zugbegleiter der Ortsgruppe Wien IX hielt am 16. d. M. in Herrn Kriech Weinhalle im IX. Bezirk eine gut besuchte Versammlung ab, zu der auch eine Anzahl von Kollegen erschienen war, die gegnerischen Organisationen angehören. In der Versammlung, die einen äußerst würdigen und sachlichen Verlauf nahm, wurde eine Reihe wichtiger Zugbegleiterfragen beraten. Genosse Jannerhuber berichtete über die letzte Aktion beim Bahnamt, welchen in einem Memorandum elf Fragen lokaler Natur behufs Regelung unterbreitet wurden. Ein Teil der vorgelegten Wünsche wurde vom Bahnamt erfüllt, ein anderer Teil wurde nach Möglichkeit zu erfüllen, versprochen. Hierauf erfolgte die Aufstellung der Kandidaten für die Neuwahlen in die Turnus- und in die Personalkommission. Die vorgeschlagenen Kandidaten fanden einstimmige Annahme. Genosse Schöber erstattete einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit in der Personalkommission und wurde ihm für sein Wirken von der Versammlung die Anerkennung und das Vertrauen ausgesprochen. Genosse Jannerhuber legte ferner mehrere Anträge zur Entschiedenheit der Versammlung vor, unter anderem wegen Systemisierung der Bremser und wurden alle Anträge einstimmig angenommen. Adolf Müller, der in Vertretung der Zentrale erschienen war, beantwortete eine an ihn gestellte Anfrage wegen der Ablehnung der 17 Millionen Kronen durch die bürgerlichen Parteien im Parlament. Seine Ausführungen fanden die Zustimmung aller Anwesenden. Schließlich nahm die Versammlung noch einen Antrag einstimmig an, wonach die Zugbegleiter gegen den neuesten Erlass des Eisenbahnministeriums wegen der Ersatzpflichtigkeit für gebrochene Scheiben energischen Protest erheben und die Zentrale aufgefordert wird, alles Zweckensprechende dagegen zu unternehmen.

Krems an der Donau. Die Ortsgruppe Krems an der Donau hielt am Sonntag den 11. August 1912 in Fürth und Emmersdorf an der Donau Versammlungen ab, bei welchen Genosse Hofbauer aus Wien referierte. Beide Versammlungen waren gut besucht. Die Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Graz, Südbahn. (Lokomotivführerversammlung.) Am 30. Juli fand im Volksheim eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Südbahn- und Staatsbahnlokomotivführer statt, die sich mit den Anträgen für die am 4. und 5. September in Wien tagende Reichskonferenz der Lokomotivführer Österreichs beschäftigte. Als Referent war der Sekretär des Lokomotivführervereines, Genosse Franz Nuzicka aus Wien erschienen, der in seinen Ausführungen die unzulängliche Einschätzung des Lokomotivführerstandes von seiten der Bahnverwaltungen zur Sprache brachte und erklärte, daß es höchst an der Zeit wäre, den gerechten und schon ziemlich alten Forderungen des Lokomotivpersonals endlich Rechnung zu tragen. Das in hohem Grade unangebrachte Lieberprüfungs-system des Hör- und Schwerhörigen wurde besonders brandmarkiert.

Das Thema über „variable Bezüge“ und die damit zusammenhängenden Turnusübertritte, die geschwundenen, für das die Bahnen benutzende Publikum höchst gefährlichen Lieberprüfungen der Dienstnormen, zu welchen ein Teil des Personals von den Antienten höchsten Vorgesetzten verhalten wird, während es nebstbei von den leider noch immer existierenden Kilometerjägern aus Brotneid ausgenutzt wird (Priester des bestehenden Besoldungssystems), löste bei den Versammelten den schon so oft ergangenen Ruf nach Pauschalierung der variablen Bezüge aus. Nachdem Genosse Nuzicka noch eine Reihe von Fragen, die dem Lokomotivpersonal anhaften, ins Treffen geführt hatte, richtete er an die Sachkollegen den Appell nach festem Zusammenschluß aller in die Organisation und eifrigem Besuch der Versammlungen. Landtagsabgeordneter und Obmann der Ortsgruppe I, Genosse Kollegger, von den Versammelten lebhaft begrüßt,

brachte einige frasse Fälle über das gegenwärtig bestehende System der Hör- und Schwerhörigenprüfung vor und meinte, daß es Sache des Personals sein werde, mit diesem System zu brechen, das geeignet ist, die Existenz zu gefährden und wünscht den Lokomotivführern zu allen ihren Forderungen den besten Erfolg. Nach einer lebhaft durchgeführten Diskussion fand die Versammlung der vom festen Solidaritätsgefühl durchdrungenen Lokomotivführer der Südbahn- und Staatsbahn ihren Abschluß.

Görz. Am 6. August fand im Saale des Hotels „zum goldenen Hirschen“ in Görz eine von den Südbahn- und Staatsbahnern zahlreich besuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Verrat der bürgerlichen Abgeordneten an den Eisenbahner. 2. Eventuelles. Als Referenten waren die Genossen Dusek aus Wien und Kopac aus Trieste erschienen. Der Vorsitzende Kremzar erteilte zum Punkt 1 der Tagesordnung dem Genossen Kopac das Wort, welcher in slowenischer Sprache die gegenwärtige Lage der Eisenbahner Österreichs auseinandersetzte, welchen Ausführungen alle Anwesenden mit größter Aufmerksamkeit folgten. Nach 1 1/2 stündiger Rede des Genossen Kopac nahmen alle versammelten Eisenbahner den von seiten der Abgeordneten der bürgerlichen Parteien im Parlament vollbrachten Verrat mit größter Entrüstung zur Kenntnis und verurteilten diesen mit lebhaften Pfäufen auf das schärfste. Hierauf ergriff Genosse Dusek das Wort, um in deutscher Sprache zu referieren. Das Referat des Genossen Dusek wurde von den Anwesenden der Eisenbahner ebenfalls mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und mit Beifall aufgenommen. Hierauf wurde vom Schriftführer Genossen Mozetic in slowenischer und deutscher Sprache eine Resolution vorgelesen, die die Haltung der bürgerlichen Parteien scharf verurteilt und die von den Versammelten einstimmig angenommen wurde. Sodann wurde die Versammlung um 1/2 Uhr nachts vom Vorsitzenden, Genossen Kremzar geschlossen.

Sterzing. (Eine christlichsoziale Eisenbahnerversammlung.) Der Verrat der christlichsozialen Abgeordneten, welchen dieselben durch das Niederstimmen des 17 Millionen-Antrages des Abgeordneten Genossen Tomisch begangen und dadurch die Erfüllung der als berechtigt anerkannten Forderungen der Eisenbahner auf längere Zeit hinaus wieder zunichte gemacht haben, löste selbst unter den Mitgliedern des christlichsozialen Verkehrsvereines einen starken Unwillen aus und wurde seitens der Zentralleitung dieser Organisationen allen christlichsozialen Abgeordneten, welche gegen den Antrag Tomisch gestimmt hatten, das entschiedene Bedauern im schriftlichen Wege ausgesprochen. Nachdem der Vertreter des 16. Wahlkreises, der Reichsratsabgeordnete Pfarrer Meizner, schon als Kandidat versprochen hatte, für die Interessen der Eisenbahner einzutreten und auch als gewählter Abgeordneter in mehreren Versammlungen des Verkehrsvereines sich als Eisenbahnerfreund ausgab, bei der Abstimmung des Antrages Tomisch sich aber auf die Seite der Eisenbahnerfeinde stellte, so wurde der genannte Abgeordnete seitens der Ortsgruppe Sterzing des Verkehrsvereines eingeladen, an einer Versammlung dieses Vereines teilzunehmen und sich betreffs seines Vorgehens zu rechtfertigen.

Diese Versammlung, zu welcher auch mehrere Genossen erschienen waren, fand am Sonntag den 28. Juli in Sterzing statt. Genosse Berger aus Franzensfelde erhielt zuerst das Wort und schilderte die Kämpfe der Eisenbahner, vom Jahre 1905 ausgehend, zu welchen dieselben infolge der anhaltenden Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise gezwungen waren. Durch den Umstand, daß die Südbahnverwaltung mit Zirkular 355/A ex 1907 versprochen hat, alle Verbesserungen in den Bezügen des Staatsbahnpersonals in dem gleichen Ausmaß und mit dem gleichen Tag auch auf der Südbahn einzuführen, sind wir Südbahner an den Erfolgen der Staatsbahner auf das lebhafteste interessiert und verfolgen deren Kämpfe mit größter Aufmerksamkeit. Im Jahre 1911 befaßten sich alle größeren Parteien mit der Lage der Bediensteten und Arbeiter der Staatsbahn und es wurde von den Deutschnationalen und Tschechnationalen ein Antrag von 62 Millionen Kronen, und von den Sozialdemokraten 60 Millionen Kronen von der Regierung zur Aufbesserung der Bezüge der Eisenbahner verlangt. Durch ein Lieberinkommen der Parteien kam es zu dem bekannten 35 Millionen-Antrag, welcher im Abgeordnetenhaus einstimmig angenommen wurde. Die Regierung hatte aber mit der Begründung, daß kein Geld da sei, um einen Betrag von 21 Millionen Kronen zugestanden. Die Eisenbahner konnten mit dieser Regulierung nicht zufrieden sein, und es machte sich eine allseitige Erregung unter denselben bemerkbar. Die Deutschnationalen und Christlichsozialen brachten, um zu zeigen, daß sie den Sozialdemokraten in der Fürsorge um die Eisenbahner voraus sind, am 5. März l. J. geharnischte Interpellationen an den Eisenbahnminister ein, in welchen sie die Aufhebung der restlichen 17 Millionen für die Aufbesserung der Gehalt- und Lohnbezüge der Staatsbahner forderten. Bevor aber die obengenannte Interpellation der Christlichsozialen überreicht wurde, weifte eine Abordnung des Verkehrsvereines im Abgeordnetenhaus und wurde derselben von dem Obmann der Christlichsozialen Vereinigung, dem Abgeordneten Schraffl, die bestimmte Versicherung gegeben, daß die Partei geschlossen für die Forderungen der Eisenbahner stimmen werde. Was den Christlichsozialen aber ein gegebenes Versprechen gilt, kam schon bei der Abstimmung im Budgetausschuß am 17. Juni l. J. zum Ausdruck, welcher Verrat dann bei der denkwürdigen Abstimmung im Plenum des Abgeordnetenhauses am 2. Juli l. J. besiegelt wurde.

Unter den Abgeordneten, welche gegen die Eisenbahner gestimmt hatten, befand sich auch der Herr Pfarrer Meizner, dem es somit mit dem früher gegebenen Versprechen, für die Eisenbahner einzutreten, nicht ernst gewesen sein kann.

Da der restliche Betrag von 17 Millionen auf Grund der im Staatsangestelltenausschuß gemachten Berechnungen ausschließlich nur den niederen Schichten der Eisenbahner, den Unterbeamten, Dienern und Arbeitern, zugute gekommen wäre, so sind durch die Ablehnung des Antrages Tomisch gerade die ärmsten Eisenbahner um die so dringend notwendige Aufbesserung ihrer Bezüge gebracht worden. Wenn der Staat für die Heeresrüstungen und andere unnütze Zwecke Hunderte von Millionen ausgeben kann, welche zum größten Teil aus dem arbeitenden Volk herausgezogen werden, so muß er für seine eigenen Bediensteten auch noch Geld übrig haben. Um die Lebenshaltung der Eisenbahner zu verbessern, ist eine stamme Organisation notwendig, um damit einen Druck auf die Verwaltung ausüben zu können. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf ergriff der Christlichsoziale Abgeordnete Pfarrer Meizner das Wort und betonte die Schwierigkeit, die darin besteht, die Versammlung zu überzeugen, daß er ein Recht hatte, gegen den Antrag des Sozialdemokraten Tomisch zu stimmen. (Den schuldigen Mann geht's Grausen an!) Auf dem drei Viertelstunden langen Weg von Telfes nach Sterzing habe er im Geiste schon eine Rede zu seiner Rechtfertigung gehalten. Die Eisenbahner sollen froh sein, daß der Staat nicht den vollen Betrag von 35 Millionen gegeben habe, weil dann die Höhergestellten (Beamten) mehr bekommen hätten. Man müsse schauen, daß die Niedergestellten mehr bekommen, was auch bestimmt durchgeführt werde. (Herr Meizner muß die Anhänger seiner Partei unter den Eisenbahnern wirklich für sehr dumm halten, daß er sich

getraut, entgegen den allbekannten Tatsachen der Wahrheit so ins Gesicht zu schlagen.) Dann gebrauchte er die faule Ausrede, daß kein Geld da sei. (Für Volkserforderungen ist nie Geld vorhanden, während bei den Regierungserforderungen noch nie nach der Bedeckung gefragt wurde.) Wegen des Standpunktes der Regierung, erklärte Pfarrer Meizner, das Budget nicht zur Sanktion vorzulegen und wegen der Drohung mit dem § 14 hätten die Eisenbahner die 17 Millionen doch nicht früher bekommen, auch wenn dafür gestimmt worden wäre. (Wenn die Regierungslasten die Parlamentsrechte nicht zu wahren verschieben, ist dies allerdings begreiflich. Das also ist die berühmte Politik der „freien Hand“, wenn den Christlichsozialen schon der leiseste Wink der Regierung Befehl ist!) Herr Abgeordneter Meizner führte dann noch den alten demagogischen Trick betreffs der Budgetverweigerung ins Treffen und sagte, daß, solange die Sozialdemokraten das Budget verweigern, die bürgerlichen Parteien immer gegen die Forderungen der Sozialdemokraten stimmen werden. (Das wird der gute Mann trotz seiner schrecklichen Drohung nicht erleben, daß die Sozialdemokraten für ein Budget stimmen werden, solange mit demselben die Steuer-gelder zum größten Teil aus dem armen, ausgeschundenen Volk herausgezogen werden. Das kann eine Partei tun, deren Programm nur in dem Ausruf „Hoch Lueger!“ oder „Heil!“ besteht, nicht aber die Sozialdemokratie mit ihrem großen wirtschaftlichen Programm, welches wir dem Herrn Meizner zum Studium empfehlen.)

Die Genossen Berger und Vertsch stellten die fadenstehenden Meinungsversuche des Herrn Abgeordneten Meizner ins richtige Licht und zeigten auf den Weg, wo die 17 Millionen leicht zu haben gewesen wären, wenn es den bürgerlichen Abgeordneten ernst wäre mit ihren Versprechungen.

Von den beiden Genossen Berger und Vertsch in die Enge getrieben, beteuerte der Herr Abgeordnete nochmals seine Liebe zu den Eisenbahnern und versprach, daß er schon sorgen werde, daß die Eisenbahner die 17 Millionen Kronen erhalten werden. Wenn im Herbst, nach Zusammentritt des Parlaments, von seinen Mitstreitern die Eisenbahnerfrage nicht in Verhandlung gezogen werden soll, so wird er es sein, der im Klub den Antrag stellt, daß die Eisenbahnerfrage im Parlament einen günstigen Abschluß finde. Dieses zweite öffentliche Versprechen des Herrn Reichsratsabgeordneten Meizner müssen wir uns wieder gut merken!

Tesch. (Eisenbahnerversammlung.) Am 5. August 1912 wurde in Teschen eine Eisenbahnerversammlung abgehalten, die der Obmann Genosse Wenglorz leitete. Genosse Waweczka referierte über die Lage der Angestellten der K. u. K. Staatsbahnen, und verglich dieselben mit den Angestellten der K. u. K. Staatsbahnen, wobei er betonte, daß die Angestellten der K. u. K. Staatsbahnen noch weit mit dem Gehalt gegenüber den Angestellten der K. u. K. Staatsbahnen zurückstehen. Weiters berichtete der Referent, daß die Direktion über die von den Angestellten der K. u. K. Staatsbahnen im Februar dieses Jahres überreichten und zugelassenen Forderungen hinwegging und bloß eine Familienzulage bewilligt hat, wobei die kinderlosen Ehepaare, wie auch die ledigen Angestellten gar keine Entschädigung erhalten haben. Redner erörterte, daß die Eisenbahner bei den überreichten Forderungen weiter verbleiben. Zum Schluß seiner Rede appellierte der Redner an die Anwesenden, dieselben sollen unter den nichtorganisierten Eisenbahnern tüchtig agitieren, damit dieselben unserer Organisation beitreten, denn je größer die Macht, desto mehr kann man erringen. Im gleichen Sinne referierte in polnischer Sprache Genosse Chobot. Die Ausführungen beider Referenten wurden von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Es meldete sich ein Genosse zum Wort, welcher ausführte, daß bei der bewilligten Familienzulage die kinderlosen und ledigen Eisenbahner verkürzt seien. Die Zulage sei auch nur für 3 Kinder bewilligt, und zwar nur bis zum 10. Lebensjahr. Wer das Unglück hat, mehr als drei Kinder zu haben, bekommt für die anderen Kinder nichts. Die Zulage ist in die Pension nicht eingerechnet. Redner forderte die nichtorganisierten Bediensteten der K. u. K. Staatsbahnen auf, beizutreten und von den überreichten Forderungen nicht abzulassen. Genosse Kottmann besprach ausführlich den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Ein zweiter Genosse forderte die Oberbauarbeiter auf, dieselben sollen der Organisation beitreten, dann wird die Direktion ihre Wünsche auch mehr berücksichtigen. Zum vierten Punkt: „Stellungnahme zu unserer erhaltenen Familienzulage“ wurde nach längerer Debatte nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die bei der am 5. August 1912 tagende öffentliche Versammlung der anwesenden Eisenbahner der K. u. K. Staatsbahnen sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß die Direktion über die mündlich wie auch schriftlich vorgetragenen Forderungen der Bediensteten hinwegging und anstatt die Lohnfrage im allgemeinen zu regeln, eine Zulage nur einem kleinen Teil bewilligte. Die versammelten Eisenbahner der K. u. K. Staatsbahnen von der österreichischen Strecke nehmen die bewilligte Familienunterstützung zur Kenntnis, bestehen jedoch nach wie vor auf den von ihnen überreichten Forderungen und eruchen die löbliche Direktion in Budapest, die Gehälter der Eisenbahner nicht länger auf die Probe zu stellen, und die Lohnfrage der Bediensteten und Arbeiter endlich einer Regelung zuzuführen, um so mehr als die bewilligte Familienunterstützung einen großen Teil der Bediensteten unberücksichtigt ließ.“

Die teuren Lebensmittelpreise stellen jedoch an jeden einzelnen Bediensteten erhöhte Anforderungen, die nur ausgeglichen werden, wenn eine allgemeine Aufbesserung und Regelung der Bezüge erfolgt.“

Mährisch-Schönberg. (Subiläumversammlung.) Montag den 6. August 1912 abends fand im Saale des Herrn Wolke eine allgemein zugängliche Versammlung der hiesigen Ortsgruppe der Eisenbahner statt, die einen guten Besuch aufwies. Diese Versammlung wurde aus Anlaß des 20jährigen Bestandes der Ortsgruppe veranstaltet und war als Referent Genosse Rudolf Müller aus Wien erschienen. Ihm sowohl als auch Genossen Kottner, der ebenfalls vor 20 Jahren sich mit aller Tatkraft für die Gründung der hiesigen Ortsgruppe einsetzte, wurden herzliche Ovationen gebracht. Eingeleitet wurde die Versammlung von unserem Arbeiter-Gesangverein „Morgenröte“ mit dem Freiheitschor „Das freie Wort“, wofür stürmisch gedankt wurde. Dann ergriff Genosse Müller das Wort und schilderte in großangelegter zweistündiger Rede den Werdegang der Eisenbahnerorganisation, jene der Gruppe Mährisch-Schönbergs im besonderen und die Verfolgungen, welchen jene Männer ausgesetzt waren, die unerschrocken und erhabenen Hauptes für die Sache der Eisenbahner eingetreten sind. Mit einem Appell zur Einigkeit und Solidarität, um das Errungene festzuhalten, schloß Redner unter stürmischem Beifall die Versammlung. Genosse Chaloupek überbrachte die herzlichsten Glückwünsche der Gewerkschaftskommission. Hierauf brachten die Sängerinnen und Sänger noch zwei mit freudiger Zustimmung aufgenommene Chöre zum Vortrag womit die Jubelversammlung ihr Ende erreichte. Mögen die Worte des Genossen Müller Widerhall im Herzen der Eisenbahner finden und zum Ausbau der Ortsgruppe beitragen.

Branowitz. (Eine Versammlung des Reichsbundes.) Sonntag den 11. August hielt die Ortsgruppe Lundenburg des Reichsbundes deutscher Eisenbahner in Kupsitz eine Wanderversammlung ab, die trotz anstrengender Agitation nur von 14 Mann, zumeist Beamte und Unterbeamte, besucht

War, das beweist, welcher Beliebtheit sich der Reichsbund erfreut. Der Referent, Kamerad Lorenz aus Wien, sprach über „Zweck und Nutzen der Agitation“ und hielt eine Brandrede gegen seine eigene Vertretung im Parlament, indem er den Deutschen Nationalverband wegen der Abstimmung über den 17 Millionen-Antrag auf das heftigste angriff und erklärte, daß die deutschen Eisenbahner bei kommenden Wahlen wissen werden, was sie zu tun haben. Sollten sie vielleicht gar auf den Gedanken kommen, sozialdemokratisch zu wählen? Allerdings war der Radikalismus des Herrn Lorenz nur deshalb so groß, weil er wußte, daß unser Obmann, Genosse G. A. G., geladen war, weshalb er während seiner Rede erklärte, demselben das Wasser von der Mühle nehmen zu wollen. Zum Schluß seines Referats forderte er die wenigen Anwesenden auf, der Organisation der deutschen Eisenbahner beizutreten aber es fand sich niemand, welcher an dem verfahrenen Narren mitziehen wollte. Dann kam Genosse G. A. G. zum Wort, welcher die Angriffe widerlegte und den Verrat des Deutschen Nationalverbandes in das richtige Licht stellte. Insbesondere ärgerte es den Herrn, als Genosse G. A. G. an der Hand deutschnationaler Blätter nachwies, daß die deutsche Arbeiterpartei und mit ihr auch die deutschen Eisenbahner nur von der Gnade des Deutschen Nationalverbandes abhängen, was die Polemik zwischen der „Volksmacht“ und der „Mährisch-Ostrauer Zeitung“ beweist. Sodann sprach Herr Rogelböck über Wohnungsfürsorge, wobei er uns den Vorwurf machte, gegen den Bau von Kleinwohnungen zu sein. Dieser Gemeinderat von Brünn scheint zu vergessen, daß die deutschen Sozialdemokraten Brünn bei der Gemeinde billlich wurden, ihnen als Baugemeinschaft einen Baugrund zu überlassen, damit durch Versteigerung von Kleinwohnungen der Wohnungsnot abgeholfen würde. Herr Gemeinderat Rogelböck sollte sich den Dank der deutschen Sozialdemokraten Brünn erwerben, wenn er sich für das Projekt unserer Brünnener Genossen einsetzen würde, ihr bereits dazu gegebenes Wort auch einzulösen, wie es von deutschen Männern zu fordern wäre. Weiters sprach noch Herr v. Pelikan, welcher in ganz ungerechtfertigter Weise die Sozialdemokratie angriff, ohne jedoch in irgendeiner Weise Beweise zu liefern. Da sich die wenigen Anwesenden schließlich entfernten und zu den Bügen eilten, mußte die Versammlung geschlossen werden. Diese Versammlung hat gezeigt, in welchem Lager die Eisenbahner der Strecke Lundenburg-Brünn stehen und daß dieselben nicht mehr länger gesonnen sind, sich mit nationalen Phrasen vollstopfen zu lassen, sondern daß sie wissen, wofin sie gehören: nur einzig und allein in die sozialdemokratische Gewerkschaft, welche jederzeit für alle Bedienstetenkategorien eingetretten ist.

Graz. (Die konstituierende Generalversammlung des Dispositionsfonds der Heizer der Südbahn.) Am Donnerstag den 1. August 1912 tagte in den Juliensälen in Graz die konstituierende Generalversammlung des Dispositionsfonds der Heizer der Südbahn, zu der aus Wien, Wiener-Neustadt, Mürzzuschlag, Bruck a. d. Mur, Leoben, Marburg, Willach, Bozen, Lienz und Graz 12 Delegierte erschienen waren. Die Ortsgruppe Graz war durch Genossen Landtagsabgeordneten Kollegger vertreten. Aus Marburg waren auch mehrere Genossen als Gäste erschienen. Genosse Gerngroß begrüßte im Namen des Propagendakomitees die erschienenen Delegierten und Gäste. Bei der Wahl ins Präsidium wurde Genosse Rudolf Pratsch (Mürzzuschlag) zum Vorsitzenden und Genosse Johann Gogg (Graz) zum Schriftführer gewählt. Die Tagesordnung war folgende: 1. Bericht der Propagenden. 2. Vorlesung der Statuten. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Festsetzung der Beiträge und Unterstützungen. 5. Anfragen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung nahm Genosse Gerngroß das Wort und brachte einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Komitees und über den Mitgliederstand und die eingelangten Beiträge. Als Mitglieder zum Dispositionsfonds sind bis jetzt beigetreten: Wien 29, Wiener-Neustadt 33, Gloggnitz 9, Mürzzuschlag 55, Bruck 23, Leoben 13, Graz 43, Marburg 21, Willach 22, Unterdrauburg 9, Lienz 27, Bozen 12 und Lienz 12, insgesamt 308; davon sind 83 Lokomotivheizer, 98 Hilfsheizer, 14 Oberheizer und 5 Schlosserheizer. Bei 110 Mitgliedern ist derzeit keine Eigenschaft angegeben. An Beiträgen eingelangt sind von Wien Kr. 28-77, Wiener-Neustadt 55 Kr., Gloggnitz Kr. 8-75, Mürzzuschlag Kr. 54-70, Bruck Kr. 21-63, Graz 43 Kr., Marburg Kr. 16-40, Willach und Unterdrauburg Kr. 30-61, Lienz 27 Kr., Bozen Kr. 19-60 und Leoben Kr. 12-73, im Ganzen Kr. 315-19. Sieben wurden ausgegeben: für Anschaffung von Büchern, Schreibmaterial, Druckkosten, Postporto und Delegationen der Betrag von Kr. 109-37 und verbleibt somit ein Kassenstand von Kr. 208-82. Der Bericht wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und konnte zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Vorlesung der Statuten“ übergegangen werden. Genosse Gerngroß verlas die Statuten und besprach einige Paragraphen derselben, worauf sich eine längere Debatte entspann, an der sich die Genossen Rudorfer, Pratsch, Gogg, Kofinka und Landtagsabgeordneter Kollegger beteiligten. Hierauf wurden die Statuten einstimmig angenommen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Wahl des Vorstandes“, empfahl Genosse Gogg im Namen der Heizerversammlung, welche zu diesem Zweck am 22. Juli abgehalten wurde, folgende Genossen in den Vorstand zu entsenden: Johann Gerngroß, Lokomotivheizer, Obmann, August Auff, Hilfsheizer, Stellvertreter; Vinzenz Schunko, Lokomotivheizer, Kassier, Ignaz Schalla, Oberheizer, Stellvertreter; Johann Gogg, Lokomotivheizer, Schriftführer, Franz Kobritsch, Hilfsheizer, Stellvertreter; Gottfried Kloudraih, Lokomotivheizer, und Martin Zikonvič, Hilfsheizer, Ausschüsse; Mag. Wastl, Lokomotivheizer, Alois Löscher, Hilfsheizer, und Johann Zifko, Hilfsheizer, Ersatz. Die Wahl der vorgeschlagenen Kollegen erfolgte auch ohne Debatte einstimmig. Beim vierten Punkt: „Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und Unterstützungen“ wurde eine lebhafte Debatte abgeführt, bei welcher kleinere Meinungsverschiedenheiten auftraten. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Gerngroß, Pratsch, Gogg, Rudorfer, Kofinka, Stern, Kürböck und Kollegger, worauf dann folgender Beschluß einstimmig angenommen wurde: Der Beitrag ist per Quartal mit 1 Kr. festgesetzt. Die Unterstützung ist wie folgt festgesetzt: Für jeden veräumten Tag auswärts 12 Kr., für jeden veräumten Tag im Domizil 6 Kr. Wird ein Mitglied in diversen Vertretungskörpern von der Direktion einberufen und von ihr entlohnt, so wird dem Betroffenen nur bis zu dem obigen Betrag die Unterstützung abgerundet. Beim vierten Punkt: „Anfragen“, konnte leider nicht lange verweilt werden, da die Zeit schon zu vorgeschritten war.

Bei dieser Generalversammlung wurde über so manche Uebelstände der Heizer Klage geführt und man konnte sich ein Bild vor Augen führen, wie stiefmütterlich der Heizerstand seitens der Verwaltung behandelt wird, und welche Arbeit wir noch zu leisten haben. Was an Ausbeutung der Heizer geleistet wird, steht allem ähnlichen die Krone auf. Wenn man die Normen über Dienst und Ruhezeit ansieht, so kann man wohl keinen anderen Ausdruck tun, als daß sie für die Heizer weit über jenes Dienstmaß hinausgehen, welches man von diesen mit Rücksicht auf deren Gesundheit fordern kann, und daß der Vater dieser Normen wohl keine Rücksicht auf den

Dienst der Heizer genommen hat. Wer aber glaubt, daß sich die Verwaltung damit begnügt, die Heizer nach den vorgeschriebenen Normen auszubeuten, der täuscht sich. Ihr genügt nicht der Dienst von 18 Stunden auf der Lokomotive mit einer darauffolgenden geschäftigen Ruhezeit, und daß die Vorbereitungen auf der Lokomotive vor Abfahrt des Zuges, die bis zu drei Stunden Zeit in Anspruch nehmen, von dem Heizer verrichtet werden müssen, sowie daß nach Ankunft des Zuges der Heizer das Feuer in Ordnung zu bringen, den Mechanismus zu reinigen und die Stopfbüchsen zu verpacken hat, was auch jedesmal drei Stunden und darüber in Anspruch nimmt, auch diese Zeit muß sich der Heizer von seiner kurzen Ruhezeit abfargen. Nicht genug, daß diese Arbeit auf Konto der Ruhezeit gemacht werden muß, der Heizer bekommt auch keine Vergütung dafür. Sein Lohn ist sehr häufig Schikanierung und empfindliche Strafe. Am schwersten faßt die Geißel der Ausbeutung auf die Aushilfsheizer nieder, die es nicht selten trifft, daß sie den ganzen Tag im Heizhaus zu den verschiedensten Arbeiten herangezogen werden, um abends, statt der Ruhe zu pflegen, auf die Lokomotive gestellt zu werden. So ein armer Teufel muß oft ohne Essen einen Dienst bis zu 24, ja 36 Stunden versehen und wir könnten genug konkrete Fälle anführen, daß Aushilfsheizer 48 Stunden im Dienst waren. Daß bei solchen Zuständen nicht nur das Personal, sondern auch der Dienst leidet, braucht wohl nicht erwähnt zu werden. In diesem Fall arbeitet der Heizer wie eine Maschine, für sein Tun und Lassen kann er nicht mehr verantwortlich gemacht werden. Daß solche Uebelstände heute noch bestehen, ist bedauerlich und es ist gewiß, daß sich die Heizer derartige Zustände für die Dauer nicht gefallen lassen können. Sie müssen mit allen Mitteln gegen dieses Schicksal ankämpfen, um es zu brechen. Um aber wirksam gegen diese Uebelstände ankämpfen zu können, ist es notwendig, daß die Heizer durch den dauernden Anschluß an die Organisation und durch den Beitritt zum Dispositionsfonds eifrig für ihre Interessen und die Interessen der Gesamtheit eintreten.

Der Vorstand des Dispositionsfonds der Heizer der Südbahn ersucht die Genossen und Kollegen, alle Zuschriften in Angelegenheiten des Dispositionsfonds an Genossen Johann Gerngroß, Graz, Neißelgasse 7, einzufenden. Die Abrechnungen der Beiträge sind an Genossen Vinzenz Schunko Graz, Eggenberggürtel 32, einzufenden.

Meran. (Sozialdemokratische Eisenbahner-Versammlung.) Im trassen Gegensatz zur geschiedenen deutschnationalen Versammlung stand die am 15. d. M. stattgefundene öffentliche sozialdemokratische Eisenbahner-Versammlung im „Englischen Hof“, zu welcher weder Handelsangestellte noch Jungmannschaften als Statistiker herangezogen werden mußten und bei welcher sich trotzdem die Lokalitäten als viel zu klein erwiesen, da circa 120 Eisenbahner erschienen waren. Nach der Eröffnung der Versammlung und der Wahl des Präsidiums, in welcher die Genossen Gogob als Vorsitzender und Erhart als Schriftführer berufen wurden, ergriff der Referent Genosse Duschek aus Wien das Wort, um in großzügiger und interessanter Weise den Verrat der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Deutschen Nationalverbandes, dem auch der hiesige Abgeordnete angehört, in der Frage des 17 Millionen-Antrages komisch zu schildern. Die Versammlung sollte dem Redner wiederholt Weisfall und dokumentierte ihre Übereinstimmung mit dem Referenten durch einstimmige Annahme der vorgeschlagenen Resolution. In seinem Schlusswort forderte der Vorsitzende zur Mitarbeit am Ausbau der Organisation auf.

Landorf. Am 6. d. M. hielt die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Eisenbahner eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher der „Sozialpolitiker“ Ertl aus Wien als Referent erschienen war. Er erschienen waren 65 Personen: Reichsbändler, Werksbändler, Unorganisierte und 23 Genossen, welche es sich nicht nehmen ließen, die Versammlung zu besuchen. Um 9 Uhr betrat Herr Ertl in Begleitung der Reichsbundobmann Westfal mit einem erregten „Beil!“ den Saal. Ein gedämpftes „Beil!“ widerhallte von einigen Tischen. Mit zitternder Stimme begrüßte hierauf der Reichsbundobmann Westfal die Anwesenden, erklärte die Versammlung für eröffnet und bat um Vorschläge für ein Präsidium. Der Vorschlag eines Reichsbändlers wurde, obwohl sich bei der Abstimmung sehr wenig Hände emporkrehten, angenommen. Unsere Genossen wollten dem Reichsbändler die glückliche Stunde des Erscheinens ihres Sekretärs nicht verderben und enthielten sich eines Gegenvorschlags. Herr Ertl erhielt das Wort.

„Liebwerte Kameraden!“ Klang es nun heuchelnd in den Saal. Aber schon bei den ersten Worten wurde Kamerad Ertl von einem ergrauten, pensionierten Eisenbahner unterbrochen. Der alte Kollege vertrat die Verdrehungskunst Ertls nicht. Herr Ertl suchte Schutz bei unseren Genossen und bat, daß sie den Mann beruhigen sollen. Als sich der Alte von seinen Anschauungen nicht abbringen ließ, schrieb Herr Ertl um die Gendarmrie und er hat, dieselbe verständigen zu wollen, worauf er nochmals an unsere Genossen appellierte. Unser Obmann meldete sich hierauf zum Wort und erklärte dem Kameraden Ertl, daß er sich zunächst selbst beruhigen und sich in seinem Referat nicht immer unterbrechen solle, denn Herr Ertl vertrat nicht einmal ein stilles Kopfschütteln und unterbreche durch einen sofortigen Angriff auf den betreffenden Kopfschüttler nicht sein Referat und damit auch die Ruhe. Verdutzt über diese Zurechtweisung, fuhr Ertl dann in seinem Referat fort.

Er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie von Jahr zu Jahr den berechtigten Wünschen der Eisenbahndienstlichen nicht Rechnung trage und ihnen ein im Jahre 1908 offiziell gegebenes Versprechen gebrochen hat. (Also nicht die bürgerlichen Abgeordneten haben Verrat geübt, sondern die Regierung hat ihr offiziell gegebenes Versprechen gebrochen.) Um den Anwesenden nicht zuviel von der gegenwärtigen Erregung zu erzählen, griff er in das Anfangsstadium der Eisenbahnerbewegung. Damit er über den 17-Millionen-Antrag des Genossen Komisch leichter hinwegkam, bediente sich Ertl des von der „Reichspost“ erfindenen Schwindels vom Nichtausbezahlenkönnen der Bediensteten, bei Ablehnung des Budgets, und daß die Eisenbahner nicht nur die 17 Millionen durch die Sozialdemokraten nicht bekommen hätten, sondern daß auch die Bediensteten nach dem Vorgehen der letzteren nicht einmal ihren Gehalt mehr hätten bekommen können. Er bezeichnete dann den Antrag des Genossen Komisch als einen demagogischen, weil er zu spät eingebracht worden sei und deshalb auch nicht mehr angenommen werden konnte. Aber auch die übrigen Parteien hätten seiner Ansicht nach einen Fehler begangen, weil sie verjümt hätten, die Stellung eines solchen Antrages rechtzeitig einzubringen. Um aber seine Kameraden nicht doch noch durch ungehörige Verdrehungen zum Nachdenken zu verleiten (denn Herr Ertl widersprach sich nämlich des öfteren) kam er zum Schluß seiner Ausführungen, bei welchen er seine Kameraden aufforderte, fest zum Reichsbund zu halten, denn nächstes Jahr werden sie alles daransetzen und er kann seine Kameraden sogar versichern, daß sie dann die restlichen 17 Millionen doch noch zum Durchbruch bringen werden. Herr Ertl hat sich in der Denkschwärze seiner Kameraden auch nicht getäuscht, denn es wurde ihm für das inhaltlose Gewäsch von einzelnen Weisfall gezollt.

Unser Obmann Genosse Kleck meldete sich hierauf zum Wort und widerlegte die demagogischen Ausführungen Ertls. Er legte den Anwesenden die greifbaren Widersprüche auseinander und zersetzte somit Herrn Ertls Räsonnement. Er betraute Herrn Ertl, wo dessen Aufmerksamkeit zur angeblich richtigen Zeit war, warum er als bezahlter Sekretär nicht seine Kameraden zur rechten Zeit erinnert habe, daß sie den Antrag rechtzeitig einbringen sollten, jetzt andere der Demagogie zu beschuldigen und sich im richtigen Augenblick um die Sache gar nicht zu

kümmern, sei nicht ehrenhaft, da es sei Demagogie und könne nur von Dummköpfen ungestraft hingenommen werden. Genosse Kleck führte weiters den Segner der Sozialdemokratie vor Augen, welche Gefahren den Eisenbahnern noch weiter drohen, wenn sie so gleichgültig und gedankenlos den bürgerlichen Parteien nachlaufen und sich als Stimmvieh gebrauchen lassen. Er führte ihnen ihre eigene Schuld vor Augen und den Verrat, welchen sie selbst an ihren eigenen Interessen begehen und eiferte sie zum Nachdenken über ihre ganze Zurechtbringung an.

Während der Rede des Genossen Kleck war es im Saale so stille geworden, daß man eine Maus hätte laufen hören können. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden jedes Wort, denn vortrefflich wußte unser Obmann das Stroh in den Reichsbundlöcher brennend zu machen, sodas selbst Herr Ertl die zustimmende Haltung seiner Kameraden auffallen mußte.

Herr Ertl war ganz pass, wick in seinen weiteren Ausführungen den Worten des Genossen Kleck ganz aus. Er schweifte in Amerika und Australien herum, um sich mit den dortigen Demokraten zu beschäftigen, wobei er durch Zwischenrufe entsprechend an die vorliegende Sache erinnert wurde. Er ging dann zum 2. Punkt der Tagesordnung über und versprach seinen Kameraden die Herbeiführung einer Aenderung in der jetzigen Fahrbeschränkung, durch welche sie am Schlusse eines jeden Jahres ein Entgelt bekommen sollten, um sich die Fahrten selbst bezahlen zu können, wobei er sich rühmte, daß das eine Eroberung des Reichsbundes sein werde. Es ist dies natürlich nichts anderes als neue Versprechungen und eine Wichtigtuererei, mit welcher Herr Ertl seine Kameraden über den jetzigen Verrat leichter hinwegtäuschen zu können glaubt.

Eine schamlose Tat leistete sich während der zweiten Ausführung des Kameraden Ertl der Vorsitzende, Reichsbundobmann Westfal, der den erwähnten, ergrauten Eisenbahner-veteranen, welcher seinen Gefühlen keinen Zwang aufzuerlegen vermochte und sich noch einige Zwischenrufe erlaubte, eigenhändig aus dem Saal führte. Der alte Kollege leistete keinen Widerstand, er hatte von Herrn Ertl schon genug gehört. Vielleicht legen sich die Reichsbändler das nun als einen Erfolg ihrer Versammlung aus.

Aus den Organisationen.

Das große Eisenbahnerfest in Nordböhmen anlässlich des 20jährigen Bestandes unserer Organisation.

Das von den Ortsgruppen Auffig, Schredenstein, Lettschen und Bodenbach anlässlich des 20jährigen Bestandes der Organisation am 4. August l. J. veranstaltete Eisenbahnerfest verlief in der denkbar schönsten Weise. In eigener Regie geführt, erforderte das Gelingen desselben die Durchführung mannigfacher Vorarbeiten, die von Auffig und Schredenstein Genossen in dienstfreien Stunden geleistet werden mußten.

Unter Leitung der beiden Obmänner, Genossen Paul und Josef Schiller, wurde bereits geraume Zeit vorher mit großer Umsicht dafür gesorgt, den Kollegen aus dem Lettschen-Bodenbacher Gebiet sowie allen übrigen Festteilnehmern den Aufenthalt am Festplatz, der idyllisch gelegenen Farmwiese in Wolfshillinge, so angenehm als möglich zu machen. Noch waren die Vertrauensmänner mit der Regelung und Anordnung verschiedener Details beschäftigt, als schon die ersten Gäste erschienen. Unter ihnen Genosse Schwab aus Wien, der Obmann der Eisenbahnerorganisation, welcher die Grüße der Zentrale überbrachte. Vertreten waren auch die Ortsgruppen: Trautena, Auperschin, Zizlob und die Sekretariate Prag und Bodenbach. Genosse Schrammel hatte ein Begrüßungstelegramm, das Brünner Sekretariat ein Begrüßungsschreiben gesendet.

Es dauerte nicht lange und der Festplatz begann sich zu füllen, noch ehe der eigentliche Festzug mit den Teilnehmern von Lettschen-Bodenbach eintraf. Derselbe nahm beim „Volkskeller“ in der Pokauerstraße Aufstellung und bewegte sich unter Vorantritt einer Musikkapelle über Krammel und marschierte um 3 Uhr auf den Festplatz ein. Vom herrlichsten Wetter begünstigt, begann nun ein reges Leben und Treiben, das bis in die nur allzu früh hereinbrechende Dunkelheit währte. Begrüßungen alter Bekanntschaften gab's in Menge und helle Freude malte sich auf allen Gesichtern über das Gelingen des Jubelfestes. Genosse Paul als Finanzminister hatte den ganzen Tag über bis spät in die Nacht alle Hände voll zu tun. Die ihm beigegebenen Geschäften Grünzner und Lischka unterstützten ihn nach Kräften in der Ausübung seines Amtes. Genosse Josef Schiller sorgte dafür, daß der technische Apparat überall rechtzeitig funktionierte und keine Mängel erlitt. Die Genossinnen und Genossen, welche den Marken- und Warenverkauf, als auch jene, die die Leitung der Kinder-spiele übernommen hatten, leisteten ihr Bestes, so daß überall alles tadellos klappte. Die Kapelle Kofschka verschaffte in ihren Darbietungen den Festteilnehmern einen wahren Kunstgenuss. Hier sei auch der künstlerischen Leistung des Genossen Amleer mit gedacht, dessen Unglück, das ihm im Betrieb zustieß und beide Arme kostete, kein bleibendes Hindernis war, seinen Kunstsinne weiterzubetätigen. Er er fand eine Posaune, die er mit den Fingern bediente. Die Solos, die er auf unserem Feste damit zum Vortrag brachte, zogen sämtliche Teilnehmer in Bann und werden in dauernder Erinnerung bleiben. Derartige künstlerische Leistungen eines im Dienste des Kapitalismus seiner Glieder beraubten Menschen können nur unter Klassen-genossen wahre Wertung erfahren. Unser Klassenstolz gebietet uns, Genossen Amleer zu seinem Können an dieser Stelle zu gratulieren. Auch die von einigen Genossen der Auffiger Ortsgruppe zusammengestellte Hauskapelle, welche in der Pokauer Bierstube zur sauren Gurke konzertierte, verdient Lob und Anerkennung. Es war wohl das schönste Fleckchen des Festplatzes, das den augenehmsten Aufenthalt bot. Alles in allem, das Gedenkfest nahm einen würdevollen Verlauf und werden die wenigen Stunden Beisammenseins von Tausenden Gleichgesinnten gewiß die nachhaltige Wirkung haben, solche Feste größeren Stils den kleinen lokalen Veranstaltungen vorzuziehen.

Allen Genossinnen und Genossen, die ihre Arbeitskraft für die verschiedenen Funktionen bereitstellten, besonders jenen aus anderen Berufen, die die Eisenbahner unterstützten, sei hiemit im Namen der veranstaltenden Ortsgruppen der Dank ausgesprochen.

Mauthausen. Die Zahlstelle Mauthausen gibt ihren Mitgliedern bekannt, daß sich in ihrer Bibliothek sehr viele neue Bücher befinden, welche mit Rücksicht auf ihren lehrreichen Inhalt fleißig gelesen werden sollten. Dem Genossen Ferdinand Kuttelwascher wird für die Spende von vielen schönen Romanen der herzlichste Dank ausgesprochen.

Wels. Am Samstag den 10. August fand im Gasthof „zum Bayerischen Hof“ die Generalversammlung der Ortsgruppe Wels statt. In den neuen Ausschuss wurden folgende Genossen gewählt: Leopold Polndorfer, Obmann, Friedwagner, Stellvertreter; Lehner Kassier; weiters die Genossen Konrad, Kozel, Brandlmayr, Wildbayer, Sageder, Oberndorfer, Eder, Sturm und Kaiser. Sämtliche Genossen wurden einstimmig gewählt. Der Tätigkeitsbericht des Obmannes sowie der Kassenbericht wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der Bibliothekar bewachte, daß die Bibliothek nicht besser benützt wird. Genosse Kaiser berichtete über die Kontrolle und beantragte

für den scheidenden Ausschuss das Absolutorium. Wurde durch Erheben von den Eigen ausgedrückt. Genosse Jakobetz aus Linz hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Thema: „Die ausständigen 17 Millionen und die bürgerlichen Parteien“ und besprach die geplante Verschlechterung des Konfessionsrechts. Genosse Vogel sprach im selben Sinne, ebenso auch Genosse Ladek. Letzterer brachte auch die kürzlich durchgeführte Wahl in den Arbeiterausschuss zur Sprache. Schluß der Versammlung um 11 Uhr 40 Minuten abends. Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind zu richten an Leopold Polndorfer, Grünbachplatz 10; in Geldangelegenheiten an Franz Lehner, Kaiser Josephsplatz 49.

Budweis. Die Mitglieder des Sterbefonds werden aufmerksam gemacht, daß Mitglied Nr. 235, Thomas Kulhan, am 3. August gestorben ist. Es sind daher 20 Sch. zum Sterbefonds zu erlegen.

Sportiv. Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Monatsversammlungen ab 1. September 1912 immer am ersten Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats stattfinden. Fällt der 1. an einem Sonntag, so wird die Versammlung an demselben Sonntag abgehalten. Mit dieser Aenderung wird den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen. Ferner wird laut Ausschussbeschluss den Mitgliedern bekanntgegeben, daß die Fachzeitung „Der Eisenbahner“ wegen Ueberfiedlung des Kolporteurs vom 1. September l. J. per Schleife an jedes Mitglied gesendet wird. Es werden daher die säumigen Mitglieder ersucht, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen, widrigenfalls sie ihre Ansprüche verlieren.

Satz. Das Vereinslokal befindet sich im Gasthaus „zur goldenen Krone“, Mlynarschen.

Verschiedenes.

Ein harmloses Käsef.

In Fürchtegott Saarbeutels langem Philisterton.

Wie heißt der Mann, den alle lieben,
Die guten Deutschen doch zumeist,
Und der doch nie etwas betriebe,
Was irgend groß und tüchtig heißt?

Mir, ich gesteh's, ist er zuwider,
Denn überall drängt er sich ein,
Läßt in den Sorgenstuhl sich nieder,
In jedem Haushalt muß er sein.

Die Kanzel hat er auch betreten,
Er exerziert, sitzt zu Gericht,
Er liest an Unversitäten
Und hat im Staatsrat viel Gewicht.

Schlafmütze nennt sich seine Krone,
Und fragt ihr, was er sinnt und tut?
Er blinzelt und lächelt nur zum Lohne,
Wenn jeder stets wie alle tut.

Wenn einer macht mit hundert Schritten,
Was man mit einem Sprunge kann,
Das sind ihm alte, gute Sitten,
Das sieht er sich behaglich an.

Doch willst du Großes, Eignes schaffen,
Da wird der Stumme plötzlich laut,
Er wird dich schmähen und dich beklaffen,
Bis allen Menschen vor dir graut.

Und willst du fassen ihn beim Kragen —
Gleich über dich fällt alles her,
Du wirst gescholten und geschlagen,
Denn alle lieben ihn zu sehr.

Ein Kerl so lappig und so schwächig,
So gänzlich ohne Biß und Rauf,
Und dennoch herrscht er fast allmächtig:
Wer ihn besiegt, ist Löwenrauf.

O läß er lieber doch zerschlagen,
Zerquetscht auf einer Eisenbahn!
„Wie heißt er denn?“ Ich will's euch sagen:
Es ist — Der alte Schlenkerian.

Fr. Sallet.

Der Redakteur. Als der liebe Gott die Menschen schuf und diese sich nach dem Sündenfall vermehrten, da mußte er daran denken, an sie die Verufe auszuteilen. Er setzte Schuster, Schneider, Hausbesitzer, Ratenaagenten, Millionäre u. s. w. ein, und als er sein fertiges Werk betrachtete, nicht er befriedigt mit dem Kopfe und sagte: Es ist gut. Da sah er in einer Ecke des Weltalls einen Menschen stehen, der sich bescheiden im Hintergrund hielt und für den kein Verufe mehr übrig geblieben war. Der liebe Gott zog nachdenklich seine Stirn in krause Falten, rief den Menschen herbei und sagte: Ich habe schon alle Verufe vergeben, was soll ich aus dir machen? Dann nahm er ihm vor allem die Bescheidenheit und ersetzte sie durch das Bedürfnis, seine Nase steck in alle Dinge hineinzuwühlen. Sodann stattete er diesen Menschen mit Schere, Phantasie und Kleptomane, gab ihm die Sehnsucht nach Sensationen, verjah ihm mit einer dicken Haut und einem ausdauernden Siggfleisch, und als dies alles geschehen war, nannte er als neuen Verufe dieses Menschen: Sei Redakteur! Aber der liebe Gott hatte durch die verschwendliche Ausstattung dieses Wesens mit Eigenschaften einen schweren Mißgriff getan, denn der Redakteur wurde übermütig. Da beschloß der liebe Gott, ihm zwei Geißeln auf den Hals zu laden, die ihm sein Dasein verbittern und ihn mitunter rasend machen sollten: den Staatsanwalt und den sich jede Kürzung seines Artikels verbittenden Einsender. Damit ward der Redakteur schwer gequält. Seine Feder (lies auch: Schere, Phantasie und Kleptomane) stumpfte sich ab, sein Ideenstrom wurde gewaltsam im Laufe gehemmt. Die dicke Haut wurde von den Einsendern bis zur Grenze ihrer Widerstandskraft gereizt, das Siggfleisch kam in Unruhe und der Redakteur lernte das Fluchen und begann, an Gott und seine Barmherzigkeit zu zweifeln. Jetzt erkannte zwar auch der liebe Gott, daß er einen verheißenen Verufe geschaffen hatte, aber es war nicht mehr viel zu machen. Den Staatsanwalt mußte er unter allen Umständen als eine gottgewollte Einrichtung bestehen lassen, aber zur Erleichterung ihres Schicksals schuf er für die Redakteure den Papierkorb. Das ist die wahrheitsgetreue Entscheidungsursache der Redakteure, Staatsanwälte, Einsender und — Papierkörbe.

Ausgaben der Tagebeie. Der Schneiderlünstler Poiret hat vor einigen Tagen ein Hochzeitskleid einer französischen Gräfin ausgestellt, das die Kleinigkeit von 75.000 Fracs. gekostet hatte. Im Anschluß daran wird mitgeteilt, daß dieses Kleid bei weitem nicht die kostspielige Toilette darstellt, die jemals für eine Dame gemacht worden ist, trotzdem man auch für den Preis dieser Robe schon ein sehr schönes Landgut mit einem prächtigen Park erwerben könnte. In erster Linie sind

es die Schauspielerinnen und Tänzerinnen, die das größte Kontingent stellen. Für eine der luxuriösesten Schauspielerinnen gilt die Engländerin Frau Langtry, deren Toiletten, die sie in ihrem Glanzkleid „Das Halsband der Königin“ trug, den Wert von 100.000 Mk. betragen. Die Nacht, auf der sie ihre Reisen im Sommer unternimmt, ihr Kennstall, haben einen Wert von Millionen. Eine Schauspielerin, von der man in Paris sehr viel spricht, Mademoiselle Delphia, hat auf ihrem Kleid einen Opalschmuck, dessen Wert die beschriebene Höhe von 1½ Millionen Mark beträgt. Aber es sind nicht nur die Schauspielerinnen, die einen solchen Luxus treiben, es sind auch die Frauen bekannter amerikanischer Großkaufleute, die sich eingebildete Werte anhängen, von deren Kaufziffern der einfache Mensch sich kaum eine Vorstellung machen kann. Die Frau des amerikanischen Silberkönigs, Frau Radie, begabte für ihr letztes Frühjahrskleid, das sie auf einer Gartenpartie trug, die Kleinigkeit von 300.000 Mk., und die Spitzen, die sie auf einen Abendmantel nähen ließ, kaufte sie für 123.000 Mk. Das teuerste Kleid aber, das die Welt überhaupt kennt, war das, welches die bismarckische Prinzessin Maigana zu ihrer Ausstattung von ihrem Vater, dem Herzog von Mantua, bekam. Es besteht aus lauter Rubinen und hat den Wert von nahezu 8 Millionen Mark. Diesem wahnsinnigen Luxus auf der einen Seite stehen Not und Massenelend auf der anderen Seite gegenüber. Und das heißen die Frommen „göttliche Weltordnung“!

Literatur.

Hochverrat! In die Anfänge unserer Arbeiterbewegung führt uns eine ganz hervorragende Veröffentlichung zurück, der Wiener Hochverratsprozeß, der Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Andreas Scheu, Heinrich Oberwinder, Johann Kost und Genossen, welchen Heinrich Scheu neu herausgegeben hat, der einst mit seinen beiden Brüdern in der ersten Linie unserer Arbeiterbewegung gestanden war. Schon die Veröffentlichung dieses hochbedeutenden Prozeßberichtes wäre ein großes Verdienst um unsere Arbeiterbewegung, es wird bedeutsam gesteigert durch wertvolle Beigaben, die uns die Bedeutung dieses Prozesses, seine Stellung in unserer Arbeiterbewegung auf das Deutlichste zeigen und die uns zurückführen in die Anfänge unserer Bewegung, Personen und Ereignisse uns näher bringen und uns verständlich machen. Mehr wie vier Jahrzehnte sind verflossen, seitdem dieser Prozeß geführt wurde, wenige leben noch, die die Erinnerung an jene Zeiten haben: unsere Bewegung ist eben weit über ein Menschenalter geblieben und deshalb ist die Erinnerung an die Anfänge des Sozialismus in Oesterreich, an die ersten Kämpfe, die er zu führen hatte, an die Strömungen, die ihn zu beeinflussen suchten, fast vollständig erloschen. Die österreichische Arbeiterbewegung unterscheidet sich von der reichsdeutschen durch den wichtigen Umstand, daß sie nicht eine fortlaufende ununterbrochene Entwicklung darstellt, daß in Deutschland das Sozialistengesetz den Zusammenhang zwischen der Bewegung vor und nach dem Ausnahmezustand nicht unterbrochen hat, während in Oesterreich die Zeit des Ausnahmezustandes zur tiefgehenden Trennung der ihm vorangegangenen und der ihm folgenden Bewegung führte. Die Bewegung vor dem Ausnahmezustand hatte infolge der zahlreichen Spaltungen eine ganze Reihe von Abschnitten. Zahlreiche Personen, die in der ersten Zeit der Bewegung gewirkt haben, sind ihr später entfremdet worden, und neue Männer, deren Geschichte nicht bis in die Anfänge der Arbeiterbewegung zurückgeht, sind an ihre Stelle getreten. Das sind die Gründe, warum in der deutschen Arbeiterbewegung die Geschichte der eigenen Bewegung in weit höherem Maße bekannt ist wie das bei uns der Fall ist. Gerade deshalb müssen wir es freudig und dankbar begrüßen, daß eines der wichtigsten Quellenwerke für die Geschichte unserer Partei den Genossen wieder zugänglich gemacht wird. Im Antiquariatsbuchhandel hatte der Hochverratsprozeß den Charakter einer hochbezahlten Rarität erhalten, unerschwinglich waren die Preise, die für die wenigen in den Handel gekommenen Exemplare gefordert wurden. Zahlreiche Arbeiterbibliotheken und Arbeiter, die sich dieses für die Geschichte der Partei so wichtige Werk anschaffen wollten, mußten darauf verzichten, weil nur außerordentlich selten ein Exemplar zu erwerben war und dann der Preis gar zu stark mit seinem Umfang im Widerspruch stand. Nun ist dieses Werk, das so viele besitzen wollten, daß aber den meisten nur dem Namen nach bekannt war, wieder in einer neuen und wie wir gleich bemerken können, ausgezeichneten Ausgabe erschienen. Es ist ein Werk von fast 900 Seiten, das reichliche Belehrung in der Partei verbreiten wird.

Das elegant ausgestattete Werk umfaßt 870 Seiten und kostet 8 Kr. = 7 Mk. Es kann auch in zwei Raten à 4 Kr. = 3 Mk. 80 von der Parteibuchhandlung in Wien, VI, Gumpendorferstraße 18, bezogen werden. Bei Einlieferung der ersten Rate erfolgt schon die Zusendung des Buches. Um auch gänzlich Unbemittelten die Anschaffung des Wiener Hochverratsprozesses zu ermöglichen, veranstaltete die Wiener Volksbuchhandlung eine Ausgabe von 27 Lieferungen zum Preise von je 24 Sch. = 20 Pf. Bestellungen nehmen alle „Glücklicher“-Kolporteurs und Parteibuchhandlungen entgegen.

Im Zeichen Rousseaus, dessen 200. Geburtstag auch in Deutschland besonders rege begangen wurde, sieht das Augustheft des „Strom“, der neuen von E. Bernerhofer, Stefan Großmann und Arthur Rindt geleiteten Monatschrift, die im Verlag Oesterheld u. Komp., Berlin W. 15 und Wien V. erscheint. Zur Einleitung werden ein paar charakteristische Auszüge aus Rousseaus Werken, zum Beispiel seine Ansichten über Natur und Kultur, Freiheit und Gleichheit, über die Revolution, den Eigenwert der Jugend u. c., und aus den Briefen, zum Beispiel an die Frau v. Epinay, an Friedrich den Großen u. s. w., veröffentlicht. Willi Dünwald ist im Anschluß hieran mit einem interessanten Aufsatz über Rousseau vertreten. Die regelmäßige Bildbeilage bringt diesmal ein Porträt von Rousseau. Das literarische Schaffen der Moderne dagegen wird durch zwei hübsche Skizzen Peter Altenbergs und durch eine Novelle von Norbert Jaques: „Der Sprung von der Kommandobrücke“, vertreten. Der Düsselbacher Schriftsteller H. S. Schmitz veröffentlicht eine lustige Satire „Von meiner Lunge“ und Franz Werfel eine Anzahl Gedichte, die ein sympathisches Talent verraten. „Der Strom“ kostet jährlich nur 3 Mk. (Nr. 3-50), so daß ein Abonnement im Verhältnis zur Beliebtheit des Gebotenen sehr zu empfehlen ist, zumal der Abonnementpreis niedriger sich nicht denken läßt. Auf Wunsch versendet der Verlag Probenummern gratis.

Von der „Neuen Zeit“ ist seihen das 46. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Verstaatlichung und Sozialdemokratie. Von Gustav Hoch. — Die neue Taktik. Von Karl Kautsky. (Schluß). — Die neue Armee. Von Ernst Däumig. (Schluß). — Roosevelt's neuer Nationalismus und die radikale Bewegung in den Vereinigten Staaten. Von R. B. Wobdin (Newport). — Literarische Rundschau: Paul Louis, Le Syndicalisme contre l'Etat. Von G. Estlin.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3-25 per Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur per Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern seien jederzeit zur Verfügung.

Eingefendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

(Wahrheit.) „Nichts im Leben schmeckt feiner, als ein Schälchen mit echtem „Kathreiner“, so klang es jüngst in einem Lied aus, und der Beifall, den das Lied dem Sänger eintrug, war wohl der beste Beweis dafür, daß er den anwesenden Hausfrauen aus der Seele gesprochen oder richtiger „gesungen“ hat. Die Wahrheit bleibt es doch: Kathreiner ist der beste Kaffee und was auch seit 21 Jahren den Hausfrauen als „noch besser“ empfohlen wurde, das hat sich auf die Dauer alles nicht bewährt. Wie viele kehrten zu Kathreiner zurück, die anderes probiert! Kathreiner ist nicht nur überaus gesund und billig, er ist auch wohlschmeckend und dem Bohnenkaffee derart ähnlich, daß man ihn auch ganz pur trinken kann. Und wieviel Geld wird dabei erspart! Was der Sänger also gesungen und was uns in den Straßen der Pilsz verkündet, ist und bleibt die Wahrheit: Kathreiners Kneipp Malzaffee bringt Glück ins Haus.

Ausweis des Vereines „Eisenbahnerheim“, Wien.

Nichtigstellung: Stoderau 10 Nr.

Sprechsaal.

An die geehrten Ortsgruppenfunktionäre und Mitglieder unseres Vereines!

(Betrifft die Nachsendung der Zeitungen.)

Wir bringen allen Ortsgruppenfunktionären und Mitgliedern zur Kenntnis, daß wir von nun ab die Nachsendung des „Eisenbahners“ u. c. an jene Mitglieder, die mit ihren Beiträgen länger als sechs Wochen im Rückstande sind, nicht mehr befolgen. Von Expedition zu Expedition müssen gegen 2000 Exemplare extra nachgeschickt werden. Diese besondere Manipulation kostet durch die Saumseligkeit der betreffenden Mitglieder, die sich ein Gewohnheitsrecht daraus gemacht haben, Tausende von Kronen. Es wird künftighin solchen Mitgliedern nur das letzte Exemplar, von wo ab die Zahlung wieder beginnt, nachgeschickt. Damit neue Mitglieder von einer Abrechnung zur anderen nicht auf ihr Fachblatt warten brauchen, empfiehlt es sich, daß die Aufnahmscheine der Neuaufgenommenen sofort an uns eingekendet werden. Um Störungen in der Zusendung zu vermeiden, bringen wir allen Mitgliedern zur Kenntnis, nach jeder Ueberfiedlung sofort die Adressänderung an uns bekanntzugeben.

An die geehrten Ortsgruppenfunktionäre und Mitglieder!

(Betrifft die Frankierung der Briefe.)

Nachdem sich die Fälle fortan mehren, in welchen wir für zu wenig markierte Briefe Straporto zu zahlen haben, so daß die Summe dafür allein ungefähr 1000 bis 1200 Kr. jährlich ausmachen dürfte, ersuchen wir dringendst alle Funktionäre und Mitglieder, auf die richtige Frankierung Bedacht zu nehmen. Zur Richtschnur möge dienen, daß ein Vogen dünnes Briefpapier mit vier Seiten und einfaches Rouvert ungefähr 20 Gramm wiegen, und ein solcher Brief mit 10 Sch. frankiert werden kann. Jede weitere Beilage übersteigt schon obiges Gewicht, und ist jeder solche Brief mit 20 Sch. zu frankieren.

Wir machen aufmerksam, daß wir in Zukunft gar nicht oder zu wenig frankierte Briefe, welche von der Post mit Straporto belegt werden, einfach nicht mehr annehmen. Die Administration.

Achtung! Vertrauensmänner der Bahnerhaltungsarbeiter Wiens!

Donnerstag den 22. d. M. nach Arbeitschluß im Vereinslokal, XV, Löhrstraße 13, außerordentliche Vollversammlung der Vertrauensmänner.

Tagesordnung: Eine Aktion der Bahnerhaltungsarbeiter.

Vertrauensmänner, die verhindert sind, müssen einen Stellvertreter delegieren.

Signalmeister Mährens!

Die nächste Zusammenkunft findet diesmal in Olmütz, 12 Uhr mittags, im Hotel Austria am 1. September statt. Kommt alle zu dieser Besprechung!

An die Lokomotivführer der Buzschiehrader Eisenbahn!

Am Freitag den 23. August l. J. findet in Komotau eine Konferenz der Lokomotivführer der Buzschiehrader Eisenbahn statt.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der am 4. und 5. September l. J. in Wien stattfindenden Reichskonferenz, beziehungsweise zu dem von dem zu diesem Zwecke gewählten Arbeitskomitee ausgearbeiteten Elaborat. 2. Eventuelle.

Pflicht eines jeden Heizhauses ist es, diese wichtige Konferenz so zahlreich als möglich zu beschicken. Lokal und Beginn der Konferenz werden den Heizhäusern brieflich bekanntgegeben.

Offene Anfragen.

An die k. k. Nordwestbahndirektion!

Die Oberbauarbeiter der Bahnerhaltungssektion Teitschen gestatten sich die Anfrage zu stellen, ob es einer löblichen Direktion bekannt ist, daß ihnen der Erholungsurlaub verweigert wird. Nachdem in anderen Bahnerhaltungssektionen derselbe bereits gewährt wird, dürfte es doch an der hiesigen Bahnerhaltungssektion liegen, daß uns der Urlaub verweigert wird. Wir ersuchen eine löbliche Direktion, der hiesigen Bahnerhaltungssektion die Bewilligung zu erteilen, die Erholungsurlaube sofort gewähren zu wollen. Die Betroffenen.

An das k. k. Eisenbahnministerium in Wien!

Die Gefertigten erlauben sich die Anfrage zu stellen, ob dem k. k. Eisenbahnministerium bekannt ist, daß in den strengen Turnus der Znaimer Personenzugbegleiter ein Güterzug eingeschoben wurde, miewohl gesonderte Güterzugs- und Personenzugspartien bestehen. Das betroffene Personal

bittet um dringende Abhilfe, da es der Ansicht ist, keine Güterzüge führen zu müssen, da in ihrem Turnus keine Reserve vorgehalten ist, und in allen anderen Direktionsbereichen bei getrennten Partien auch der Dienst der Güterzugsbegleiter von dem der Personenzugsbegleiter getrennt ist. Das Personenzugspersonal der Station Znaim.

Veranstaltungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: Spittal a. d. Drau. Sonntag den 25. August um 9 Uhr vormittags im „Sorgobrau“, Gartenfaal, Generalversammlung. Bruck a. b. Mur. Mittwoch den 21. August um 8 Uhr abends in Frau Stadlers Gasthaus, Mittergasse. Versammlung der Verschieber der Süd- und Staatsbahn. Znaim. Donnerstag den 22. August um 8 Uhr abends im Vereinslokal. Mitgliederversammlung. Teplitz A.-L.-E. Sonntag den 1. September um 8 Uhr abends im Restaurant „Spaten“, Mühlstraße. Monatsversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. B. 51. Nicht gezogen. — F. N. 15. Sie haben Anspruch auf ein Kürzungsjahr auf Grund des Härteausgleiches und werden daher am 1. Jänner 1913 in die Gehaltsstufe von 1100 Kr. vorrücken. — J. N. 1882. Da Sie zu jenen Dienern gehören, die vor dem 1. Jänner 1909 angestellt worden sind, rücken Sie in die Gehaltsstufe von 1100 Kr. nach zwei Jahren, also am 1. Jänner 1914, vor. — Aufsig a. b. Elbe. Statut erhalten. Wir sprechen in der nächsten Nummer darüber ausführlich. Gruß. — Landed. Der Artikel ist in dieser Form zur Aufnahme nicht geeignet. Man kann recht gut den Interessen einer Bedienstetenkategorie dienen, ohne dabei eine zweite berufen zu müssen. Bei einem Streit von Bedienstetenkategorien untereinander hat noch nie etwas Vernünftiges herausgesehen.

Interate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

MAGGI Würfel à 5 h sind die besten! (fertige Rindsuppe)

Schutzmittel „OLLA“ Beste existierende Marke für Herren und Damen. Per Dutz. K 4,-, 6,-, 8,- und 10,-.

DRUCK- u. VERLAGS-ANSTALT VORWÄRTS Wien V, Rechte Wienzelle 97

Billige Bettfedern und Daunen. Fertige gefüllte Betten. Max Berger in Deschenitz Nr. 7/294, Böhmerwald

Beste böhmische Bezugsquelle! Billige Bettfedern! Fertige gefüllte Betten. S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.

Achtung, Eisenbahner!! Viel Geld ersparen Sie beim Einkauf! Von Verfahrern eleganteste Herrenanzüge von K 14,-.

MÖBEL Ausnahmungsverkauf! Beste Gelegenheit für Brautpaare u. Möbelkäufer. Fünfhauser Möbelniederlage M. Eisenhammer 142 Wien XV, Mariahilferstrasse

Wilhelm Beck & Söhne k. u. k. Hoflieferanten Wien VI, Hirschengasse 25

Warum kaufen Sie ohne Anzahlung eine Sprechmaschine direkt in einziger Fabrik Oesterreichs am besten? Weil keine Fracht, Zoll, Nachung wie bei ausländischen im Preise miteinhalten, jede Maschine bis zur kleinsten Schraube baltisch-ländisches Fabrikat ist.

Begünstigung. Achtung! Allen Kollegen und deren Angehörigen empfehlen wir auf ihrer Reise nach Triest das „Hotel Balkan“

Parteigenossen! Bestellen Sie auch jeder für eure Familie ein Paket fehlerfreier Bettfedern, enthaltend: Prima Kanavas für Bettüberzüge, starken Hemdenstoff, Zebr für Hemden und Kleider, Blandrud, Blusen- und Kleiderstoffe, Leinwand etc. Alles in Prima Qualität.

Nebenerwerb oder Existenz. sichern sich Herren und Damen selbst in den kleinsten Orten durch Verkauf grossartiger Haushaltsgüterartikel.

20 Kronen per Tag leicht zu verdienen durch den Vertrieb leicht abgebarer pat. Neuheiten.

!500 Kronen! zahle ich Ihnen, wenn meine Bargesellener „Nialabe“ Ihre Böhmeraugen, Waagen, Dornhaut in drei Tagen nicht schmerzlos entfernt.

Bekanntmachung! Von Heeres- und Anstaltslieferungen überzählige Leintücher ohne Naht, aus der bekanntesten weisagarn. Flachleinwand, schön und unwürstlich, sind unterm Preis zu haben.

Leinenfabriken Jos. Kraus Nachod VII. (Böhm.) Musterkollektion jeder Art der seit 45 Jahren bestbewährten Webwaren für Haushalt und Ausstattung kostenlos.

1912 er Junggeflügel. Garantiert lebende Ankunft, franko jeder Station. 20 St. grosse, fette Brathühner K 19,-, 12 St. grosse, fette Hiesonen K 21,-, 6 St. grosse, fette Hiesongänse K 22.50 per Nachnahme liefert S. MANDEL, Skalat 300 (Oest.).



Grässlich hohe Preise werden oft für Herren- und Damenstoffe gezahlt. Dies kann jeder Private vermeiden, wenn er seinen Bedarf in diesen als auch in schlesischen Leinen- und Waschwaren direkt vom Fabriksplatze deckt.

Dankfagung! Allen Genossen, Freunden und Kollegen, welche meinem verstorbenen Vater Matthias Stangl, penl. Lokomotivführer, die letzte Ehre erwiesen haben, spreche ich an dieser Stelle meinen innigsten Dank aus.

1000fachen Dank für Ihre vorzügliche Wohlseife (Stück Nr. 120), durch welche ich nach kurzem Gebrauche vollkommen hergestellt wurde, obwohl ich beinahe 24 Jahre an Gicht und Rheumatismus litt.



Brünner Stoffe für Herrenkleider zu billigsten Fabrikpreisen kauft man am besten bei Etzler & Dostal, Brünn Schwedongasse 93.

Nehmen Sie, wenn Sie verschluckt, heiser, verschleimt sind und schwer atmen, Feller's Fluid m. d. N. „Esafluid“. Wir überzeugter uns selbst bei 60 Heller franko, Erzeuger nur Apotheker E. B. Feller in Stubica, Esaplay Nr. 191 (Kroatien).